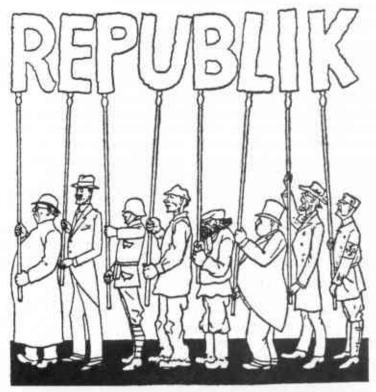
Studienheft: GesM 7

Geschichte

Die Zeit der Weimarer Republik

GESCHICHTE

Die Zeit der Weimarer



© Thomas Theodor Heine: Die Republik (1927)

von

Dr. W. Bandlow, K. Dümmler und R. Molkentin

Neufassung

von

Dr. Gerd Krämer

Inhaltsübersicht

0	LERNINHALTE UND LERNZIELE	3
1 1.1 1.2 1.3 1.4	DIE GRÜNDUNG DER WEIMARER REPUBLIK Die Novemberrevolution 1918 Rätedemokratie oder parlamentarische Demokratie? Die Parteien in der Weimarer Republik Die Weimarer Verfassung	5 8 11
2 2.1 2.2 2.3	DER VERSAILLER VERTRAG Die Vertragsverhandlungen Neue Staaten in Europa Der Völkerbund	16 18
3.1 3.2 3.3 3.3.1 3.3.2	INNEN- UND WIRTSCHAFTSPOLITISCHE PROBLEME IN DEN ZWANZIGER JAHREN Der Kapp-Putsch Reichstagswahlen und Regierungsbildung Das Krisenjahr 1923 Ruhrkampf und Inflation Der Hitler-Putsch und seine Folgen	20 22 24 24
4 4.1 4.2	AUSSENPOLITIK UNTER RATHENAU UND STRESEMANN Vom Londoner Ultimatum bis zum Vertrag von Rapallo Stresemanns Verständigungspolitik	29
5	DIE "GOLDENEN ZWANZIGER JAHRE" Konjunktur = Kultur?	35
6 6.1 6.2 6.3 6.4 6.4.1 6.4.2 6.4.3	WELTPOLITISCHE KRISEN UND WANDLUNGEN Der Faschismus in Italien Vom Empire zum Commonwealth Die Weltwirtschaftskrise und der New Deal in den USA Die Sowjetunion unter Lenin und Stalin Die Ideologie des Leninismus - Die Partei neuen Typs Der Bürgerkrieg in Rußland und die Entstehung der UdSSR Die Herrschaft Stalins	37 38 40 42 42 43
7 7.1 7.2 7.3	DIE AUFLÖSUNG DER WEIMARER REPUBLIK Die Weltwirtschaftskrise Regierung während der Krise Was wollten die Nationalsozialisten?	48 51
8	SCHLUSS	59
9 9.1 9.2 9.3 9.3.1 9.3.2	ANHANG Zeittafel Lösungen der Aufgaben zur Selbstüberprüfung Literaturangaben Literaturnachweis Empfehlenswerte Literatur	61 62 68 68



© 1991, ILS Institut für Lernsysteme GmbH, Hamburg Fernakademie für Erwachsenenbildung GmbH, Hamburg Neunte, durchgesehene Auflage 1998

Alle Rechte der Verbreitung, insbesondere der Nachdruck (auch auszugsweise) und die fotomechanische Wiedergabe, sowie die Speicherung jeder Art vorbehalten.

LERNINHALTE UND LERNZIELE

Die 1918 durch die Novemberrevolution und den Zusammenbruch des Kaiserreiches entstandene Weimarer Republik war die erste deutsche Demokratie. Ihre vierzehnjährige Geschichte soll in diesem Studienheft dargestellt werden.

In der Revolution war ein Bruch mit der Vergangenheit angestrebt worden. Eine freiheitliche Verfassung sollte den Bestand der Demokratie sichern helfen. Antidemokratische Strömungen überschatteten vom Anfang bis zum Ende der Republik die Bemühungen vieler Politiker um den Aufbau eines demokratischen Staates. Die Weimarer Republik war kein demokratisch gefestigtes Gemeinwesen. Sie litt in ihrer Geschichte stark unter gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Außerdem belasteten die Folgen des Friedensvertrages von Versailles die Wirtschafts- und Innenpolitik. Mit außenpolitischen Aktivitäten wurde von deutscher Seite versucht, den Versailler Vertrag zu revidieren und vor allem die Wiedergutmachungsleistung an die Alliierten auf ein wirtschaftlich erträgliches Maß zu bringen.

Drei Aspekte – die Innen-, die Wirtschafts- und die Außenpolitik – stehen im Mittelpunkt der Darstellung. Zwei Phasen aus der Geschichte der ersten deutschen Republik werden dabei besonders berücksichtigt: die Zeit der Gründung mit ihren nachfolgenden Krisen bis Ende 1923 und die Phase des Zerfalls der Republik. Wenn Sie das Studienheft durcharbeiten, sollten Sie sich immer fragen, inwieweit die geschilderten Probleme zum letztendlichen Scheitern der Weimarer Republik beitrugen. Vor allem stellt sich die Frage: Wie war es möglich, dass sich von den republikfeindlichen Gruppen gerade die Nationalsozialisten durchsetzen konnten?

In den vierzehn Jahren der Geschichte der Weimarer Republik hat es nicht nur Phasen der Krisen gegeben, sondern von 1924 bis 1928 auch eine Zeit wirtschaftlicher Stabilität und politischer Ruhe. Über diese "goldenen zwanziger Jahre" werden Sie in diesem Studienheft ebenfalls etwas erfahren.

Wichtige Veränderungen spielten sich nach dem Ersten Weltkrieg im Bereich der Weltpolitik ab. 1917 wurde mit der Oktoberrevolution in Russland von LENIN der erste kommunistische Staat der Welt geschaffen. Wie die Sowjetunion durch die Folgen der Revolution geschwächt und mit welchen Mitteln STALIN später den wirtschaftlichen Bestand dieses neuen Staates sicherte, wird in diesem Studienheft dargestellt werden. Die Politik der Vereinigten Staaten von Amerika, die sich militärisch und wirtschaftlich zu einer Weltmacht entwickelt hatten, soll Ihnen im Zusammenhang mit den Ursachen und dem Verlauf der Weltwirtschaftskrise vermittelt werden.

Wenn Sie dieses Studienheft durchgearbeitet haben, können Sie einen Überblick über die Entstehung und Entwicklung der Weimarer Republik geben. Sie sollten in der Lage sein, innen- und wirtschaftspolitische Krisen zwischen 1918 und 1932 mit der Auflösung der Weimarer Republik in Zusammenhang zu bringen. Auch Gründe für das Anwachsen des Nationalsozialismus und der Verlauf der Machtübernahme durch HITLER 1932/33 sollten Ihnen nach der Bearbeitung des Studienheftes bekannt sein.

In einem Studienheft im Fach Geschichte wird Ihnen meist ein Überblick zu zentralen Ereignissen der "großen Politik" gegeben. Die Darstellung ist notwendigerweise auf allgemeine politische und wirtschaftliche Strukturen konzentriert, deren Kenntnis wichtig ist, um historische Ereignisse beurteilen zu können. In vielen Städten und Regionen gibt es Institutionen, z. B. sogenannte Geschichtswerkstätten, Museen oder Historische Vereine, die sich mit der Vergangenheit ihrer Region beschäftigen. Arbeits- und Lebensbedingungen, aber auch politische Aktivitäten der "Kleinen Leute" werden von diesen Einrichtungen erforscht und so Spuren der Vergangenheit vor dem Vergessen bewahrt. Wenn Sie wissen wollen, wie die Novemberrevolution 1918 oder die Machtübergabe an die Nationalsozialisten 1933 in Ihrem Heimatort verlief, werden Sie in den genannten Einrichtungen sicherlich Material zu diesen Themen bekommen. Nutzen Sie diese Möglichkeit, sich so über die Lokalgeschichte zu informieren. Vieles von dem, was Sie in diesem Studienheft lernen, ist die Grundlage für das Verständnis eines Abschnittes der Vergangenheit auch Ihres Wohnortes. Machen Sie sich also ruhig einmal auf die "Spurensuche" in Ihrer Umgebung. Wahrscheinlich wird es viel Unbekanntes für Sie zu entdecken geben.

1 DIE GRÜNDUNG DER WEIMARER REPUBLIK

1.1 Die Novemberrevolution 1918

Die Geschichte der Weimarer Republik ist eng mit den politischen und wirtschaftlichen Folgen der im vorangegangenen Studienheft (GesM 6b) beschriebenen Niederlage des Kaiserreiches im Ersten Weltkrieg verknüpft. Wie Sie wissen, hatte die Oberste Heeresleitung, die immer einen siegreichen Abschluss des Krieges angestrebt hatte, völlig überraschend von der neuen parlamentarischen Reichsregierung unter Prinz Max von BADEN die schnelle Beendigung des Krieges gefordert. Am 3. Oktober 1918 telegrafierte Generalfeldmarschall HINDENBURG an den Kanzler:

Oberste Heeresleitung

"Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer ... Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebotes an unsere Feinde bestehen. Infolge ... der Unmöglichkeit, die ... sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht ... keine Aussicht mehr, den Feinden den Frieden aufzuzwingen. Der Gegner seinerseits führt ständig neue Reserven in die Schlacht. Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu sparen. Jeder versäumte Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten den Tod.

gez. von Hindenburg, Generalfeldmarschall".

Am 4. November 1916 führte ein am Tag zuvor begonnener Streik von Matrosen der Kriegsmarine in Kiel zu einem revolutionären Aufstand. Überall im Reich und an den Fronten übernahmen in den folgenden Tagen Arbeiter- und Soldatenräte die staatliche Macht. Sie forderten das Ende des Krieges und den Aufbau einer Republik. Am Matrosen musste musste abdanken und mit seiner Familie nach Holland ins Exil gehen. Der Sozialdemokrat met einem Familie nach Holland ins Exil gehen. Der Sozialdemokrat met einem Familie nach Holland ins Exil gehen. Der Sozialdemokrat met eine Republik aus. Der Vorsitzende der SPD met Balkon des Reichstages in Berlin die Republik aus. Der Vorsitzende der SPD met Banden. Die neue Regierung führte den Namen "Rat der Volksbeauftragten" und setzte sich aus Vertretern der SPD und USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei, eine Abspaltung der sozialdemokratischen Partei) zusammen und wurde am folgenden Tag auf einer Generalversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte im Amt bestätigt.

Matrosenstreik in Kiel

Rat der Volksbeauftragten

Arbeiter- und Soldatenräte

In einem Aufruf "An das deutsche Volk" beschrieb der Rat der Volksbeauftragten sein Regierungsprogramm:

"Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie verkündet schon jetzt mit Gesetzeskraft folgendes:

- 1. Der Belagerungszustand ist aufgehoben.
- 2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung....
- 3. Eine Zensur findet nicht statt
- 4. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.
- 5. Die Freiheit der Religionsausübung wird gewährleistet
- 6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt
- 8. Die Gesindeordnungen¹⁾ werden außer Kraft gesetzt, ebenso die Ausnahmegesetze gegen Landarbeiter.

Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt ... Spätestens am 1. Januar wird der achtstündige Maximalarbeitstag in Kraft treten. ... Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Freiheit und die Sicherheit der Personen schützen.

Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des Proportionalwahlsystems2) für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.

Auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmungen noch erfolgen werden, gilt dieses Wahlrecht.

Berlin, 12. November 1918

Ebert. Haase. Scheidemann. Landsberg. Dittmann. Barth"

(zit. nach: Grundbuch 2, S. 137f)

Worterklärung:

1) Gesindeordnung:

Verordnung, die die Rechte von Landarbeitern

stark einschränkt.

²⁾ Proportionalwahlsystem: Verhältniswahl; die Zahl der Abgeordneten entspricht der Stimmenzahl für die Parteiliste,

die bei der Wahl abgegeben wurde.

Überprüfen Sie nun bitte Ihre Kenntnisse. Benutzen Sie bei der Lösung der folgenden Aufgaben bitte stets einen Bleistift, damit Sie mögliche Fehler nach dem Vergleich mit den Lösungen im Anhang berichtigen können. Es ist in Ihrem Interesse, die Aufgaben selbständig zu lösen, ehe Sie im Anhang nachschlagen!

Bitte bearbeiten Sie die Aufgaben schriftlich, wenn nicht anders angegeben, auf gesondertem Bogen oder in Ihrem Übungsheft.

I. Aufgabe zur Selbstüberprüfung:

Welche alten Forderungen der Sozialdemokraten wurden mit dem Programm des Rates der Volksbeauftragten verwirktlicht?

Spartakusbund

Der linke Flügel der und der von und geführte Spartakusbund forderten, unterstützt von Vertretern der Rätebewegung, eine schnelle Veränderung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland. Ihr Vorbild war die Oktoberrevolution von 1917 in Russland. LIEBKNECHT hatte am 9. November kurz nach Scheidemann vor dem Berliner Schloss die "Freie sozialistische Republik Deutschland" proklamiert. Das Bürgertum und die Oberste Heeresleitung (OHL) befürchteten deshalb eine Radikalisierung der Revolution. Am Abend des 10. November unterbreitete die OHL EBERT das Angebot, die neue Regierung zu unterstützen, wenn sie bereit sei, den Radikalismus zu bekämpfen. EBERT ging auf dieses geheime Bündnis, den Ebert-Groener Pakt, ein.

Zentralarbeitsgemeinschaft

Eine "Zentralarbeitsgemeinschaft" ("Stinnes-Legien-Abkommen") zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften wurde am 15. November verabredet. Wirtschaftliche und soziale Probleme der Republik sollten gemeinsam beraten und gelöst werden. Die Gewerkschaften wurden nun als Vertreter der Arbeiter anerkannt und ihnen wurde das Recht, Tarifverträge abzuschließen, eingeräumt. Ein Betriebsrätegesetz kam 1920 im Reichstag zustande und zwei Jahre später konnten erstmals Arbeitnehmervertreter in die Aufsichtsräte großer Unternehmen entsandt werden. Mit dem 1918 eingeführten achtstündigen Maximalarbeitstag und dem Tarifvertragsrecht wurden in der Novemberrevolution wichtige Forderungen der Gewerkschaften durchgesetzt.

Die Gründe, warum die Unternehmer eine "Arbeitsgemeinschaft" mit den zuvor bekämpften Gewerkschaften bildeten, legte der Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller, Jacob REICHERT, später in einer Rede dar:

"In der elektrotechnischen Industrie hatte man im Mai 1918 den Eindruck, daß, auch wenn der Krieg nicht gewonnen werde und als Remispartie zu Ende ginge, es nicht mehr möglich sein werde, die deutsche Wirtschaftspolitik auf die Macht der wirtschaftspolitischen Verbände des Unternehmens allein zu bauen, sondern daß man die Mitwirkung der organisierten Arbeiter und Angestellten unbedingt nötig haben werde... Die Sachlage ist uns allen in erschreckender Weise in jenen ersten Tagen des Oktober klar geworden... Damals war bereits das Heer der verbündeten Türkei in Syrien geschlagen. Bulgarien war zusammengebrochen. Wir sahen ferner, daß auch Österreich-Ungarn auseinanderfallen werde. So wurde es jedermann deutlich, daß wir nunmehr vor einem Trümmerfelde unserer ganzen Politik standen und daß es notwendig war, in dem Trümmerfelde den Eckstein, das Fundament zu suchen, auf dem wir unsere neue Wirtschaft einigermaßen fest aufbauen können als die Grundlage, auf der auch das Unternehmertum als solches weiterbestehen kann. Tatsächlich war die Lage schon in den ersten Oktobertagen klar. Es kam darauf an: Wie kann man die Industrie retten? Wie kann man auch das Unternehmertum vor der drohenden, über alle Wirtschaftszweige hinwegfegenden Sozialisierung, der Verstaatlichung und der nahenden Revolution bewahren? Am 9. Oktober 1918 saß im Stahlhof zu Düsseldorf eine Anzahl von Eisenindustriellen, die sich über diese Dinge unterhielten. ... (Im Laufe der Unterredung) zog man den Schluβ: inmitten der allgemeinen großen Unsicherheit, angesichts der wankenden Macht des Staates und der Regierung gibt es für die Industrie nur auf Seiten der Arbeiterschaft starke Bundesgenossen, das sind die Gewerkschaften ... Wenn in dieser großen Masse der organisierten Arbeitnehmer der Gedanke zur Zusammengehörigkeit, der Solidarität mit den Unternehmern für die großen wirtschaftspolitischen Fragen erweckt werden kann, dann - so schien es - ist ein Weg vorhanden, auf dem man künftig zum Besten der deutschen Industrie weitergehen kann, dann ist eine Aussicht auf Rettung. Es ist klar, daβ, wenn die Industriellen die Arbeitnehmer und ihre Organisationen für eine gemeinsame Industriepolitik gewinnen wollen, dies nur dann erreichbar ist, wenn wir für diese Mithilfe, die wir von den Arbeitnehmern erwarten, einen Gegendienst leisten, und diese Gegengabe mußte bestehen und wird weiter bestehen müssen in einem Entgegenkommen in sozialen Fragen, vor allem in den Arbeitsbedingungen. Das ist das große Opfer, das die Unternehmerschaft gebracht hat und das sie bringen mußte."

(Jacob REICHERT, Entstehung, Bedeutung und Ziel der "Arbeitsgemeinschaft", Berlin 1919, S. 5 ff.)

II. Aufgaben zur Selbstüberprüfung:

- 1. Was befürchteten die Unternehmer schon vor der Revolution?
- Beschreiben Sie den Zweck der "Zentralarbeitsgemeinschaft" aus der Sicht der Unternehmer.

1.2 Rätedemokratie oder parlamentarische Demokratie?

Im Verlauf der Novemberrevolution hatten sich gegensätzliche Vorstellungen über die politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands herausgebildet: Friedrich EBERT und die SPD wollten die Revolution mit dem Erlass von Verordnungen in gesetzmäßige Bahnen lenken. Die kaiserlichen Offiziere, Richter und Beamte blieben in ihren Ämtern. Freie Wahlen zu einer Nationalversammlung sollten ein parlamentarisches System begründen. "Ruhe und Ordnung" waren die Schlagworte der damaligen Sozialdemokratie. Es kann allerdings kein Zweifel darüber bestehen, dass die neue Regierung von einer reibungslosen Verwaltung abhängig war, da die Sozialdemokraten keinerlei Vorbereitungen auf die Übernahme der Macht getroffen hatten. Die Aufrechterhaltung der von einer vorgeblich loyalen Beamtenschaft getragenen neutralen staatlichen Ordnung führte aber dazu, Privilegien der traditionellen Führungsschichten zu sichern, anstatt eine entschieden pro-republikanische Haltung in der Verwaltung zu fordern.

Die eigentliche politische Macht lag im November und Dezember 1918 bei den Arbeiter- und Soldatenräten. "Alle Macht den Räten!" forderten Spartakisten und der linke Flügel der unabhängigen Sozialdemokraten. Ihre Vertreter forderten die schnelle Errichtung einer sozialistischen Republik, mit einem Rätesystem, das die Produktion in den Betrieben auf Grundlage der Mit- und Selbstbestimmung der Arbeiter regeln sollte. Die Verfechter einer Rätedemokratie sahen deshalb vor, die Produktionsmittel zu sozialisieren, d. h. in Gemeineigentum zu überführen.

Rätekongress

Die Alternativen der politischen Zukunft Deutschlands wurden auf dem "Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte" vom 16. - 21.12.1918 in Berlin diskutiert und entschieden.

Max COHEN (SPD) rechtfertigte den Vorschlag, bald eine Nationalversammlung zu wählen:

"Es gibt nur ein einziges Organ, das <den> Volkswillen feststellen kann, das ist die allgemeine deutsche Nationalversammlung ... Es wird nicht mehr Sozialismus durchführbar sein, als die Mehrheit des Volkes will ... Die deutsche Bourgeoisie ...wird mit allen Mitteln Widerstand leisten, wenn sie politisch entrechtet wird, und sie wird ihre Kräfte, die für die Produktion unentbehrlich sind, nur dann zur Verfügung stellen, wenn der Mehrheitswille des Volkes hinter uns steht ... Wir Sozialdemokraten müssen uns ... auf das entschiedenste ... wehren, daβ unsere reine, klare, gute sozialistische Gedankenwelt durch bolschewistische Verschrobenheiten sabotiert wird."

(Zit. nach: Fragen an die Geschichte IV, S. 20)

Ernst DÄUMIG (USPD) antwortete COHEN und rechtfertigte die Forderung, das Rätesystem beizubehalten:

"Genossen und Kameraden, Sie haben vorhin, als Genosse Cohen so warm für die Nationalversammlung plädierte ... zum Teil lebhaft applaudiert; Sie haben zwar zweifellos damit ihr eigenes Todesurteil gesprochen. Denn die Konzessionen, die vom Genossen Cohen und anderen Leuten gemacht werden, daß ja, wenn die Nationalversammlung komme, das Rätesystem noch weiterbestehen könne, sind ja doch nur Schall und Rauch ... Im Wirtschaftsleben werden mit Hilfe der Nationalversammlung und des Bürgertums die Gewerkschaften alten Stils natürlich die Arbeiterräte aus den Betrieben ganz schnell herausgedrängt haben ... die Nationalversammlung, die jetzt zusammenkommt, hat weder den Willen, noch die Energie, den Sozialismus Wirklichkeit werden zu lassen."

(zit. nach: Grundbuch 2, S. 153)

III. Aufgaben zur Selbstüberprüfung:

- 1. Welche Möglichkeiten gab es 1918 für die politische Zukunft Deutschlands?
- 2. Warum forderte Max COHEN von der SPD die Nationalversammlung?
- 3. Nennen Sie die Gefahr, die ihm Ernst DÄUMIG (USPD) entgegenhielt.

Mit überwältigender Mehrheit (400: 50) stimmten die Delegierten des Rätekongresses dem Vorschlag der SPD-Vertreter zu, am 19. Januar 1919 eine verfassungsgebende Nationalversammlung wählen zu lassen.

Einstimmig angenommen wurde vom Kongress ein Vorschlag des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates, mit dem ein demokratisch strukturiertes Militär geschaffen werden sollte. Auf Druck der Obersten Heeresleitung beließ der Rat der Volksbeauftragten trotzdem die Kommandogewalt bei den alten Offizieren, die dann auch die neue Reichswehr nach ihren Vorstellungen aufbauten.

Bewaffnete Kämpfe

Nachdem der Kongress beendet worden war, kam es in Berlin zu zwischen revoltierenden Truppenteilen, die zur standen und von EBERT zu Hilfe gerufenen Die drei USPD-Mitglieder verließen aufgrund des Einsatzes des Militärs gegen die Arbeiter den Rat der Volksbeauftragten. Der gründeten am 30. Dezember 1918 die Kommunistische Partei Deutschland Wenige Tage später rief die neue Partei zusammen mit Berliner Räten, den sogenannten "Revolutionären Obleuten", den Januaraufstand gegen die Reichsregierung aus. Regierungstruppen und "Freikorps", das waren von republikfeindlichen Offizieren selbständig aufgestellte Verbände, schlugen unter Leitung des späteren sozialdemokratischen Reichswehrministers Gustav NOSKE den Umsturzversuch nieder. Im Verlauf der Kämpfe wurden , die politischen Führer der KPD, Ind Rosa Karl von Regierungstruppen gefangengenommen und

Freikorps

In verschiedenen Ländern des Reiches kam es in den folgenden Monaten zu Massenstreiks und zur Ausrufung von Räterepubliken (u. a. Bremen, Bayern und Sachsen), die aber von regulären Truppen und Freikorps niedergeschlagen wurden. Vor allem die Freiwilligenverbände gingen dabei mit blutigem Terror gegen Arbeiter vor, wie Ihnen am Beispiel der Münchener Räterepublik deutlich

Räterepubliken

gemacht werden soll. In München war im November 1918 der Schriftsteller Kurt EISNER, ein USPD-Mitglied, zum Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates gewählt worden. Nach der Flucht des Königs berief ihn ein Übergangsparlament zum bayrischen Ministerpräsidenten. EISNER wollte mit seinem Kabinett aus USPD und SPD eine "lebendige tätige Demokratie" schaffen, um die Bürger an politischen Entscheidungen zu beteiligen. Bei den ersten Landtagswahlen am 12. Januar 1919 zeigte es sich, dass die Basis für die dafür notwendigen Reformen in Bayern nicht vorhanden war, denn die USPD stellte nur 3 Abgeordnete und die SPD 52 von 160. Auf dem Wege zur Landtagseröffnung, auf der EISNER nach der Wahlniederlage seinen Rücktritt als Ministerpräsident erklären wollte, wurde dieser linke Politiker von einem beurlaubten Leutnant ermordet, u. a. deshalb, weil EISNER offen von der deutschen Schuld am Ersten Weltkrieg gesprochen hatte. Eine neue Regierung wählte der Landtag nicht, sondern vertagte sich. Die Macht vor allem in München und anderen bayrischen Städten blieb also zunächst noch bei den dort bestehenden Räten. Als die bürgerliche Mehrheit forderte, den Landtag zur Wahl einer neuen, nun bürgerlichen Regierung einzuberufen, sahen die Räte ihre Position gefährdet und riefen am 8. April gegen den Widerstand eines Teiles der SPD und vor allem auch der KPD die "Bayrische Räterepublik" aus. Stützen konnte sich dieses Experiment nur auf die USPD und literarisch-anarchistische Zirkel in München. Ab dem 13. April war die Räterepublik und ihre Rote Armee von regulären und Freikorpstruppen bedroht, erst danach unterstützte auch die regionale KPD den Vollzugsrat, die Regierung der Räterepublik. Abgeschnitten von seinem Umland war der wirtschaftliche und militärische Zusammenbruch absehbar. Verhandlungen zwischen gemäßigten Räten und der bayrischen Ubergangsregierung in Bamberg scheitern. Dagegen setzte die KPD auf militärischen Widerstand. Der Einmarsch der Regierungstruppen in München begann am 30. April. Bis zum Ende der Kämpfe wurden 606 Menschen getötet. Davon 38 Regierungssoldaten und 335 Zivilisten. Die Rote Armee erschoss Geiseln, die Freikorps ermordeten denunzierte Sozialdemokraten, die Mitglieder eines katholischen Gesellenvereins und mehrere Räteführer. Der Führer der Münchener KPD, Eugen LEVINE, wurde zum Tode verurteilt und hingerichtet. Über 2 000 Personen verurteilten die Gerichte zu Gefängnisstrafen. Die Münchener Räterepublik zeigte das Dilemma auf, dass es nicht gelingen konnte, in einer konservativen Umgebung ein reines Rätesystem einzuführen, wenn ihm die Basis sowohl in der Bevölkerung als auch in den politischen Parteien fehlt. Gleichzeitig wurde aber auch deutlich, dass eine solche Bewegung nicht unbedingt von Kommunisten, sondern - heute würde man sagen - von "Alternativen" geprägt sein konnte.

Wahlen zur Nationalversammlung Am 19. Januar 1919 fanden die Wahlen zur Nationalversammlung statt, die eine republikanische Verfassung erarbeiten sollte. Erstmals in der deutschen Geschichte hatten dabei auch die Frauen Stimmrecht. Die Wahlbeteiligung betrug 83 %. Da die KPD sich für einen Wahlboykott entschieden hatte, war die bei den Wahlen am weitesten linksstehende Partei die USPD. Sie erhielt 7,6 % der Stimmen. Rechte Parteien, die konservative Deutschnationale Volkspartei (DNVP) und die rechten Nationalliberalen in der Deutschen Volkspartei (DVP) erhielten 10,3 % bzw. 4,4 % der Stimmen. Die SPD erhielt 37,9 %, die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) 18,5 % und die katholische Zentrumspartei 19,7 % Stimmenanteil. S bildeten nach den Wahlen die erste demokratisch legitimierte Reichsregierung unter 🤛. Ca. 77 % aller bei der Wahl zur Nationalversammlung abgegebenen Stimmen entfielen auf die Parteien der Weimarer Koalition (SPD, DDP und Zentrum). In der Nationalversammlung waren von 421 Abgeordneten 36 Frauen.

1.3 Die Parteien in der Weimarer Republik

Die folgende Tabelle gibt Ihnen eine Übersicht von programmatischen Positionen wichtiger Parteien in der Weimarer Republik zu zentralen Fragen der Politik.

Parteiprogramme

Partei	Grundlagen des Staates/Innenpolitik	Außenpolitik	Wirtschaft
KPD 24.8.1930	Aufbau des Sozialismus/Zerschlagung des Machtapparates/Sowjetdemokratie/Klassen-kampf/Sturz der Macht der Kapitalisten und des Großgrundbesitzes/brüderliches Bündnis mit den Proletariern aller Länder	Annullierung aller internationaler Schulden und Reparationsleistun- gen/politisches und wirtschaftliches Bündnis mit der Sowjetunion/Selbst- bestimmungsrecht aller Nationen	entschädigungslose Enteignung der Industriebetriebe, des großen Hausbesitzes, des Großhandels und der Großgrundbesitzer/Übergabe ihres Grund und Bodens an landarme Bauern, Abschaffung der Unternehmerprofite
SPD (Heidel- berger Programm) 18.9.1925	Einheitsrepublik mit dezentralisierter Selbst- verwaltung/Abwehr monarchistischer und mi- litaristischer Bestrebungen/Demokratisierung der Verwaltung/Schutz des Koalitions-und Streikrechts/weltliche Schulen	gegen Imperialismus/Verwirklichung des Sozialismus / friedliche Lösung internationaler Konflikte/Selbstbe- stimmungsrecht/internationale Abrü- stung/europäische Wirtschaftseinheit	wirtschaftliches Rätesystem/Kontrol- le des Reichs über Kartelle/Förderung der Genossenschaften/Verstaatli- chung von Grund und Boden
Zentrum 16.1.1922	Einigung starker Parteienkoalition auf festes Arbeitsprogramm/gegen gewaltsamen Um- sturz/Vereinheitlichung der Verwaltung/ Selbstverwaltung/Unparteilichkeit der Justiz/ Bekenntnisschule	Gleichberechtigung Deutschlands/in- ternationale Prüfung der Kriegs- schuldfrage/Befreiung der besetzten Gebiete mit rechtmäßigen Mitteln	Gewährleistung des Rechts der Privatunternehmen und Genossen- schaften/Verstaatlichung gegen Ent- schädigung/Schutz des Mittelstan- des/Aufsicht über Kartelle
DDP 1315. 12.1919	Bekenntnis zur Weimarer Verfassung/Erzie- hung des Volkes zur staatsbürgerlichen Gesinnung/Volksstaat/gleiches Recht für alle in Gesetzgebung und Verwaltung/kommunale Selbstverwaltung	Revision der Friedensverträge/ Selbstbestimmungsrecht/Gleichbe- rechtigung Deutschlands/gegen Ab- splitterung deutscher Volksteile	gegen Vergesellschaftung der Pro- duktionsmittel/Privatwirtschaft/gegen Monopole/Aufteilung des Großgrund- besitzes/Schutz von Handwerk und Kleinhandel
DVP 19.10.1919	gesetzmäßig aufgerichtetes Kaisertum als geeigneteste Staatsform/verantwortliche Mitarbeit der Volksvertretung/Verwaltungsreform/Selbstverwaltung/Stärkung der Familie/gegen Überflutung durch Fremdstämmige/nationale Einheitsschule/Koalitionsfreiheit	Völkerversöhnung erstrebenswert, jedoch unmöglich, solange die Ehre des Volkes von Feinden zertreten/ Vereinigung aller Deutschen einschließlich Österreichs/gegen aufgezwungenen Frieden	Privateigentum/nur bedingte Ver- staatlichung gegen Entschädigung: vorzugsweise statt dessen Beteili- gung des Staates an freien Betrieben/ Genossenschaftswesen/Förderung der Landwirtschaft und des Mittel- standes
DNVP 1920	über den Parteien stehende Monarchie sichert Einheit des Volkes/starkes Preußen/Mitwir- kung der Volksvertretung bei der Gesetzge- bung/starke Exekutive/unabhängiges Berufs- beamtentum (Justiz)/kommunale Selbstver- waltung/starkes deutsches Volkstum/gegen zersetzenden undeutschen Geist	Befreiung von fremder Zwangsherr- schaft/starke Außenpolitik/feste Ver- tretung der deutschen Interessen/ Volksgemeinschaft mit allen Deut- schen im Ausland/Selbstbestim- mungsrecht	Privateigentum/gegen Kommunis- mus/berufliche und genossenschaft- liche Zusammenschlüsse/Förderung der Landwirtschaft und des Mittel- standes/Sozialisierung nur mit erhöh- ter Vorsicht
NSDAP 24.2.1920	als Staatsbürger gelten nur Volksgenossen deutschen Blutes, keine Juden/gegen korrumpierende Parlamentswirtschaft/starke Zentralgewalt/unbedingte Autorität des Zentralparlaments über das gesamte Reich und seine Organisation	Zusammenschluss aller Deutschen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts/Aufhebung der Friedensverträge/Kolonien zur Ernährung und Ansiedlung unseres Volkes/gegen Einwanderung Nichtdeutscher	Verstaatlichung aller bereits verge- sellschafteten Betriebe/Gewinnbetei- ligung an Großbetrieben/gesunder Mittelstand/Bodenreform/Kommuna- lisierung der Groß-Warenhäuser

(Aus: Fragen an die Geschichte, Bd. IV, S. 24)

IV. Aufgaben zur Selbstüberprüfung:

- 1. Welche Parteien traten uneingeschränkt für die Republik ein?
- 2. Wer war für Sozialisierung bzw. Verstaatlichung der Wirtschaft?

1.4 Die Weimarer Verfassung

Tagungsort Weimar

Am Trat in Weimar die Zusammen. Der Ort außerhalb der Reichshauptstadt war wegen anhaltender Unruhen in Berlin gewählt worden. In Weimar konnte man unter dem Schutz zuverlässiger Gruppen ohne Druck tagen. Außerdem galt Weimar als die Stadt GOETHEs und SCHILLERs. Deren Geist, und nicht das militaristische Denken des Kaiserreiches, sollte die Verfassung bestimmen.

Nach der schnellen Verabschiedung eines Gesetzes über die vorläufige Reichst" wurde gewählt. Zum Winder Nationalversammlung zum ersten
en gewählt. Zum Winder wurde der Volksbeauftragte
berufen, der das Kabinett der "Berufen bildete.

In sechs Monaten erarbeiteten die Abgeordneten der Nationalversammlung die neue Verfassung, mit der das Reich endgültig eine parlamentarische Republik wurde.

Weitgehende Volksrechte

Keine vorhergehende Verfassung und auch nicht unser heutiges Grundgesetz haben der Gesamtheit des Volkes so weitgehende Rechte eingeräumt wie die Weimarer Verfassung (Bild 1). Das Burfte den Burfte den Burfte der Bundespräsident von den Mitgliedern der Bundesversammlung gewählt wird. Auch erhielt das Volk 1919 das Recht, durch Volksbegehren (ein Zehntel aller Stimmberechtigten) Gesetzesentwürfe einzubringen. Es konnte unter bestimmten Voraussetzungen sogar durch einen Volksentscheid über Gesetze, die bereits vom Reichstag beschlossen waren, abstimmen oder über Gesetze, die bereits vom Reichstag beschlossen waren, abstimmen oder über Gesetzesentwürfe entscheiden. Mit dem 20. Lebensjahr erhielten alle Männer und Frauen das aktive Wahlrecht. Die staatsbürgerliche Gleichstellung der Frauen führte aber nicht zu einer Gesetzgebung zugunsten der Frauen. Viele diskriminierende Gesetze blieben bestehen.

Verhältniswahlrecht

Für die Wahlen zum Reichstag galt das reine Verhältniswahlrecht, bei dem die Zahl der Abgeordneten genau der Zahl der abgegebenen Stimmen entspricht. Da 60 000 Stimmen für ein Mandat (Sitz im Parlament, Amt eines Abgeordneten) genügten, gelangte eine große Zahl von Splitterparteien in den Reichstag Mehrheitsbildungen und Regierungsbildungen wurden dadurch erheblich erschwert. Zwischen 1919 und 1933 hat es zwanzig verschiedene Regierungen (Bild 3). Die Stetigkeit der Politik wurde dadurch erheblich behindert.

Grundrechte

Aus der Verfassung der Paulskirche von 1849 wurden die Grundrechte übernommen. Zu ihnen gehören die Unantastbarkeit der Freiheit des einzelnen, das Recht der freien Meinungsäußerung, Freizügigkeit, Unverletzlichkeit der Wohnung und des Eigentums und das Koalitionsrecht (Bildung von Vereinen). Auch in unserem Grundgesetz finden Sie diese Grundrechte wieder.

Wir wollen nun die wichtigsten Staatsorgane der Weimarer Republik kennenlernen und dabei Bild 1 heranziehen.

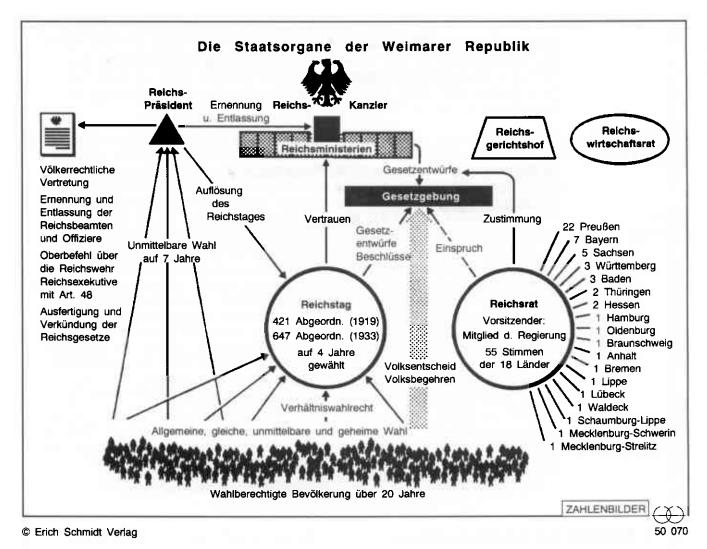


Bild 1: Die Staatsorgane der Weimarer Republik (aus: Arbeitsmappe Sozial- und Wirtschaftskunde, Erich Schmidt Verlag, Berlin Zahlenbild 50 070)

"Die Reichsgesetze werden vom Reichstag beschlossen", hieß es im Artikel 68. In seinen Händen lag also die Legislative (Gesetzgebung). Auch die Verträge mit ausländischen Staaten mussten von ihm genehmigt (ratifiziert) werden. Der Reichstag konnte jederzeit durch eine Mehrheit dem Reichskanzler oder einem Minister das Misstrauen aussprechen und ihn dadurch zum Rücktritt zwingen. Das konstruktive Misstrauensvotum unseres Grundgesetzes gab es noch nicht. (Es bedeutet, dass nur durch die Wahl eines neuen Kanzlers der bisherige gestürzt werden kann.)

Die Länder waren durch den *Reichsrat* vertreten. Er hatte das Recht, gegen Beschlüsse des Reichstages Einspruch zu erheben. Ein Einspruch wurde unwirksam, wenn eine Zweidrittelmehrheit des Reichstags auf dem ursprünglichen Beschluss beharrte.

Reichstag

Reichsrat

Reichskanzler

Wie heute der Bundeskanzler, so bestimmte nach der Weimarer Verfassung der Reichskanzler als Regierungschef die Richtlinien der Politik und trug dafür die Verantwortung. Er war dabei jedoch von den Mandelle der Bundeskanzlers, die seine Vorhaben durch werhindern konnten. Dies ist nach dem Grundgesetz nicht mehr möglich. Sie sehen, wie schwach die Stellung des Reichskanzlers war im Vergleich zu der des Bundeskanzlers.

Gerade umgekehrt verhielt es sich dagegen beim Reichspräsidenten. Dessen

Reichspräsident

Notverordnungen

Stellung war stärker, als es die des Bundespräsidenten ist: Er war nicht nur und d er hatte auch "den Abo fehl über die gesamte Wehrmacht des Reiches" (Artikel 47) und konnte den Reichstag auflösen! Besondere Vollmachten verlieh dem Reichspräsidenten vor allem der Artikel 48, der als 1 engaganh" in die Geschichte eingegangen ist. Zu verstehen ist er aus den politischen Unruhen, die überall in Deutschland immer erneut ausbrachen, als die Nationalversammlung tagte, und die ein derartiges Notstandsrecht zur Sicherung des öffentlichen Friedens notwendig machten. Nach dem Wortlaut dieses Artikels konnte der Reichspräsident mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten, "wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt". Die bewaffnete Macht konnte er auch einsetzen, "wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird". Man sprach dann von einer "Präsidialdiktatur". Nur ein Mehrheitsbeschluss des Reichstags konnte die Maßnahmen wieder aufheben. Der Reichspräsident hatte daraufhin das Recht, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen abhalten zu lassen. In der Endphase der Republik 1930 bis 1931 gewann der "Notverordnungsparagraph" als Regierungsinstrument an Bedeutung. Nach dem Inkrafttreten der Verfassung kam es nun darauf an, ob genügend Bürger sich in Deutschland für die Demokratie ("Volksherrschaft") einsetzten.

V. Au	gaben zur Selbstüberprüfung:
l. Ord	nen Sie die Stichworte
a) .	usrufung der Deutschen Republik,
b)]	eitung der KPD,
c) ,	orsitz im Rat der Volksbeauftragten
folg	enden Namen zu:
Kai	LIEBKNECHT:
Phi	pp SCHEIDEMANN:
Fri	drich EBERT:
Pos	LUXEMBURG:

2. a) Zählen Sie die Parteien der "We	imarer Koalition" auf.
b) Erläutern Sie die Abkürzung DN	NVP.
c) Nennen Sie die Partei STRESEN	MANNs.
3. Kennzeichnen Sie durch Stichworte	e das Wahlergebnis vom 19.1.1919.
4. Begründen Sie kurz, warum nicht Nationalversammlung bestimmt wu	
5. Wählen Sie bitte durch Ankreuzen	aus, was auf die Weimarer Verfassung zutrifft:
a) Geringe Volksrechte	
b) Möglichkeit von Volksbegehren	und Volksentscheid
c) Verhältniswahlrecht	
d) Grundrechte	
e) Konstruktives Misstrauensvotum	
f) Notverordnungsrecht des Reichs	präsidenten
6. Stellen Sie die richtige Zuordnung	her:
a) Ländervertretung	c) Staatsoberhaupt
b) Regierungschef	d) Legislative
(1) Reichstag:	
(2) Reichsrat:	it.
(3) Reichspräsident:	
(4) Reichskanzler:	

2 DER VERSAILLER VERTRAG

2.1 Die Vertragsverhandlungen

Konferenz von Versailles Sicherlich werden Sie sich schon gefragt haben, wie die Bedingungen des Friedensvertrages aussahen, den Deutschland nach dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 mit den Siegermächten des Ersten Weltkrieges abschließen musste. Am 18. Januar 1919 wurde im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles die Friedenskonferenz eröffnet. Vertreten waren dort 32 Staaten. Das besiegte Deutsche Reich war bei den Verhandlungen nicht zugelassen. In Deutschland hoffte man, dass sich der Friedensvertrag an der gemäßigten "14-Punkte-Erklärung" des amerikanischen Präsidenten Wilson aus dem Jahre 1918 orientieren würde. Die wichtigsten Entscheidungen auf der Konferenz wurden von den anwesenden Regierungschefs der drei Großmächte - WILSON (USA), CLEMENCEAU (Frankreich) und LLOYD GEORGE (Großbritannien) - getroffen. Die Konzepte der Sieger für den Friedensvertrag waren sehr unterschiedlich:

Konzepte der Sieger

- die USA strebten einen Verständigungsfrieden an;
- Großbritannien wollte das Reich schwächen, das politische Gleichgewicht auf dem Kontinent aber beibehalten:
- Frankreich wollte aus dem verständlichen Streben nach Sicherheit das Reich dauerhaft schwächen.

In spannungsgeladenen Verhandlungen konnten WILSON und LLOYD GEORGE den Ministerpräsident CLEMENCEAU dazu bewegen, Abstriche von der französischen Maximalposition zu machen. Am 7. Mai wurde der deutschen Delegation das ausgehandelte Vertragswerk übergeben. Eine mündliche Verhandlung wurde nicht gestattet. Innerhalb von 14 Tagen durften schriftliche Gegenvorschläge zu den über 400 Artikeln gemacht werden. Alle, die bisher auf einen Verständigungsfrieden gehofft hatten, sahen sich nun enttäuscht, denn der Preis für den von Deutschland verlorenen Krieg war hoch.

Vertragsbestimmungen

Im einzelnen waren folgende Bestimmungen festgelegt: Das Deutsche Reich verlor alle Kolonien. Abbildung 2 zeigt Ihnen die Abtretungen vom eigentlichen Reichsgebiet, die mit oder ohne Volksabstimmungen durchgeführt werden mussten.

Gebietsverluste Deutschlands Ohne Abstimmung mussten Elsaß-Lothringen an Frankreich, der größte Teil Posens und Westpreußens an Polen (polnischer Korridor) und das Hultschiner Ländchen an die Tschechoslowakei abgetreten werden. Danzig wurde als "Freie Stadt" dem Völkerbund unterstellt, das Memelgebiet einer alliierten Verwaltung. Abgestimmt wurde im südlichen Ostpreußen, dessen Bewohner sich mit über 90 % für Deutschland entschieden. Auch in Oberschlesien fand sich eine Mehrheit für die Beibehaltung des bisherigen Status. Trotzdem wurde es geteilt, und das oberschlesische Industriegebiet kam an Polen (Bild 2).

Nach einer Abstimmung fiel Nordschleswig an Dänemark, das Gebiet Eupen und Malmedy an Belgien. Das kohlereiche Saargebiet, dessen Kohlegruben französisch wurden, blieb für 15 Jahre dem Völkerbund unterstellt. Dann sollte die Bevölkerung über das weitere Schicksal entscheiden. Das linksrheinische Gebiet kam entgegen dem Wunsch der Franzosen nicht an Frankreich, wurde jedoch mit drei Brückenköpfen auf der Ostseite des Rheins besetzt. Eine entmilitarisierte Zone, deren Ostgrenze 50 km östlich des Rheins verlief, zog sich von den Niederlanden bis zur Schweizer Grenze.

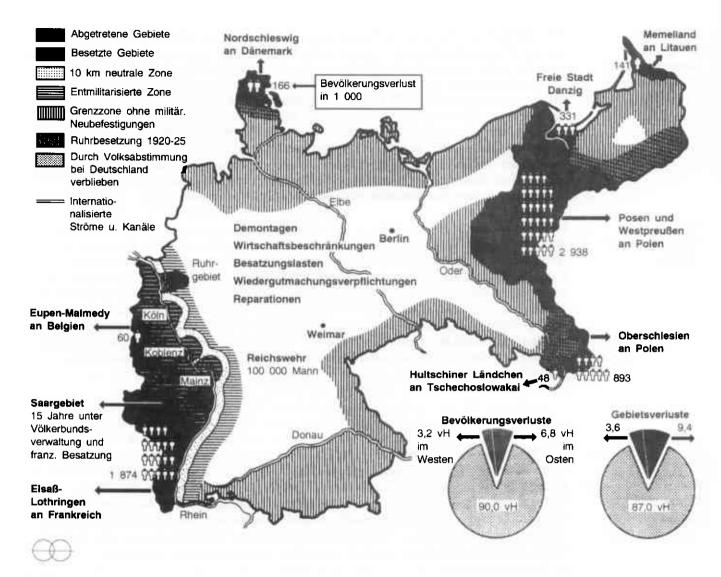


Bild 2: Der Friedensvertrag von Versailles
(aus: Arbeitsmappe Sozial- und Wirtschaftskunde, Erich Schmidt Verlag,
Berlin, Zahlenbild 50 121)

Das deutsche Heer wurde aufgelöst, das Kriegsmaterial ausgeliefert. Ein neues Berufsheer wurde geschaffen, das aus 100 000 Mann Land- und 15 000 Mann Marinetruppen bestand. Panzer, Flugzeuge und U-Boote waren nicht erlaubt. Als Rechtfertigung für diese Entwaffnung Deutschlands diente den Siegermächten der Plan einer allgemeinen Abrüstung, bei der Deutschland den Anfang zu machen habe (vgl. KELLOGG-Pakt).

Militärische Bestimmungen

Unter Berufung auf die Behauptung, Deutschland sei allein schuld am Kriege gewesen (Art. 231), forderten die Siegermächte nun Reparationen (Wiedergutmachungsleistungen) für die Kriegsschäden. Eine genaue Höhe der zu leistenden Material- und Geldabgaben wurde im Versailler Vertrag nicht genannt. 1921 wurden die Reparationsforderungen im Londoner Abkommen auf 132 Milliarden Goldmark festgesetzt. Der größte Teil der deutschen Handelsflotte musste ebenfalls abgeliefert werden.

Kriegsschuldfrage und Reparationen Unterzeichnung des Vertrages

Alle politischen Parteien in Deutschland waren sich in der Ablehnung dieser harten Friedensbedingungen einig und niemand war zunächst bereit, den Vertrag freiwillig anzunehmen. Nachdem der endgültige Vertragstext im Juni überreicht worden war, trat sogar die Reichsregierung unter SCHEIDEMANN (SPD) zurück. SCHEIDEMANN hatte schon im Mai auf einer Protestversammlung gesagt: "Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt?" Erst als die Allierten ultimativ drohten, die Kampfhandlungen wieder aufzunehmen, bevollmächtigte die Nationalversammlung unter dem Druck der Verhältnisse mehrheitlich die neue Regierung unter Gustav BAUER (SPD), den Vertrag zu unterschreiben. Am 28. Juni 1919 wurde er von den zivilen deutschen Bevollmächtigten in Versailles unterzeichnet.

Urteile über den Friedensvertrag

Da das Deutsche Reich nicht an den Friedensverhandlungen beteiligt worden war, wurde der Versailler Vertrag in der Weimarer Republik häufig auch als "Diktatfrieden" bezeichnet. Politiker, die für seine Unterzeichnung gestimmt hatten, wurden von politischen Gegnern als "Verzichtspolitiker" beschimpft. Diejenigen, die sich in harten Verhandlungen in den folgenden Jahren für eine Milderung vor allem der Reparationsleistungen einsetzten, galten als "Erfüllungspolitiker". Insbesondere die in der Weimarer Republik immer stärker werdenden radikalen rechten politischen Parteien benutzten diese propagandistischen Begriffe, um das Ansehen ihrer gemäßigten Gegner in der öffentlichen Meinung zu schmälern.

2.2 Neue Staaten in Europa

Ende der Donaumonarchie Das Deutsche Reich war durch den Friedensvertrag zwar schwer getroffen, doch in seinem territorialen Bestand im wesentlichen erhalten geblieben. Viel schlimmer erging es dem Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn, der durch den Vertrag von St. Germain völlig zerschlagen und aufgrund des Selbstbestimmungsrechts der Völker in mehrere kleine Staaten aufgeteilt wurde. Ungarn und die Tschechoslowakei erhielten die staatliche Unabhängigkeit. Teile des österreichischen Gebietes wurden an Italien und den neuen Balkanstaat Jugoslawien abgetreten.

Aufteilung des Osmanischen Reiches Auch das einstige Osmanische Reich wurde erheblich verkleinert. Es schrumpfte auf das heutige Staatsgebiet der Türkei zusammen. Palästina und der Irak wurden britisches, Syrien französisches Mandatsgebiet (Treuhandgebiet des Völkerbundes).

Zarenreich

In Europa entstanden nach dem Ersten Weltkrieg noch weitere selbständige Staaten. Es handelte sich dabei um Teile des ehemaligen russischen Zarenreiches. Erstmals seit der dritten polnischen Teilung von 1795 gab es wieder einen unabhängigen Staat Polen. In einem Krieg mit Sowjetrussland konnten die Polen ihre Grenze weit über die vorgesehene sogenannte CURZON-Linie nach Osten verschieben (Frieden von Riga 1921). Auch die Selbständigkeit der baltischen Staaten (Litauen, Lettland, Estland) musste 1920 von der Sowjetregierung anerkannt werden. Das seit 1809 als Großfürstentum von den Zaren regierte Finnland wurde unabhängig.

2.3 Der Völkerbund

Die Notwendigkeit, "noch einmal von vorn anzufangen", galt nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa. Niemand hat das klarer erkannt und formuliert als der amerikanische Präsident WILSON. Bereits während des Krieges hatte er immer wieder die Großmächte gemahnt, nicht Macht, sondern Recht als höchstes Ziel zu betrachten. "Unparteiische Gerechtigkeit" sollte das Völkerleben bestimmen und alle Nationen sollten sich in einer gemeinsamen Völkerfamilie ("general and common family of the League of Nations") zusammenfinden, um für alle Zeiten den Frieden zu sichern. Das dringlichste Erfordernis war die allgemeine Abrüstung. Wir wollen nun untersuchen, wie der Plan WILSONs verwirklicht wurde.

WILSON als Urheber des Völkerbundes

Im April 1919 wurde die Satzung des Völkerbundes angenommen. Seine Organisation ähnelte der heutigen UNO. In der Vollversammlung besaß jedes Mitglied eine Stimme. Dem Rat, der mit dem UN-Sicherheitsrat vergleichbar ist, gehörten die großen Siegermächte (Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan als ständige Mitglieder an. Beschlüsse konnten in beiden Gremien (Körperschaften) nur gefasst werden, wenn Einstimmigkeit herrschte. Jedes Mitglied hatte also ein Vetorecht (Einspruchsrecht). In der UNO gilt dies nur für den Sicherheitsrat, denn die Gründer der UNO wussten, dass das Vetorecht in der Vollversammlung die Wirksamkeit des Völkerbundes weitgehend gelähmt hatte. In Genf, dem Sitz des Völkerbundes, wurde ein ständiges Sekretariat geschaffen. Schwächer als die UNO war der Völkerbund auch insofern, als der amerikanische Senat seinen Präsidenten im Stich ließ und die Mitgliedschaft der USA verweigerte, um nicht noch einmal in die Auseinandersetzungen der europäischen Staaten hineingezogen zu werden. Das war ein bedauerlicher Rückfall in den amerikanischen Isolationismus (Politik der Abkapselung) des 19. Jahrhunderts, der durch das Stichwort "MONROE-Doktrin" gekennzeichnet ist. Deutschland wurde erst 1926 zugelassen; die Sowjetunion trat sogar erst 1934 bei. Die Zahl der Mitglieder hat 59 nie überschritten. Die beiden wichtigsten Ziele, Friedenssicherung und Abrüstung, wurden nicht erreicht. Trotzdem kann der Gedanke, einen allgemeinen Friedensbund der Völker zu schaffen, nicht hoch genug eingeschätzt werden. Anfangs allerdings war der Völkerbund einseitig durch die Politik der Siegermächte bestimmt.

Organisation

Schwächen

Ziele des Völkerbundes

VI. Aufgaben zur Selbstüberp	rüfung:	
1. Zählen Sie die Nachfolgestaat	en der Donaumonarchie au	f.
2. Nennen Sie den Staat, der na verlor.	ach dem Ersten Weltkrieg u	1. a. Palästina und Syrien
 Wählen Sie bitte durch Ankre des Völkerbundes waren. 	euzen diejenigen Staaten au	ıs, die von Anfang an Mitglieder
a) USA	d) Deutschland	
b) Sowjetunion	e) Frankreich	
c) Großbritannien		
		(Fortsetzung nächste Seite!)

4.	Berichtigen Sie folgende unzutreffende Behauptung:
	Im Völkerbund waren Mehrheitsbeschlüsse möglich.
5.	Nennen Sie den Grund dafür, dass die Friedenskonferenz 1919 gerade am 18. Januar und in Versailles eröffnet wurde.
) .	a) Erläutern Sie den Begriff "Reparationen".
	b) Nennen Sie die Begründung der Reparationsforderungen.

3 INNEN- UND WIRTSCHAFTSPOLITISCHE PROBLEME IN DEN ZWANZIGER JAHREN

3.1 Der Kapp-Putsch

Öffentliche Meinung Nach der Novemberrevolution, der Wahl zur Nationalversammlung, dem Friedensschluss von Versailles und der Verabschiedung der Weimarer Verfassung änderte sich 1919 die öffentliche Meinung sehr rasch. Zeitzeugen bemerkten eine "Welle von rechts". Der Soziologe Ernst TROELTSCH schrieb Ende 1919:

"Die vom Zusammenbruch überraschten, übertäubten und eine Zeitlang völlig hilflosen Kreise des alten Patriotismus und der alten Gesellschaftsordnung raffen sich wieder auf und benützen die von der Demokratie geschaffene Ordnung ... zu einem leidenschaftlichen Kampfe gegen die Träger des jetzigen Regimes und gegen die Revolution überhaupt... . Sprach man vor einem Jahre vor Studenten, so mußte man sich auf wilde pazifistische, revolutionäre, ja idealistisch-bolschewistische Widerspräche gefaßt machen; heute muß man auf antisemitische, nationalistische, antirevolutionäre Einsprüche sich einrichten... . Zum Teil stecken dahinter patriotische Scham und Empörung über das Schicksal Deutschlands, den Betrug von Versailles und die Schwäche der Regierung, weiterhin ... die Agitation der sogenannten nationalen Parteien, der heute ein großer Teil der im tiefen Groll aus der alten glanzvollen Armee ausgeschiedenen Offiziere als leidenschaftliche Träger zur Verfügung stehen."

(E. TROELTSCH, Spektatorbriefe, Tübingen 1924, S. 87 ff.

Zit. nach: erinnern und urteilen, Bd. IV, S. 38 f)

Das von TROELTSCH bemerkte antidemokratische Denken nationalistischer Gruppierungen wurde durch die sogenannte "Dolchstoßlegende" noch verstärkt. Im November 1919 erklärte der ehemalige Generalfeldmarschall und spätere Reichspräsident HINDENBURG vor einem Ausschuss des Reichstages, der die Ursachen der Niederlage im Kriege untersuchen sollte, die Parteien hätten den Widerstandswillen der Heimat erschüttert, hinzugekommen sei "die heimliche planmäßige Zersetzung von Flotte und Heer" und "revolutionäre Zermürbung" der Front: "So mußten unsere Operationen mißlingen, es mußte der Zusammenbruch kommen; die Revolution bildete nur den Schlußstein." (Zit. nach: Schulze, S. 207). HINDENBURG betonte, die deutsche Armee sei von hinten erdolcht worden.

Dolchstoßlegende

VII. Aufgaben zur Selbstüberprüfung:

- 1. Nennen Sie die Träger des antidemokratischen Denkens in der Weimarer Republik.
- 2. Vergleichen Sie die "Dolchstoßlegende" mit dem Telegramm der Obersten Heeresleitung vom 3. Oktober, das auf Seite 5 zitiert worden ist. Nennen Sie wichtige Unterschiede.
- 3. Welche Funktion könnte Ihrer Ansicht nach die "Dolchstoßlegende" gehabt haben?

Dass der jungen Republik von rechts eine erhebliche Gefahr entgegenwuchs, zeigte sich schon im März 1920. Demobilisierte Offiziere, Freikorpsführer und kaisertreue Beamte hatten seit 1919 mit der Planung eines Putsches gegen die neue Gesellschaftsordnung begonnen. Unterstützung erfuhren diese Kreise von Großindustriellen, die die sozialen Reformen der Novemberrevolution rückgängig machen wollten. Als einige Freikorps aufgelöst werden sollten, marschierten diese unter General LÜTTWITZ in Berlin ein und erklärten in der Nacht vom 12. auf den 13. März 1920 die Regierung für abgesetzt. Der deutschnationale Verwaltungsbeamte KAPP erklärte sich zum Reichskanzler. Da das Militär der legalen Regierung mit dem Argument, "Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr", Schutz verweigerte, mussten Reichspräsident EBERT und das Kabinett aus Berlin fliehen.

Gefahr von rechts

KAPP-Putsch

Dass der Putsch schon nach wenigen Tagen zusammenbrach, lag an dem von den Gewerkschaften, der SPD, der USPD, der KPD und auch der DDP ausgerufenen Generalstreik. Arbeiter legten Betriebe still und Beamte weigerten sich, von der neuen "Regierung" KAPP Weisungen entgegenzunehmen. Am 17. März setzten sich KAPP und LÜTTWITZ ins Ausland ab.

Generalstreik

Nach dem Zusammenbruch des KAPP-Putsches war die Unruhe im Reich noch nicht beendet. Aus dem Generalstreik entwickelten sich im Ruhrgebiet, in Sachsen und Thüringen bewaffnete Aufstände der Arbeiter, die von der KPD unterstützt wurden. Im Ruhrgebiet wurde eine über 50 000 Mann starke Rote Armee gebildet, die das Industriegebiet besetzte. In Sachsen und Thüringen wurde eine Räterepublik ausgerufen. Beide Aufstände schlug die Reichsregierung mit dem Einsatz von Freikorps, die zuvor die Republik beseitigen wollten, und der Reichswehr bis Mitte April blutig nieder.

Rote Armee im Ruhrgebiet

VIII. Aufgaben zur Selbstüberprüfung:

- 1. Erläutern Sie bitte kurz, worum es beim KAPP-Putsch ging.
- 2. Woran scheiterte dieser Umsturzversuch?

3.2 Reichstagswahlen und Regierungsbildung

Wenige Monate nach diesen Aufständen, die den Staat in große Gefahr gebracht hatten, fanden die Wahlen zum ersten Reichstag der Weimarer Republik statt. Diese Wahlen vom 6.6.1920 zeigten den Schwund der Hoffnung und des Vertrauens in die Parteien der Weimarer Koalition. Wir wollen nun dieses Wahlergebnis mit dem der Wahlen zur Nationalversammlung vom 19.1.1919 anhand von Tabelle I vergleichen. (Auswendig lernen müssen Sie die Zahlen aber nicht!)

	KPD	USPD	SPD	DDP	Zentrum	DVP	DNVP
19.1.1919	15	22	163	75	91	19	44
6.6.1920	4	84	102	39	85	65	71

Tabelle I: Zahl der Abgeordneten (ohne Splitterparteien) in der Weimarer Nationalversammlung bzw. im ersten Reichstag der Weimarer Republik

Die USPD erhielt die vierfache Mandatszahl (84 statt 22). Auch die beiden Rechtsparteien hatten erhebliche Gewinne: DVP 65 statt 19, DNVP 71 statt 44 Sitze. Die Kommunistische Partei (KPD) war Nachfolgerin des Spartakusbundes und erhielt auf Anhieb 4 Sitze. Die staatstragende SPD dagegen verlor etwa ein Drittel ihrer Mandate, sie erhielt statt 165 nur noch 102. Die DDP ging von 75 auf 39 Sitze zurück. Nur das Zentrum konnte mit 85 Sitzen (einschließlich 21 der Bayerischen Volkspartei) etwa die vorherige Anzahl von 91 Sitzen halten.

Die gemäßigten Parteien SPD, DDP und Zentrum (Weimarer Koalition) erhielten von insgesamt 459 Mandaten nur 226, ihr Anteil war also von einer Dreiviertel-Mehrheit auf etwa die Hälfte der Sitze gesunken. Diese Wahl, bei der die radikalen Flügelparteien KPD, USPD und DNVP auf Kosten der gemäßigten, für die Republik sich einsetzenden Parteien an Boden gewannen, begründete das Schlagwort "Republik ohne Republikaner". Mit Recht werden Sie nun nach den Auswirkungen eines solches Wahlergebnisses fragen.

Häufiger Regierungswechsel

Es wurde künftig schwierig, Koalitionen im Reichstag für eine Regierung zu finden. Regierungen wie die Weimarer Koalition (aus SPD, DDP und Zentrum) oder die rein bürgerliche Koalition (aus DDP, Zentrum und DVP) verfügten über keine ausreichende Mehrheit, und die Regierungskoalitionen mit einer stabilen Mehrheit ("Große Koalition" STRESEMANNs aus SPD, DDP, Zentrum und DVP; bürgerliche Rechtskoalition aus Zentrum, DVP und DNVP) waren in ihren Zielsetzungen (vgl. S. 11) zu uneinheitlich, als dass sie Stabilität und Dauer erlangen konnten. Daher kam es sehr häufig zu einem Wechsel der Regierung und der Koalition, wie Sie aus Bild 3 entnehmen können; dort sind die jeweiligen Koalitionsparteien angekreuzt (Z bedeutet "Zentrum").

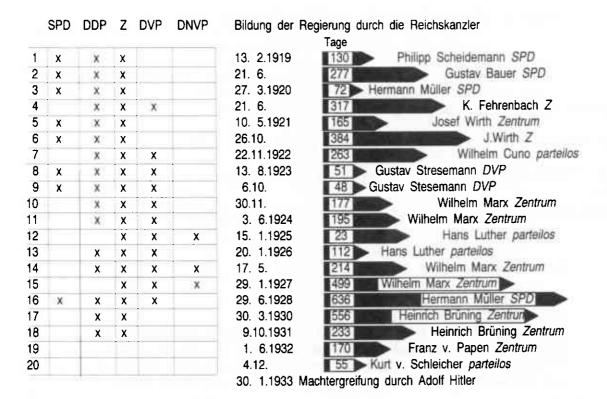


Bild 3: Die Koalitionen und Reichsregierungen der Weimarer Republik Schmidt Zahlenbild 50 074)

Diese häufigen Regierungswechsel waren ein Kennzeichen des Weimarer Staates, schadeten sehr dessen Ansehen und schwächten auch die außenpolitische Stellung des Deutschen Reiches.

	19.1.	6.6.	4.5.	7.12.	20.5.	14.9.	31.7.	6.11.	5.3.
	1919	1920	1924	1924	1928	1930	1932	1932	1933
Nationalsozialisten			32	14	12	107	230	196	288
Deutschnationale	44	71	95	103	73	41	37	52	52
Deutsche Volkspartei	19	65	45	51	45	30	7	11	2
Bayerische Volkspartei		21	16	19	16	19	22	20	19
Zentrum	91	64	65	69	62	68	75	70	73
Deutsche Demokr. Partei	75	39	28	32	25	20	4	2	5
Sozialdemokraten	163	102	100	131	153	143	133	121	120
Unabhängige Sozialisten	22	84							
Kommunisten		4	62	45	54	77	89	100	81
Übrige Parteien	7	9	29	29	51	72	11	12	7
Insgesamt	421	459	472	493	491	577	608	584	647

Tabelle II: Abgeordnetenzahlen der Reichstage 1919 - 1933

IX. Aufgaben zur Selbstüberprüfung:

- 1. Welche Parteien hatten in den Reichstagen eine relativ stabile Zahl an Abgeordneten?
- 2. Wie entwickelte sich nach 1928 die Abgeordnetenzahl der ehemaligen Weimarer Koalition

3.3 Das Krisenjahr 1923

3.3.1 Ruhrkampf und Inflation

Frankreichs Wunsch nach Kriegsende war es gewesen, das Ruhrgebiet von Deutschland zu lösen und - wenn möglich - sogar für sich zu gewinnen. In Versailles hatte es 1919 dieses Ziel nicht erreichen können. 1923 glaubte es eine Möglichkeit zu erkennen, seine Absicht doch noch durchzusetzen.

Das Deutsche Reich war den Reparationsforderungen bei der Lieferung von Kohle und Telegrafenstangen 1922 nicht ganz nachgekommen. Frankreich behauptete, dieses Versäumnis sei beabsichtigt gewesen. Am 11. Januar 1923 rückten französische und belgische Truppen in das Ruhrgebiet ein. Französische Ingenieure übernahmen die Kontrolle über Hüttenwerke und Gruben. Es stellt sich die Frage, was von deutscher Seite gegen diese Maßnahmen unternommen werden konnte. Gewalt war ausgeschlossen.

Ruhrkampf 1923 Die Reichsregierung verkündete zwei Tage später nach vergeblichem Protest den passiven Widerstand: Die Kohlelieferungen hörten auf, die Eisenbahner stellten die Arbeit ein; die Einwohner lehnten jede Zusammenarbeit mit den Franzosen ab. Darauf wiesen diese 140 000 Eisenbahner aus dem besetzten Gebiet aus. Mit eigenen Arbeitskräften versuchten sie, Zechen und Bahnen wieder in Gang zu bringen und für sich arbeiten zu lassen. Doch der Erfolg

war gering. In der überhitzten Atmosphäre kam es zu Sabotageakten deutscher Untergrundkämpfer. Die französischen Gerichte fällten Todesurteile. Weitere Zwischenfälle folgten, bei denen über 100 Deutsche umkamen.

Sie werden sich mit Recht fragen, ob Deutschland denn in der Lage war, bei Stillegung seines größten Industriegebietes weiter zu existieren. Es mussten doch Geld, Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände in das Ruhrgebiet geschafft werden, um die arbeitslose Bevölkerung dieses dichtbesiedelten Ballungsgebietes mit dem Notwendigsten zu versorgen. Gleichzeitig sanken aber die Reichseinnahmen rapide ab. Das verarmte Reich war keineswegs fähig, den passiven Widerstand lange durchzuhalten. Aber auch die französische Regierung musste erkennen, dass ihre Politik ein Fehlschlag gewesen war und erheblich mehr gekostet als eingebracht hatte. Das einzige Ergebnis war, dass Deutschland jetzt unmittelbar vor dem wirtschaftlichen Chaos stand.

Passiver Widerstand

Nicht nur die finanziellen Probleme des Ruhrkampfes, sondern auch die Folgen der Kriegsfinanzierung führten dazu, dass aus der schleichenden *Inflation* im Jahre 1923 eine galoppierende wurde. 1919 wurden die Gesamtkosten des Krieges mit 161 Milliarden Mark beziffert, die über Kredite aufgebracht worden waren. Praktisch war der Staat bankrott. Schon Ende 1918 war der Wert der Vorkriegs-Goldmark gegenüber 1914 auf die Hälfte gesunken. Zu Beginn des Jahres 1923 betrug das Verhältnis 1 Goldmark zu 10 000 Papiermark. Diese Entwicklung verdeutlicht Ihnen auch Tabelle II.

Inflation

1 Goldma	rk =								
Papierr	nark		atum		ollarku	ırs ir	Mark	Zeit	raum
	1	Juli	1914				4,198		
	10	Januar	1920				41,98	5 ½ .	Jahre
	100	3. Juli	1922			4	20,00	2 ½ .	Jahre
1	000	21. Okt.	1922			4 4	30,00	108	Tage
10	000	31. Jan.	1923		4	49 0	00,00	101	Tage
100	000	24. Juli	1923		4	14 0	00,00	174	Tage
1 000	000	8. Aug.	1923		4 8	60 O	00,00	13	Tage
10 000	000	7. Sept.	1923		53 0	00 O	00,00	30	Tage
100 000	000	3. Okt.	1923		440 0	00 O	00,00	26	Tage
1 000 000	000	11. Okt.	1923	5	060 0	00 0	00,00	8	Tage
10 000 000	000	22. Okt.	1923	40	000 0	00 O	00,00	11	Tage
100 000 000	000	Nov.	1923	420	000 0	00 0	00,00	11	Tage
1 000 000 000	000	20. Nov.	1923	4 200	000 0	00 O	00,00	17	Tage

Tabelle III: Die Entwicklung der Inflation 1914 - 1923
(aus: Jürgen KUCZYNSKI, Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, Bd. 5, Köln 1982, S. 32)

Um die Staatsausgaben und die Reparationsleistungen bezahlen zu können, wurde immer mehr Papiergeld in Umlauf gebracht, dem keine Sachwerte gegenüberstanden. Die Finanzpolitik der Reichsregierung ermöglichte einen schnellen Übergang von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft. Millionen demobilisierter Soldaten fanden wieder einen Arbeitsplatz in der Industrie. Die Arbeitslosenquote blieb im Vergleich mit anderen Staaten in Deutschland deshalb relativ gering. Obwohl die wirtschaftliche Konjunktur nach 1918 also relativ gut war, blieb das Warenangebot gering und die Preise stiegen unaufhörlich.

Ursachen

Folgen der Inflation Die Folgen der Inflation waren sehr unterschiedlich. Die Schuldner profitierten: Der Staat konnte mühelos seine inländischen Kriegsschulden abdecken. Im November 1923, auf dem Höhepunkt der Inflation, hatten die staatlichen Kriegsanleihen in Höhe von 154 Milliarden Mark nur noch einen Wert von 0,154 Goldmark! Unternehmer bezahlten aufgenommene Kredite mit wertlosen Papiermark zurück. Bedeutende Industriekonzerne entstanden im Verlauf der Inflation. Der wirtschaftspolitische Berater des Reichskanzlers WIRTH (Mai 1921 - November 1922), Moritz J. BONN, schrieb in seinen Erinnerungen:

"Vom Standpunkt der Industriellen war die Inflation tatsächlich ein Glück im Unglück. Sie bereicherte die Unternehmer, von denen ihrer Meinung nach das Wohlergehen des Landes abhing, und befreite sie von der Herrschaft der kurzfristigen demokratischen Verbraucherinteressen, die im Reichstag zu Wort kamen. Die Wirtschaftsführer hatten eine kapitalistische Variante der kommunistischen Enteignungspolitik entdeckt. Sie plünderten – nicht etwa ihre 'Klassenfeinde', sondern die breite Masse ihrer Mitkapitalisten... Sie praktizierten einen Sozialismus des Großkapitalisten. Sie widersetzten sich einer Stabilisierung aufs heftigste mit der Begründung, sie sei verfrüht, und benutzten die gewohnten patriotischen Argumente."

(M. J. BONN, So macht man Geschichte, München 1953, S. 273)

Besitzer von Sachwerten kamen gut davon. Die Sparer verloren dagegen ihr gesamtes Vermögen. Dies traf vor allem für den Teil des Mittelstandes zu, der sein Vermögen in nun wertlosen Kriegsanleihen angelegt hatte. Haus- und Grundbesitzer wurden dagegen schuldenfrei.

Die Geldentwertung führte dazu, dass Löhne und Gehälter laufend erhöht werden mussten und trotzdem keinen Wert hatten. So kostete in Berlin im September 1923 ein Brot 1 512 000 Mark. Bis November stieg der Preis auf 201 000 000 000 Mark. Sicherlich werden Sie sich fragen, wie die Menschen ihren Alltag bewältigten. Ein Zeitzeuge erinnert sich:

"Die Arbeiterfrauen hatten eine Methode entwickelt, die ihnen wenigstens genug zu essen für ihre Familien garantierte. Man sah sie an den Zahltagen – nun mindestens zweimal in der Woche – in Haufen vor den Fabriktoren stehen und auf ihre Männer warten; die Löhne wurden … nach dem Dollar-Index berechnet. Am Nachmittag eines Zahltages kamen Lastwagen voller Papiergeld von den Banken, wo das Geld nicht mehr gezählt, sondern die Dicke der Bündel mit Linealen gemessen wurde. Sobald sich die Fabriktore öffneten und die Arbeiter mit ihren Lohnpaketen (oft in Zigarrenkisten) herausströmten, begann eine Art Stafettenlauf: Die Frauen nahmen das Geld, liefen zu den nächsten Läden und kauften ein, ehe die Preise wieder erhöht wurden."

(Egon LARSEN, Die Weimarer Republik. Ein Augenzeuge berichtet, München 1980, S. 64)

Große Koalition Im August 1923 wurde eine neue Reichsregierung - eine Große Koalition aus SPD, Zentrum, DDP und DVP - unter Kanzler Gustav STRESEMANN gebildet. STRESEMANN stellte den passiven Widerstand im Ruhrgebiet ein. Mit einer Währungsreform gelang es im November, die Inflation zu beenden. Die neue "Rentenmark" wurde in ihrem Wert mit dem Grundbesitz der Industrie gedeckt.

. Aufgaben zur Selbstül	berprüfung:	
. Wer besetzte aus welche	em Anlass 1923 das Ruhrgebiet?	
Nennen Sie Ursachen fü	ir die Inflation von 1923.	
Füllen Sie die folgende	Tabelle aus:	
	Inflationsfolgen 1923	
günstig für		ungünstig für

3.3.2 Der Hitler-Putsch und seine Folgen

Nicht nur der Ruhrkampf und die Inflation, sondern auch ein Putschversuch von rechts stellte die Weimarer Republik 1923 vor eine Zerreißprobe (vgl. Bild 4). In Bayern hatte sich seit der Niederschlagung der Räterepublik 1919 die nationalistische Rechte zu den "Vereinigten Vaterländischen Verbänden" zusammengeschlossen. Die 1920 u. a. von Adolf HITLER gegründete Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) spielte dabei eine wichtige Rolle. HITLER war damals schon einer der bekanntesten rechtsradikalen Politiker Süddeutschlands. 1923 glaubte er, von München aus mit einem "Marsch auf Berlin" eine nationale Diktatur errichten zu können. Auslöser für diesen Umsturzversuch war das von der Reichsregierung veranlasste Ende des Ruhrkampfes. In Bayern wurde von der Landesregierung der Ausnahmezustand ausgerufen und mit Ritter von KAHR ein rechtsstehender Gegner der Reichsregierung zum Staatskommissar ernannt. Er beteiligte sich zeitweise an den Umsturzplänen. HITLER schlug am 8./9. November 1923 mit Hilfe des ehemaligen Generals LUDENDORFF selbst los. Da von KAHR und das bayerische Militär von der Reichswehrführung keine Rückendeckung für die "Nationale Revolution" bekamen, beendeten sie HITLERS nun aussichtslos gewordenes Abenteuer mit Waffengewalt. HITLER und LUDENDORFF wurden vor Gericht gestellt. Die Richter verurteilten HITLER zu fünf Jahren Haft, von denen er nur neun Monate verbüßen musste. Für einige Zeit wurde die NSDAP verboten.

Putschversuch von rechts

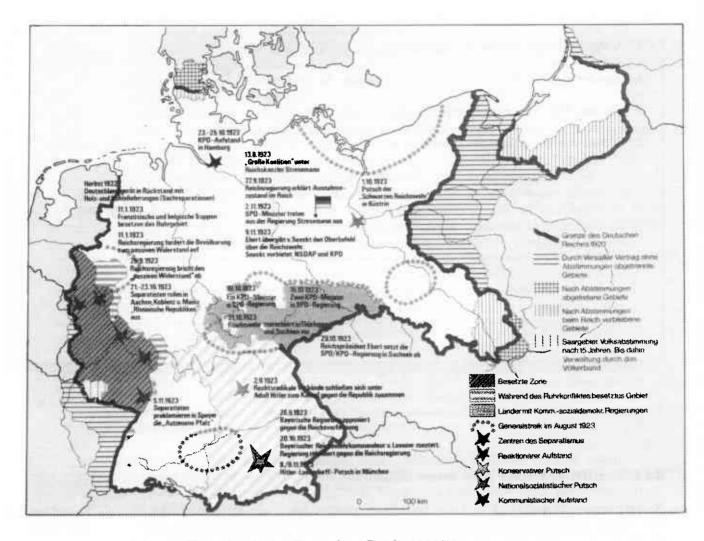


Bild 4: Krisenherde im Deutschen Reich 1922/23 (aus: ALTER, P. u. a.: erinnern und urteilen Bd. 3, S. 42)

Krisenherde

Weitere innere Krisenherde im Reich (vgl. Bild 4) waren u. a. das Rheinland und die Pfalz. Hier versuchten Separatisten (Vertreter der Trennung),im Oktober/November mit französischer Unterstützung eine "Rheinische Republik" auszurufen. Dieses Vorhaben scheiterte aber am Widerstand der Bevölkerung. Koalitionen aus SPD und KPD in den Landesregierungen von Sachsen und Thüringen wurden von der Reichsregierung mit der sogenannten "Reichsexekution" (Art. 48 der Verfassung) beseitigt, weil die KPD in diesen Ländern begonnen hatte, Arbeiter für die Revolution zu bewaffnen. Zu einem kurzen, aber erfolglosen von der KPD geplanten Aufstand kam es im Oktober 1923 allerdings nur in Hamburg. Auch die KPD wurde Ende 1923 kurzfristig verboten und verlor danach einige Jahre an politischem Einfluss. Die Weimarer Republik habe sich, meint der Historiker E. KOLB, in den "Herbstwochen 1923 gegen-über den Herausforderungen von links und rechts behauptet". Auch die durch den verlorenen Krieg und den Versailler Vertrag bestimmte außenpolitische Konfliktlage begann sich nun zu entspannen.

Bewährung der Republik

4 AUSSENPOLITIK UNTER RATHENAU UND STRESEMANN

4.1 Vom Londoner Ultimatum bis zum Vertrag von Rapallo

Die deutsche Außenpolitik musste in der Weimarer Republik von den Gegebenheiten des Versailler Vertrages ausgehen. Am 27.4.1921 hatte die Reparationskommission, wie Sie wissen, die Summe der von Deutschland zu zahlenden Reparationen auf 132 Milliarden Goldmark festgesetzt. Die Annahme durch das Deutsche Reich erzwangen die Ententemächte am 5.5.1921 durch das Londoner Ultimatum (letzte Warnung). Sie drohten mit Wiederaufnahme der Blockade und Besetzung des Ruhrgebietes, wenn nicht folgende Verpflichtungen eingegangen würden: jährliche Zahlung von 2 Milliarden Goldmark und 26 % des Ausfuhrerlöses, Zahlung einer Goldmilliarde innerhalb von 25 Tagen. Dem Reichstag blieb keine Wahl. Am 11. Mai nahm er das Ultimatum an. Walter RATHENAU, der als Wiederaufbauminister die deutsche Politik maßgebend bestimmte, bezeichnete das Londoner Ultimatum als undurchführbar und unmoralisch. Trotzdem sprach er sich im Hinblick auf die außenpolitische Zwangslage für seine Annahme aus.

Londoner Ultimatum

Von der Unerfüllbarkeit der Forderungen konnten die ehemaligen Gegner seiner Meinung nach nur dadurch überzeugt werden, dass Deutschland versuchte, bis an die Grenze seiner Möglichkeiten zu zahlen. Dann müsse sich zwangsläufig, so glaubte RATHENAU, eines Tages die Unmöglichkeit weiterer überhöhter Zahlungen herausstellen. Diese gutgemeinte und ehrliche Erfüllungspolitik fand bei den Ententemächten jedoch keineswegs die Würdigung, die sie verdient hätte. Als die deutsche Regierung die erste Milliarde Goldmark vertragsgemäß gezahlt hatte, musste sie um ein Moratorium (Zahlungsaufschub) nachsuchen, da ihre Mittel vollkommen erschöpft waren. Doch die Franzosen sahen hierin den Versuch, sich den festgesetzten Verpflichtungen zu entziehen. Das Moratorium wurde daher abgelehnt.

RATHENAUs Haltung

Ein neuer Versuch, die internationalen Wirtschafts- und Reparationsfragen zu regeln, wurde im April und Mai 1922 auf der Konferenz von Genua unternommen. Auch die Sowjetunion und Deutschland waren vertreten. Doch es gelang in Genua nicht, das deutsche Reparationsproblem zu lösen, obwohl Walter RATHENAU – nun als Außenminister – die Begrenzung der deutschen Zahlungsfähigkeit nachzuweisen verstand.

Konferenz von Genua

Ein ganz anderes Ereignis vollzog sich zur allgemeinen Überraschung während der Konferenz: der Abschluss eines Vertrages zwischen Deutschland und der Sowjetunion (Vertrag von Rapallo). Sie werden sich über die Tatsache wundern, dass das Deutsche Reich ausgerechnet mit dem Staat einen Vertrag abschloss, dessen Ziel die Weltrevolution war und der Umsturzversuche im Reich unterstützte. Doch bedenken Sie, dass es noch einen anderen Gesichtspunkt für Deutschland gab, nämlich den außenpolitischen.

Vertrag von Rapallo 1922

Beide Staaten nahmen diplomatische Beziehungen zueinander auf. Außenpolitisch wichtiger war der Vertrag von Rapallo aber wegen des gegenseitigen Verzichtes auf den Ersatz der Kriegskosten und der Kriegsschäden. Die deutsche Seite hoffte, damit den ersten Schritt zur Revision des Versailler Vertrages gemacht zu haben. Die Verständigung beider Staaten wurde von England und Frankreich mit Sorge betrachtet. Der französische Ministerpräsident sah darin sogar eine mögliche "Bedrohung des Friedens".

Gegen Walter RATHENAU wurde von der nationalistischen Rechten wegen seiner jüdischen Abstammung ständig gehetzt. Seine "Erfüllungspolitik" wurde verächtlich gemacht. Ausgerechnet der Mann, der alles getan hatte, um Deutschland aus der außenpolitischen Isolierung herauszuführen, wurde ein Politische Morde Opfer blinden Hasses. Am 24.6.1922 wurde er auf der Fahrt zum Außenministerium durch Pistolenschüsse und Handgranaten ermordet. Ein ähnliches Schicksal hatte 10 Monate vorher Matthias ERZBERGER erlitten, der von rechtsradikaler Seite für den Abschluss des Waffenstillstandes und Friedensvertrages verantwortlich gemacht wurde: Im August 1921 war er von zwei Mitgliedern eines Geheimbundes erschossen worden.

4.2 Stresemanns Verständigungspolitik

Im November 1923 fand - wie Sie wissen - die Inflation ihr Ende. Dadurch gelang es, den Reichshaushalt allmählich wieder auszugleichen. Durch beide Maßnahmen war zunächst die Krise gemeistert und die Voraussetzung für den Wiederaufbau geschaffen. Zwei Wochen nach Einführung der Rentenmark wurde dem Kabinett STRESEMANNs, der 9. Regierung der Weimarer Republik (Bild 3), im Reichstag das Vertrauen entzogen, da die SPD dem Kanzler STRESEMANN den Reichswehreinsatz gegen die Linksregierung in Sachsen verübelte und da STRESEMANNs eigene DVP das Vorgehen gegen Bayern missbilligte. In die folgende Regierung trat STRESEMANN als Außenminister ein. Dieses Amt behielt er bis zu seinem Tode im Jahre 1929. Durch die erwähnten Maßnahmen hatte STRESEMANN als Kanzler die Grundlagen geschaffen, auf denen er als Außenminister weiterbauen konnte. Sein Ziel war es, dem deutschen Volk innenpolitische Ruhe, wirtschaftlichen Aufstieg und außenpolitische Anerkennung zu verschaffen. Hierfür gab es aber nur den Weg der Verständigung mit den ehemaligen Gegnern. So wurde für ihn die Entspannung der deutsch-französischen Beziehungen zum Zentralproblem seiner Außenpolitik.

STRESE-MANNs Ziele

DAWES-Plan 1924

Kredite für Deutschland

Durchführung der Reparationen

Deutschland und Frankreich Es stellt sich die Frage, wie STRESEMANNs Bemühungen sich auf die internationalen Beziehungen auswirkten. Den Ausgangspunkt bildet der DAWES-Plan, benannt nach dem amerikanischen Bankier und Politiker C. G. DAWES, der in dem Sachverständigenausschuss der Reparationskommission den Vorsitz führte. Reparationszahlungen sollten, dem Plan zufolge, nur noch aus den wirtschaftlichen Überschüssen geleistet werden. Dies war bei dem Zustand der deutschen Wirtschaft nicht zu erreichen. Um ihre Wiedergesundung zu ermöglichen, erkannte das Ausland die Kreditwürdigkeit Deutschlands an und stellte dem Reich eine erste Anleihe von 800 Mio. Goldmark zur Verfügung (s. Bild 5). Weitere Kredite (geliehene Geldbeträge) an Staat und Privatwirtschaft sorgten dafür, dass sich bald die ersten Anzeichen wirtschaftlicher Besserung nach der Inflation zeigten.

Eine Gesamtsumme der Reparationszahlungen wurde aber auch im DAWES-Plan nicht festgelegt. Dass die im Londoner Ultimatum 1921 festgesetzte Summe von 132 Milliarden Goldmark die deutschen Möglichkeiten weit überstieg, war inzwischen allen Verantwortlichen klar geworden. Daher setzte man nur die Jahresraten fest. Bis zum Jahre 1928 betrugen diese 1 bis 1,75 Milliarden Mark. Dann sollten jährlich 2,5 Milliarden gezahlt werden. Über die Dauer der Zahlungen wurde nichts gesagt.

Frankreichs Sicherheitsbedürfnis war immer noch nicht befriedigt. Daher räumte es 1925 nicht, wie es im Versailler Friedensvertrag festgesetzt war, die nördliche Besatzungszone des Rheinlandes. Als Vorwand führten die Franzosen z. T. fadenscheinige Gründe an, z. B. die Kasernierung der Schutzpolizei; STRESEMANN protestierte, doch ohne Erfolg. Darauf entschloss er sich, dem französischen Wunsch nach verstärkter Sicherheit durch die Garantie der deutschen Westgrenzen entgegenzukommen.

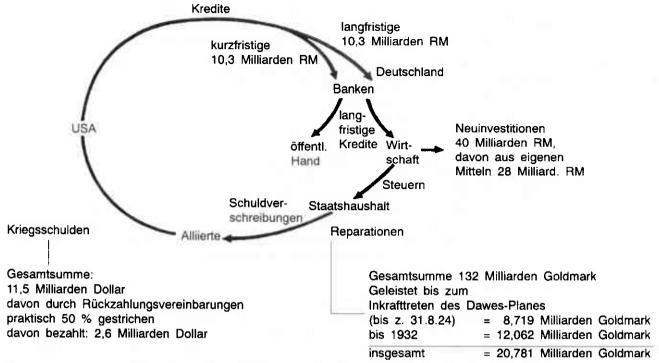


Bild 5: Internationaler Finanzkreislauf 1924 - 1931/32 (Aus: Hagen SCHULZE, S. 39)

Diesem Ziel diente der Locarnovertrag von 1925, in dem Deutschland, Frankreich und Belgien auf eine Veränderung der bestehenden Grenzen verzichteten. England und Italien übernahmen hierfür die Garantie. Dies bedeutete Deutschlands endgültigen und freiwilligen Verzicht auf Elsaβ-Lothringen, der 1919 im Versailler Vertrag noch unter Zwang ausgesprochen war. Frankreich konnte jetzt beruhigt sein, denn ein Angriff auf französisches Gebiet war nicht mehr zu befürchten. Ebenso war aber auch das Deutsche Reich geschützt vor erneuten Versuchen Frankreichs, sich des Ruhrgebietes zu bemächtigen.

Vertrag von Locarno 1925

Der Vertrag betraf aber auch die Ostgrenzen. Deutschland verpflichtete sich, seine Grenze mit Polen nicht mit Gewalt zu verändern, betonte aber gleichzeitig seinen Anspruch, mit friedlichen Mitteln das 1919 verlorengegangene deutsche Land im Osten eines Tages zurückzuerhalten. Um die Sicherheit Polens und der Tschechoslowakei zu stärken, schloss Frankreich mit beiden Staaten Beistandspakte ab. Sie sollten französische Hilfe erhalten, falls sie von Deutschland angegriffen würden. Es stellt sich die Frage nach den Auswirkungen der Locarnopolitik.

Deutsche Ostpolitik

Der Vertrag von Locarno - genannt nach dem Schweizer Kurort am Lago Maggiore, wo die Konferenz stattgefunden hatte - bedeutete einen entscheidenden Wandel in den deutsch-französischen Beziehungen. Hass und Rachsucht waren dem Willen zur Versöhnung gewichen. Einen wesentlichen Anteil an diesem Gesinnungswandel hatte der französische Außenminister Aristide BRIAND, der als glühender Pazifist (Anhänger des Friedens) wie Gustav STRESEMANN alles daransetzte, um eine Wiederholung der Greuel des Ersten Weltkrieges zu verhindern. Beide Staatsmänner fanden bei ihren Landsleuten keineswegs immer Verständnis. Viele Franzosen konnten sich nicht so schnell entschließen, mit dem ehemaligen "Erbfeind" nun auch innerlich Frieden zu schließen. Auch STRESEMANN stieß, vor allem bei der politischen "Rechten", auf Widerstand. Sie warf ihm vor, er verzichte freiwillig auf deutsches Gebiet.

"Geist von Locarno"

BRIAND als Partner STRESE-MANNs Die Deutschnationalen schieden daher im Dezember 1925 wieder aus der Regierung aus, in die sie im Januar eingetreten waren. Die folgenden Regierungen aus DDP, Zentrum und DVP konnten der Politik STRESEMANNs nur eine schmale Grundlage im Parlament bieten (Duldung durch die SPD).

STRESEMANN ein "Verzichtpolitiker"? War schon RATHENAU als "Erfüllungspolitiker" beschimpft worden, so wurde STRESEMANN von nationalistischen Kreisen als "Verzichtpolitiker" verächtlich gemacht. Dieser Vorwurf war genauso unsinnig wie gehässig; denn STRESEMANNs Bemühen galt nach seinen eigenen Worten der "Erhaltung der Rheinlande und der Wiedergewinnung deutschen Landes im Osten".

Berliner Vertrag mit der SowjetuniDie sowjetische Regierung war durch den Locarnovertrag misstrauisch geworden. Widersprach dieser dem Rapallovertrag, der ja eine engere Bindung Deutschlands an die Westmächte verhindern sollte? Um die Sowjets zu beruhigen, schloss STRESEMANN im Juni 1926 in Berlin mit ihnen einen deutsch-russischen Freundschaftsvertrag ab ("Berliner Vertrag"). Beide Staaten kamen überein, an keinem Krieg gegen den Vertragspartner teilzunehmen und Neutralität zu wahren, wenn nicht der Bündnispartner der Angreifer sei.

Deutschlands Eintritt in den Völkerbund Wir wollen nun untersuchen, welche politischen Vorgänge durch den "Geist von Locarno" bestimmt waren. Schon auf der Locarnokonferenz hatten die Westmächte Deutschland die Aufnahme in den Völkerbund in Aussicht gestellt. Ein Jahr später war es dann soweit! Am 8. September 1926 wurde das Deutsche Reich einstimmig in den Völkerbund aufgenommen. Auch seine Forderung, einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat zu erhalten, wurde erfüllt. Mit Begeisterung wurde die deutsche Delegation bei ihrem ersten Erscheinen im Sitzungssaal begrüßt. Der französische Außenminister BRIAND drückte die allgemeinen Empfindungen aus, als er, zu den Deutschen gewandt, sagte: "Was Heldentum und Kraft betrifft, brauchen sich unsere Völker keine Beweise mehr zu geben. Auf den Schlachtfeldern der Geschichte haben beide eine reiche und ruhmvolle Ernte gehalten. Sie können sich von jetzt an um andere Erfolge auf anderen Gebieten bemühen."

STRESEMANNs Erwartungen STRESEMANN hatte gehofft, nach den bisherigen Erfolgen seiner Verständigungspolitik weitere Zugeständnisse von Frankreich zu erreichen, besonders eine vorzeitige Räumung der Besatzungszonen und eine Vorverlegung der Saarabstimmung. Zwar waren 1925 das Ruhrgebiet und 1926 die Kölner Zone geräumt worden, doch weitere Erleichterungen ließen sich nicht erreichen. BRIAND war durchaus bereit, STRESEMANNs Wünschen entgegenzukommen, doch sein guter Wille scheiterte an der öffentlichen Meinung in Frankreich und der Halsstarrigkeit des französischen Ministerpräsidenten POINCARÉ. So erhielt die innerdeutsche Rechtsopposition immer mehr Oberwasser. Vergeblich wies STRESEMANN das Ausland auf diese Gefahr hin: "Es gibt auch ein Warten, das zu lange dauert. Das deutsche Volk wartet schon so lange mit steigender Ungeduld auf das Ende der Besatzungszeit, daß wir uns um die moralischen Früchte einer solchen Geste Frankreichs bringen, wenn sie noch länger ausbleibt."

Haltung Frankreichs

STRESEMANNs Grundsätze In seiner letzten Rede vor dem Völkerbund im September 1929 rief STRESEMANN den Abgeordneten zu: "Wir haben die Fortdauer der Besetzung deutschen Landes auf das schmerzlichste empfunden. Kein Volk, das sich selbst achtet, hätte anders empfinden können. Ich kann auch nicht stillschweigend daran vorbeigehen, daß ein anderer Teil des deutschen Landes, das Saargebiet, noch unter nichtdeutscher Verwaltung steht, ein Gebiet, dessen Wiedervereinigung mit dem Heimatland der einmütige Wunsch seiner Bevölkerung ist. Wir haben die nüchterne Aufgabe, die Völker einander näher zu bringen, ihre Gegensätze zu überbrücken. Es handelt sich um eine harte Arbeit". Erst kurz vor STRESEMANNs Tod im Jahre 1929 konnte ihm BRIAND die Bereitschaft der französischen Regierung mitteilen, der

Räumung des Rheinlandes zuzustimmen. 1930 rückten die Besatzungstruppen ab. STRESEMANN hat es nicht mehr erleben dürfen.

Zwei Jahre zuvor hatte der amerikanische Staatssekretär KELLOGG einen Plan vorgelegt, in dem sich die Staaten zur Ächtung des Krieges verpflichten sollten. Zusammen mit den Vertretern von 14 Nationen unterzeichnete STRESEMANN den KELLOGG-Pakt, dem bis Ende 1929 54 Staaten beigetreten waren.

Kriegsächtung durch den KELLOGG-Pakt 1928

Im gleichen Jahr war auch ein erneuter Versuch unternommen worden, die Reparationsfrage zu regeln. Die jährlichen Zahlungen, die Deutschland nach dem Ihnen bekannten DAWES-Plan zu leisten hatte, waren 1928 auf 2,5 Milliarden Mark angestiegen. Die Laufzeit war immer noch nicht begrenzt. Da machte die deutsche Regierung den Vorschlag, die Höhe der Jahresraten zu überprüfen und einen Endtermin festzusetzen. Dieser Wunsch fand Verständnis. Unter Vorsitz des amerikanischen Wirtschaftspolitikers Owen YOUNG wurde 1929 der YOUNG-Plan ausgearbeitet, der das Ende der Zahlungen auf das Jahr 1988 festsetzte. Die jährlichen Raten wurden auf etwas über 2 Milliarden Goldmark festgelegt. Mit der Auflösung der alliierten Reparationskommission, die Deutschland kontrollierte, gewann die Republik erstmals seit ihrem Bestehen die volle finanzielle und wirtschaftliche Selbständigkeit. Die Weltwirtschaftskrise führte 1931 mit dem HOOVER-Moratorium zum Aussetzen des YOUNG-Plans. Auf der Konferenz von Lausanne wurden 1932 sogar alle Reparationforderungen, gegen eine nie geleistete deutsche Zahlung von 3 Milliarden Goldmark, fallengelassen.

Reparationsfrage

YOUNG-Plan 1929

Ende der Reparationen 1932

Jahr	Konferenz	Gesamthöhe (in Mrd. Goldmark)	Anzahl der Raten	Höhe der Jahresraten	Laufzeit bis
1919	Versailles	nicht festgelegt	30	nicht festgelegt	1950
1920	Boulogne	269 Mrd.	42	2-6 Mrd.	1961
1921 Januar	Paris	226 Mrd,	42	6,5 Mrd,	1962
1921 Mai	London	132 Mrd.	66	2-6 Mrd.	1987
1924	Dawes-Plan London	nicht festgelegt	nicht festgelegt	1-2,5 Mrd.	nicht festgelegt
1929	Young-Plan Paris	112 Mrd.	59	1,7-2,1 Mrd.	1988
1932	Lausanne	Abschlussrate	1	3 Mrd.	

Tabelle IV: Auf mehreren Konferenzen werden die Reparationsforderungen verändert

Zwischen 1919 und 1932 zahlte Deutschland ca. 21 Milliarden RM an Reparationen. Gleichzeitig flossen 28 Milliarden RM als Kapitalimport nach Deutschland. Der Effekt der Reparationen lag nach dieser Bilanz nicht darin, dass die Finanzkraft der deutschen Wirtschaft geschwächt wurde. Nicht zu unterschätzen sind bei der Beurteilung der Reparationsfolgen aber die Folgen für die "nationale Psyche" und die Belastungen der Internationalen Finanzmärkte durch den Kreislauf von Krediten und Reparationen seit dem DAWES-Vertrag.

X	. Aufgaben zur Selbstüberprüfung:
1.	Geben Sie kurz den Inhalt des Londoner Ultimatums von 1921 wieder.
2.	Ordnen Sie bitte die Stichworte
	a) Reichspräsidentenwahl, d) Vertrag von Locarno,
	b) Abbruch des Ruhrkampfes, e) Deutschlands Eintritt in den Völkerbund,
	c) Berliner Vertrag, f) Vertrag von Rapallo
	den Jahreszahlen zu und fügen Sie in Klammern jeweils den Namen des zugehörigen deutschen Politikers bei:
	1922
	1923
	1925
	1926
3.	Kreuzen Sie bitte an, was auf den DAWES-Plan zutrifft.
	a) Diplomatische Beziehungen Deutschland – Sowjetunion
	b) Vorläufige Regelung der Reparationsfrage
	c) Kredite für Deutschland
	d) Endtermin für Reparationen
	e) Kriegsächtung
4.	Nennen Sie die beiden deutschen Politiker, die 1921 bzw. 1922 von Rechtsradikalen ermordet wurden.
5.	Zählen Sie die Bestimmungen des Vertrages von Locarno in Stichworten auf.
6.	Kennzeichnen Sie kurz die politische Haltung des französischen Ministerpräsidenten POINCARÉ.
7.	Schlagen Sie bitte Seite 31 auf. Beschreiben Sie die in der Grafik dargestellten internationalen Finanzkreisläufe in den zwanziger Jahren.

5 DIE "GOLDENEN ZWANZIGER JAHRE" Konjunktur = Kultur?

Auf wirtschaftlichem Gebiet vollzog sich in den Jahren 1924 bis 1929 ein erstaunlicher Aufschwung in der Weimarer Republik. Seit dem DAWES-Plan waren vor allem aus den USA viele Milliarden Mark an Krediten in die deutsche Wirtschaft geflossen. Die Produktionsziffern stiegen, der Außenhandel erreichte wieder den Umfang der Vorkriegszeit. Viele Fabriken wurden modernisiert und in ihnen neue Arbeitsmethoden eingeführt. Von der guten Wirtschaftslage profitierte auch die Bevölkerung, deren Lebensstandard fast wieder das Niveau von vor 1914 erreichte.

Modernisierung

Sozialpolitisch waren bis 1923 u. a. die Tarifautonomie, das Betriebsrätegesetz und der Achtstunden-Arbeitstag durchgesetzt worden. Hinzu kamen nun die Einführung der staatlichen Fürsorge für Arme und die Arbeitslosenversicherung. Mieter wurden per Gesetz vor willkürlichen Kündigungen geschützt. Mit kommunalen Wohnungsbauprogrammen versuchten Städte und Gemeinden, ausreichend Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Im Bereich von Kunst und Wissenschaft waren die zwanziger Jahre sehr fruchtbar. Viele Deutsche wurden zwischen 1918 und 1933 mit Nobelpreisen geehrt (z. B. Albert EINSTEIN, Thomas MANN, Ludwig QUIDDE). Der seit 1918 in Berlin lebende Schriftsteller Leonhard FRANK erinnert sich an das kulturelle Leben nach 1925:

Kunst und Wissenschaft

"Damals war die schöne Zeit. Von den Nachwirkungen des verlorenen Krieges war nichts mehr zu spüren. Die Wirtschaftsverhältnisse hätten nicht besser sein können. ... Diese Zeit war der Beweis dafür, daß Wirtschaftskraft und -aufstieg auch das geistige und künstlerische Schaffen befruchten... Die Bücherproduktion war größer als je. Die neue expressionistische Richtung, in Deutschland entstanden, beeinflußte die europäische Dichtung. Theater, Oper, Konzerthäuser waren überfüllt. Europäische Künstler, aus Paris, London, Rom, die nach Berlin kamen, waren begeistert und wollten nicht mehr fort. Die Luft in Berlin war elektrisch geladen."

(Leonhard FRANK, Links wo das Herz ist, München 1963, S. 113 f)

XII. Aufgabe zur Selbstüberprüfung:

Diese Frage setzt etwas detektivischen Spürsinn voraus:

Versuchen Sie, mit Hilfe eines Lexikons eine Gemeinsamkeit zwischen EINSTEIN, MANN, QUIDDE und L. FRANK zu ermitteln.

Bekannte Künstler und Intellektuelle in der Weimarer Republik standen politisch links. Ihre sozialkritischen Werke waren unter den Zeitgenossen fast immer umstritten. Heute gelten davon viele, wie z.B. die Theaterstücke des Dramatikers BRECHT und die Bilder der Maler DIX und GROSZ, als Klassiker. Der deutsche Stummfilm der zwanziger Jahre besaß mit den Regisseuren LANG und MURNAU künstlerische Weltgeltung.

Wenn Ihr Spürsinn in der letzten Aufgabe erfolgreich gewesen ist, dann werden Sie erkannt haben, dass die Nationalsozialisten nach 1933 die fortschrittliche "Kultur von Weimar" zerstörten.

Politische Stabilität

Reichspräsidentenwahl 1925 Die Jahre zwischen 1924 und 1929 verliefen für die Republik politisch stabil. Der im Dezember 1924 gewählte 3. Reichstag hatte die längste Legislaturperiode aller Reichstage während der Weimarer Republik. Erst im Mai 1928 wurde wieder gewählt. Die verschiedenen Regierungen wurden von bürgerlichen Koalitionen, zeitweise unter Einschluss der rechten DNVP, gestellt. Einen Wechsel gab es 1925 im Amt des Reichspräsidenten. Friedrich EBERT verstarb 1925 kurz vor dem Ende seiner Amtszeit. Zu seinem Nachfolger wurde nicht der Kandidat der Weimarer Koalition, Wilhelm MARX (Zentrum), sondern der 78 Jahre alte ehemalige Generalfeldmarschall Paul von HINDENBURG gewählt. In Tabelle V finden Sie eine Zusammenstellung der Ergebnisse der Wahlgänge für die Reichspräsidentenwahl 1925:

Bewerber	1.Wahlgang ¹⁾	Anteil	2.Wahlgang ²⁾	Antei
	Kandidat von	in %	Kandidat von	in %
1925				
Jarres	DNVP,DVP	38.8		
Held	BVP	3.7		
Ludendorff	NSDAP	1,1		
Braun	SPD	29,0		
Hellpach	DDP	5.8		
Marx	Zentrum	14.5	Zentrum,SPD,DDP	45.3
Thälmann	KPD	7,0	KPD	6.4
Hindenburg			DNVP,DVP,BVP, NSDAP	48,3

Erforderlich ist absolute Mehrheit.

Tabelle V: Ergebnisse der Wahlgänge für die Reichspräsidentenwahl 1925

XIII. Aufgabe zur Selbstüberprüfung:

Benennen Sie mit Hilfe von Tabelle V die politische Richtung, mit deren Unterstützung HINDENBURG 1925 gewählt wurde.

HINDENBURG als "Ersatzkaiser"

Manche Wähler erhofften sich von HINDENBURG eine Wiedereinführung der 1918 abgeschafften Monarchie. Für viele Deutsche war er deshalb eine Art "Ersatzkaiser", der als Präsident der Republik wegen seiner militärischen Laufbahn verehrt wurde.

Der liberale Journalist Theodor WOLFF kommentierte den Wahlsieg HINDEN-BURGs im "Berliner Tageblatt":

"Die Republikaner haben ein Schlacht verloren ... Offiziersbündler lassen heute Sektpfropfen knallen wie nach der Ermordung RATHENAUs und die in der gesellschaftlichen Rangordnung etwas tiefer stehenden ... berauschen sich teils an Kaffee und teils an Bier... Was soll man mit einem Volke anfangen, das aus seinem Unglück nichts lernt und sich immer wieder, auch zum zehnten und zwölften Male, von den gleichen Leuten am Halfterbande führen läβt?" (zit. nach: Hagen Schulze, S. 296)

²⁾ Gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält.

6 WELTPOLITISCHE KRISEN UND WANDLUNGEN

6.1 Der Faschismus in Italien

Das Königreich Italien stand im Ersten Weltkrieg seit 1915 auf seiten der Entente-Mächte. Nach Kriegsende hatte es Südtirol, Istrien und Triest von Österreich erhalten. Jedoch blieben die kolonialen Wünsche des Landes in Nordafrika auch nach dem Friedensschluss unerfüllt. Viele Italiener sprachen deshalb von einem "verlorenen Sieg". Innenpolitisch war Italien nach Kriegsende ein unruhiges Land. Industrie- und Landarbeiter streikten und begannen sich zu organisieren. In vielen Provinzen wurden im November 1919 Sozialisten in die Regierung gewählt. Unternehmer und Großgrundbesitzer gründeten Verbände, um ihren Besitzstand zu sichern. Benito MUSSOLINI gründet in dieser Zeit die "Fasci italiani di combattimento" (Faschistische Kampfbünde). Ihren Namen leiteten sie von den "fasces" ab, den Rutenbündeln, die zur römischen Zeit den Kaisern und Konsuln als Zeichen ihrer Macht über Leben und Tod vorangetragen wurden. Mit schwarzen Hemden bekleidet und daher auch "Schwarzhemden" genannt, begannen faschistische Stoßtrupps (squadri d'azione) seit 1920 terroristische Strafexpeditionen gegen politische Gegner aus dem Lager der Sozialisten. Ein bekannter italienischer Sozialist berichtete vor dem Parlament über die Methoden des Stoßtruppterrors:

Entstehung des Faschismus

Terror

"Mitten in der Nacht, während die Bevölkerung schläft, kommen die Lastwagen mit Faschisten in den kleinen Dörfern an, natürlich von den Häuptern der lokalen Agrarier «Grundbesitzer» begleitet, immer von ihnen geführt, denn sonst wäre es nicht möglich, in der Dunkelheit, inmitten der weiten Landschaft, das Häuschen des Ligenführers <Gewerkschaftsführers> oder das kleine, erbärmliche Arbeitsvermittlungsbüro auszumachen. Man nimmt vor einem Häuschen Aufstellung, und es ertönt der Befehl: 'Das Haus umzingeln!' Es sind zwanzig oder auch hundert Personen, mit Gewehren und Revolvern bewaffnet. Man ruft nach dem Ligenführer und befiehlt ihm herauszukommen. Wenn er keine Folge leistet, sagt man ihm: Wenn du nicht herunter kommst, verbrennen wir das Haus, deine Frau und deine Kinder.' Der Ligenführer kommt herunter; wenn er die Tür öffnet, packt man ihn, bindet ihn, schleppt ihn auf den Lastwagen, man läßt ihn unaussprechliche Martern erleiden, indem man so tut, als wolle man ihn totschlagen oder ertränken, dann läßt man ihn irgendwo im Felde liegen, nackt, an einen Baum gebunden. Wenn der Ligenführer ... die Tür nicht öffnet und Waffen zu seiner Verteidigung gebraucht, dann wird er sofort ermordet, im Kampf von hundert gegen einen."

(Zit. nach: erinnern und urteilen, S. 27)

Der Terror vor allem auf dem Lande war so stark, dass viele Landarbeiter aus den Gewerkschaften austraten. Da die Gewerkschaften ihre Mitglieder aufriefen, sich nur mit legalen Mitteln und nicht mit Gewalt zu wehren, kam es nicht zum Bürgerkrieg zwischen der Arbeiterbewegung und den Faschisten in Italien.

1922 trat MUSSOLINI mit 40 000 Schwarzhemden den Marsch auf Rom an. Das sympathisierende Heer weigerte sich, gegen ihn vorzugehen. Ohne Widerstand geleistet zu haben, trat die Regierung zurück. MUSSOLINI wurde vom König daraufhin mit der Regierungsbildung beauftragt. Der "Duce" (Führer), wie er von seinen Anhängern genannt wurde, konnte innerhalb kurzer Zeit

MUSSOLINIs "Marsch auf Rom" 1922 Einparteienstaat eine Diktatur aufbauen. Die Schwarzhemden wurden neben der Armee zur zweiten bewaffneten Macht im Staate. Das Königtum blieb erhalten, war aber politisch bedeutungslos. Als einzige Partei war die faschistische zugelassen. Das Parlament bestand daher nur noch aus ihren Mitgliedern. Gewerkschaften und Unternehmerverbände wurden in Kooperationen, das waren von den Faschisten geführte Berufsverbände, zwangsweise zusammengeschlossen.

Leitideen des Faschismus Die Leitideen des italienischen Faschismus waren Autorität, Disziplin und Hingabe an den Staat. Über seine politischen Auffassungen schrieb MUSSOLINI 1922:

"'Alle' ist das wichtigste Zahlwort der Demokratie, Es ist an der Zeit, Wenige und Auserwählte' zu sagen. Die Demokratie liegt in allen Ländern der Welt in den letzten Zügen: In einigen, wie ... in Rußland, ist sie umgebracht worden, Der Krieg hat 'revolutionär' gewirkt, in dem Sinne, daß er – mit Strömen Blutes – das Jahrhundert der Demokratie liquidierte, das Jahrhundert der Massen, der Zahl, der Majoritäten ... Das Leben gehört wieder dem Einzelwesen. Eine klassische Erneuerung ist im Gange. Die anonyme, trübselige, demokratische Gleichmacherei ... hört auf. Neue Aristokratien bilden sich: Es zeigt sich deutlich, daß die Massen nicht die Träger, sondern nur das Instrument der Geschichte sein können"

(Zit. nach: W. KAMPMANN, Der Faschismus in Italien, Stuttgart 1976, S. 15 f. In: erinnern und urteilen, S. 26)

Außenpolitik

In der Außenpolitik betrachtete MUSSOLINI den gesamten Mittelmeerraum als italienische Interessensphäre und wurde später einer der wichtigsten Verbündeten des nationalsozialistischen Deutschland.

XIV. Aufgaben zur Selbstüberprüfung:

- 1. Nennen Sie die Bedeutung des Jahres 1922 für Italien.
- 2. Welche Funktion hatten die "Schwarzhemden"?
- 3. Welche politischen Leitideen vertraten die italienischen Faschisten? Berücksichtigen Sie bei Ihrer Antwort das Zitat MUSSOLINIS aus dem Jahre 1922.

6.2 Vom Empire zum Commonwealth

Stellung der Dominions Das Britische Weltreich (British Empire), das im wesentlichen im 19. Jahrhundert aufgebaut worden war und dessen Ausdehnung Sie auf der Atlaskarte "Die Aufteilung der Welt bis 1914" sehen, überdauerte den Ersten Weltkrieg. Eine besondere Stellung innerhalb des Empire nahmen die Dominions ein, zu denen Kanada, Neufundland, Australien, Neuseeland und die Südafrikanische Union gehörten. Sie waren vorwiegend mit Weißen besiedelt und verwalteten sich selbst.

Die britische Regierung war durch einen Generalgouverneur vertreten. Während des Krieges hatte die Industrialisierung der Dominions erhebliche Fortschritte gemacht. So war nicht verwunderlich, dass mit zunehmender Wirtschaftskraft auch ihr politisches Selbstbewusstsein wuchs. Schließlich musste London dem Drängen auf größere Selbständigkeit nachgeben.

Auf der Empirekonferenz von 1926 wurde der Dominionstatus neu festgesetzt. Als Grundlage diente die BALFOUR-Formel, nach dem britischen Staatsmann BALFOUR benannt. Danach waren die Dominions "vereinigt durch eine gemeinsame Treuepflicht gegenüber der Krone und frei verbunden als Glieder des British Commonwealth of Nations". Aus dem Empire war das Commonwealth geworden, eine Gemeinschaft gleichberechtigter, freier Nationen, verbunden durch die gemeinsame Treue zur englischen Krone. Auch die Generalgouverneure waren jetzt nicht mehr Vertreter der Londoner Regierung, sondern des englischen Königs bzw. der Königin. 1931 wurde dann auch rechtlich die Unabhängigkeit der Dominions bestätigt. Die gesamte Außenpolitik (einschließlich der Entscheidung über Krieg und Frieden) lag jetzt in ihrer Hand. Trotzdem haben sie - von Irland abgesehen - alle im Zweiten Weltkrieg an der Seite Englands gekämpft.

BALFOUR-Formel

Viele neue Staaten (ehemalige britische Besitzungen) sind inzwischen dem Commonwealth beigetreten. Die Südafrikanische Union erklärte 1961 ihren Austritt und löste sich damit als "Republik Südafrika" von der englischen Krone. Auch Rhodesien, das heutige Zimbabwe, wurde 1965 unabhängig. Ohne die Zustimmung Londons machte es sich 1970 zur Republik. Seit der Konferenz von 1932 in Ottawa gelten innerhalb der Commonwealthländer Vorzugszölle, die heute die Mitgliedschaft Großbritanniens in der EU belasten. Im Sterlingblock schlossen sich zahlreiche Commonwealthländer zum Zweck gemeinsamer Währungspolitik zusammen.

Mitglieder des Commonwealth

Vorzugszölle und Sterlingblock

Indiens Kampf um die Unabhängigkeit

Wir wollen nun untersuchen, welche Entwicklung sich in Britisch-Indien vollzog. Ihm blieb der Dominionstatus vorenthalten. Während des Ersten Weltkrieges hatten indische Truppen auf seiten Englands gekämpft, das Indien dafür die Unabhängigkeit versprochen hatte. Doch die nach dem Kriege gewonnene indische Freiheit war sehr beschränkt. Die einflussreichen Posten in Staat und Wirtschaft blieben weiterhin den Engländern vorbehalten. Sie werden verstehen, dass die Inder bitter enttäuscht waren. Besonders in der islamischen Bevölkerung kam es zu schweren Ausschreitungen, die von England mit harten Gegenmaßnahmen beantwortet wurden.

GANDHIs gewaltloser Widerstand

Da übernahm ein Mann die Führung des indischen Freiheitskampfes, den seine Anhänger nicht ohne Grund "Mahatma" (große Seele) nannten: GANDHI (1869 - 1948). Er wollte sein Land zur völligen Unabhängigkeit führen, aber mit friedlichen Mitteln. Gewaltlosigkeit und passiver Widerstand ("Nichtzusammenarbeit" mit der englischen Macht) sollten die Waffengewalt ersetzen. Innenpolitisch trat er für die Abschaffung der Kasten und die friedliche Einigung zwischen Hindus und Moslems (= Mohammedanern) ein. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg endete die britische Herrschaft über Indien.

6.3 Die Weltwirtschaftskrise und der New Deal in den USA

Wirtschaftlicher Aufstieg der USA Schon vor dem Ersten Weltkrieg hatten die USA die bis dahin bedeutendste Weltmacht Großbritannien wirtschaftlich eingeholt und waren dabei, sie zu überholen. Die Ursachen lagen in den riesigen Bodenschätzen, der tatkräftigen, schnell wachsenden Bevölkerung und dem fast unbegrenzten Siedlungsraum. Der Kriegseintritt der USA (1917) hatte diese Entwicklung noch gefördert. Bei Kriegsende nahmen die USA eindeutig die wirtschaftliche Spitzenstellung in der Welt ein. Ihre Produktion an Energie, Stahl und anderen wichtigen Wirtschaftsgütern lag an erster Stelle. Die amerikanische Landwirtschaft war in der Mechanisierung am weitesten fortgeschritten. Der Lebensstandard hob sich laufend und war schon damals der höchste der Welt.

Weltwirtschaftskrise 1929-1932 Dieser Aufstieg fand 1929 in der Weltwirtschaftskrise ein jähes Ende. Der "Schwarze Freitag" an der New Yorker Börse (25. Oktober 1929) war der Beginn dieser Krise. Der Wert der Aktien fiel rapide, und die amerikanischen Banken mussten ihre Zahlungen einstellen. Sie werden fragen, wie so etwas möglich war. Wir wollen versuchen, uns die Ursachen verständlich zu machen. Die Unternehmer hatten sehr viel Geld in ihre Fabriken, Maschinenparks, Verkehrsanlagen und ausländischen Niederlassungen investiert. Man glaubte nämlich, dass der Wirtschaftsaufschwung (engl.: boom) anhalten und die Weltmarktpreise weiter steigen würden.

Gründe

Viele Staaten jedoch, die bisher Kunden der USA gewesen waren, hatten sich nach dem Kriege allmählich eine eigene Industrie aufgebaut, schränkten ihre Importe ein und schützten sich sogar durch Zollmauern. Außerdem gingen die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse nicht aufwärts, sondern zurück. Bald ließ sich die Überproduktion nicht mehr absetzen. Risikoreiche Börsenspekulationen kamen hinzu. So kam es zu starken Börsenverlusten, wirtschaftlichen Zusammenbrüchen, Preisstürzen und Kurzarbeit. Die Zahl der Arbeitslosen stieg 1932 in den USA auf 15 Millionen und war im Verhältnis zur Bevölkerungszahl nicht geringer als in Deutschland. Die ausgegebenen Kredite mussten aus dem Ausland abgerufen werden. Dies hatte für die Staaten Europas, besonders für das Deutsche Reich (wegen der DAWES-Plan-Kredite) katastrophale Folgen.

Arbeitslosenfrage

New Deal als Reformprogramm Es stellt sich die Frage, wie Amerika die Wirtschaftskrise bewältigte. Bisher hatte in den USA der Grundsatz der freien, durch keine staatlichen Eingriffe beschränkten Wirtschaft gegolten. Doch dieses Wirtschaftssystem erwies sich in der Krise als hilflos. Daher musste sich der Präsident F. D. ROOSEVELT zum New Deal entschließen, einem für amerikanische Verhältnisse fast revolutionären Reformprogramm. Die wörtliche Übersetzung lautet "neue Aufteilung", womit eigentlich die Neuverteilung der Karten beim Kartenspiel gemeint ist. Wir wollen uns nun die Maßnahmen dieses Reformprogramms näher ansehen, denn mit ihnen griff ROOSEVELT so tief in das amerikanische Wirtschaftsgefüge ein, wie es noch nie ein Präsident getan hatte. Die wichtigsten Ziele waren die Beseitigung der Arbeitslosigkeit sowie die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und sozialen Sicherheit. Staatliche Kredite, Dollarabwertung, stabile Preise und Prämien für Beschränkung des landwirtschaftlichen Anbaus drosselten die Überproduktion und ließen die Wirtschaft allmählich gesunden.

Die größte Leistung war jedoch die Verminderung der Arbeitslosigkeit. Die Regierung entwickelte und finanzierte ein umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm. Das bedeutendste Vorhaben war das Tennessee-Tal-Projekt (Vorhaben). Auf einem Raum von der Größe Österreichs und der Schweiz wurden im Tennesseetal, das sich über sieben amerikanische Bundesstaaten erstreckt, Staudämme und Stauseen geschaffen, mit deren Hilfe die umliegenden Trockengebiete bewässert und landwirtschaftlich genutzt werden konnten. Gleichzeitig dienten die Stauseen zur Gewinnung elektrischen Stroms, der die Anlage von Industrieunternehmen (vor allem für Kunstdünger) ermöglichte. Aufforstungen verhinderten die Bodenerosion (Erdabtragung durch Wasser und Wind). Auf diese Weise konnten Millionen von Arbeitslosen produktiv eingesetzt werden.

Tennessee-Tal-Projekt

Die Wirtschaftsmaßnahmen wurden begleitet von Sozialreformen. Löhne und Arbeitszeit wurden festgelegt, die Arbeiter erhielten das Streikrecht, und eine Sozialversicherung schützte sie vor Hunger und Armut im Krankheitsfall. Der Einfluss der Gewerkschaften wurde verstärkt. All diese Maßnahmen festigten das innere Gefüge der USA. Allerdings muss im Vergleich mit der Sozialpolitik in der Weimarer Republik festgehalten werden, dass diese amerikanischen Sozialreformen nicht so tiefgreifend waren und schon gar nicht mit unserem heutigen "sozialen Netz" verglichen werden dürfen.

Sozialreformen

1.	a) Erläutern Sie kurz den Begriff "Commonwealth".
	b) Nennen Sie das Ergebnis der Konferenz von Ottawa.
2	. Kreuzen Sie bitte an, was auf die Wirtschaftskrise in den USA zutrifft.
	a) Überproduktion
	b) Börsenverluste
	c) Arbeitslosigkeit
	d) Abrufung der Kredite aus dem Ausland
3	. Nennen Sie den Grundgedanken des New Deal.
4	. Zählen Sie die Ergebnisse des Tennessee-Tal-Projektes auf.

6.4 Die Sowjetunion unter Lenin und Stalin

Im Studienheft GesM 6b sind Sie mit Ursachen der russischen Oktoberrevolution des Jahres 1917 und ihren Auswirkungen auf den Ersten Weltkrieg bekannt gemacht worden. Die historische Bedeutung dieser Revolution ist heute unbestritten. In ihr wurden auch Probleme angelegt und schließlich von STA-LIN verstärkt, die zum Scheitern des sozialistischen Gesellschaftsmodells in der Sowjetunion führten. Zunächst sollen Sie ein zentrales Element der politischen Theorie LENINs kennenlernen. Danach werden Sie in diesem Kapitel mit der Innen- und Außenpolitik der Sowjetunion in den zwanziger und dreißiger Jahren bekannt gemacht.

6.4.1 Die Ideologie des Leninismus - Die Partei neuen Typs

Von MARX zu LENIN LENINs politische Theorie ist geprägt durch das Gedankengebäude von Karl MARX (vgl. GesM 5) und die wirtschaftlichen Bedingungen im vorrevolutionären Russland. MARX hatte mit Blick auf Westeuropa gelehrt, dass sich die im Kapitalismus ausgebeutete und unterdrückte Arbeiterklasse mit einer Revolution befreien würde. MARX war der Überzeugung, dass diese Revolution nicht von einer Minorität, sondern von der "ungeheueren Mehrzahl" der Menschen getragen würde. Seine politische Macht sollte das Proletariat dazu benützen, eine gerechte Gesellschaft ohne Privateigentum an Produktionsmitteln aufzubauen. Dies führe dann schließlich in eine klassenlose Gesellschaft, den Kommunismus.

Aufgaben der Partei Da Russland ein vom Großgrundbesitz geprägtes Agrarland war, gab es nur in wenigen industriellen Zentren ein Proletariat. In dieses und vor allem in die breiten bäuerlichen Schichten des Landes wollte LENIN mit einer "Partei neuen Typs" revolutionäres Bewusstsein tragen. Darunter verstand er ein kleine radikale Organisation von Revolutionären, die unter den Bedingungen der Verfolgung konspirativ arbeiten sollte. Schon 1902 legte LENIN in seiner Schrift "Was tun" sein Parteikonzept fest:

"Die Geschichte aller Länder zeugt davon, daß die Arbeiterklasse ausschließlich aus eigener Kraft nur ein tradeunionistisches [gewerkschaftliches] Bewußtsein hervorzubringen vermag, d.h. die Überzeugung von der Notwendigkeit, sich in Verbänden zusammenzuschließen, einen Kampf gegen die Unternehmer zu führen, der Regierung diese oder jene ... Gesetze abzutrotzen .. Wir müssen aktiv ans Werk gehen, um die Arbeiterklasse politisch zu erziehen ... Und nun behaupte ich: 1. Keine einzige revolutionäre Bewegung kann ohne eine stabile ... Führungsorganisation Bestand haben; 2. je breiter die Masse ist, die spontan in den Kampf hineingezogen wird ..., um so dringender ist die Notwendigkeit einer solchen Organisation und um so fester muß diese Organisation sein .. 3. eine solche Organisation muß hauptsächlich aus Leuten bestehen, die sich berufsmäßig mit revolutionärer Tätigkeit befassen .. Gebt uns eine Organisation von Revolutionären, und wir werden Rußland aus den Angeln heben."

(LENIN: Werke 5, S. 385f, S. 480f, S. 482f)

Bürokratischer Zentralismus

Nach der Revolution wollte LENIN allmählich die gesamte werktätige Bevölkerung zur Mitarbeit an der Staatsverwaltung heranziehen. Alle Maßnahmen sollten durch das "Interesse der Revolution" und des Proletariats bestimmt sein. Während MARX noch davon ausging, dass die "Diktatur des Proletariats" eine demokratische Herrschaftsform sei, bestimmte LENIN diese mit Gewalt gegen die Bourgeoisie eroberte und gesicherte Herrschaft als eine Macht, die an keinerlei Gesetze gebunden sei. Dieser Ansatz führte dazu, dass sich nach der Revolution in Russland ein bürokratischer "Zentralismus" entwickelte, mit dem

die Macht der 1917 spontan entstandenen Sowjets (Räte) in Fabriken und Dörfern von den Bolschewiki immer mehr zugunsten ihrer Parteiherrschaft eingeschränkt wurde. Das politische System der Sowjetunion entstand aus der Übertragung des leninistischen Prinzips der Kader-Partei, in der Herrschaft von oben nach unten ausgeübt wird, auf die Gesellschaft.

6.4.2 Der Bürgerkrieg in Russland und die Entstehung der UdSSR

Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung, für die sich auch LENIN eingesetzt hatte, fanden nach der Oktoberrevolution statt. Bei diesen ersten freien, gleichen und geheimen Wahlen in Russland erhielten die Bolschewiki nur 175 von 707 Parlamentssitzen. Die Mehrheit der Wähler hatte sich für Parteien einer sozialistischen Demokratie entschieden. Als im Januar 1918 von der Nationalversammlung auf ihrer ersten Sitzung ein Antrag der Bolschewiki zur vorbehaltlosen Anerkennung der von ihnen dominierten Sowjets abgelehnt wurde, ließ LENIN das gewählte Parlament von bewaffneten Matrosen auflösen. An die Stelle der Nationalversammlung trat Ende Januar ein aus manipulierten Wahlen hervorgegangener "Allrussischer Sowjetkongress". Die Mitbegründerin der KPD Rosa LUXEMBURG kritisierte 1918 die undemokratische Entwicklung in Russland:

Auflösung des Parlaments

"Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für die Mitglieder einer Partei ... ist keine Freiheit. Freiheit ist immer nur die Freiheit des anders Denkenden ... Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gekommen ist, anstelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen. Sozialistische Demokratie beginnt aber nicht erst im gelobten Land ... als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat."

(R. LUXEMBURG, Zur russischen Revolution, in: Werke, Bd.IV, S. 359, S. 363)

Die innenpolitischen Schwierigkeiten in Russland nahmen nach der Entmachtung der Nationalversammlung durch die Bolschewiki zu. Vom Sommer 1918 bis ins Jahr 1922 folgte auf die Revolution ein blutiger Bürgerkrieg. Sogenannte "weiße" Gegenrevolutionäre (Anhänger des Zaren, bürgerliche Demokraten und sozialrevolutionäre Gruppen) hatten inzwischen Truppen aufgestellt und begannen, die neue Herrschaft zu bekämpfen. Unterstützt wurden die "Weißen" in ihrem Kampf gegen die von TROTZKI aufgestellte "Rote Armee" von Interventionstruppen aus England, Frankreich und Japan. Im Baltikum, der Ukraine, Armenien und Zentralasien strebten die zuvor vom Zaren beherrschten Völker nun nach Unabhängigkeit vom russischen Zentralstaat.

Bürgerkrieg 1919 - 1921/22

Millionen von Menschen kamen durch den "weißen" oder "roten" Terror im Bürgerkrieg ums Leben. Eine lange Trockenheit verursachte Missernten und führte zu einer Hungersnot, die weiteren Millionen das Leben kostete. Um die Revolution gegen die inneren und äußeren Feinde zu sichern und die wirtschaftlichen Probleme des Landes zu bekämpfen, griff die Sowjetregierung zu Maßnahmen des sogenannten Kriegskommunismus. Wirtschaftlich bedeutete dies die Verstaatlichung von Industrie und Handel, Rationierung aller Waren, Beschlagnahme der Ernte und Einführung der Zwangsarbeit in Fabriken. Gewerkschaften und freie Sowjets wurden abgeschafft. Nicht bolschwistische Parteien und politische Gegner verfolgte man mit der neuen Geheimpolizei Tscheka. Obwohl die Rote Armee im Bürgerkrieg siegte, konnte mit dem Kriegskommunismus der wirtschaftliche Niedergang Russlands nach der Revolution nicht gestoppt werden.

Kriegskommunismus Arbeiteropposition Im März 1921 führte die allgemeine Unzufriedenheit unter der Bevölkerung zu einem Aufstand von 15.000 Matrosen in Kronstadt, einer befestigten Insel vor St. Petersburg. Die revoltierenden Matrosen hatten seit 1917 die Revolution unterstützt. Nun forderten sie als Arbeiteropposition politische Freiheiten für alle linken Parteien und eine Aufhebung der Bewirtschaftungsmaßnahmen. TROTZKI ließ den Aufstand nach mehreren Tagen von regierungstreuen Truppen blutig niederschlagen.

NEP 1921

Auf dem 10. Parteikongress der Kommunistischen Partei vollzog LENIN noch 1921 eine radikale Umkehr in der Wirtschaftspolitik. Er verkündet dort das Ende des Kriegskommunismus und den Beginn der Neuen Ökonomischen Politik (russische Abkürzung: NEP). Die NEP ließ eine begrenzte privatkapitalistische Tätigkeit in der Klein- und Mittelindustrie zu. Der Binnenhandel wurde für Privatunternehmer geöffnet. In der verstaatlichten Großindustrie hob man die Lohngleichheit auf und führte die Bezahlung nach Leistung ein. Mit der NEP erkannte LENIN auch das Eigentum der Bauern an ihren Produkten an, die sie nun auf dem freien Markt verkaufen konnten. Ziel der NEP sollte es sein, Anreize zu schaffen, um die Wirtschaftskrise und die damit verbundene Unzufriedenheit zu überwinden. Die landwirtschaftliche und industrielle Erzeugung stieg wieder an. 1928 hatte die Wirtschaft in der Sowjetunion wieder den Produktionsstand der Vorkriegszeit erreicht.

1919 KOMINTERN Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR), ein föderativer Zusammenschluss der im Verlauf der Revolution formal politisch selbständig gewordenen Teile des alten Zarenreiches, wurde Ende 1922 gegründet. Der Unionsvertrag garantierte den Teilrepubliken ihre kulturelle Eigenständigkeit. Kompetenzen in der Wirtschaftsplanung bekamen die Republiken nicht.

In Erwartung der baldigen "Weltrevolution" hatte die Sowjetmacht ab 1917 keine traditionelle Außenpolitik betrieben, sondern mit Gründung der Kommunistischen Internationalen (Komintern) im Jahre 1919 versucht, auf die revolutionäre Entwicklung in anderen Staaten Einfluss zu nehmen. Man erwartet, dass ganz Europa binnen eines Jahres kommunistisch regiert sein würde. An der Pariser Friedenskonferenz nach dem Ersten Weltkrieg nahm Russland nicht teil. Diplomatie wurde erst wieder nach Verkündung der NEP und dem Ausbleiben von Revolutionen in Westeuropa betrieben, denn die kapitalistischen Staaten sollten nun in Russland investieren. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur internationalen Anerkennung der Sowjetunion war 1922 der Vertrag von Rappallo mit dem Deutschen Reich. Diplomatisch anerkannt wurde die UdSSR bis 1925 aber erst von 22 Staaten. Sie blieb vor allem auch deshalb nach der Revolution isoliert, weil LENIN alle Auslandsschulden des zaristischen Russlands nicht anerkannt und das nicht unbeträchtliche ausländische Kapital im Lande enteignet hatte.

6.4.3 Die Herrschaft STALINs

Sozialismus in einem Land

Nach LENINs Tod (1924) rechnete man mit Leo TROTZKI, seinem engsten Vertrauten, als Nachfolger. TROTZKI hatte ähnlich wie LENIN die Hoffnung auf das Hineintragen der Revolution in die westlichen Länder gesetzt, um mit deren solidarischer Hilfe dann die rückständige Industrie der Sowjetunion auszubauen. Für dieses gescheiterte Konzept der "permanenten Revolution" war auch die Komintern gegründet worden. Nachfolger LENINS wurde aber Josef STALIN, der seit 1922 Generalsekretär der Partei war. STALIN vertrat die Auffassung vom "Sozialismus in einem Lande". Da die Weltrevolution ausgeblieben war, müsse erst der Sozialismus in der Sowjetunion vollendet werden, damit andere Völker ihn dann übernehmen können.

TROTZKI oder STALIN

Schon in seinem Amt als Generalsekretär war es STALIN gelungen, wichtige Parteiämter mit ihm ergebenen Funktionären zu besetzen. Außerdem kontrollierte er die Geheimpolizei und eine Kommission, die die Linientreue der Parteimitglieder überprüfte. Innerhalb weniger Jahre gelang es STALIN nach 1924, alle Rivalen aus Regierungs- und Parteiämtern zu verdrängen. TROTZKI, sein prominentester Gegner, wurde aus der Partei ausgeschlossen und musste ins Exil. In einer großen Säuberungswelle ließ STALIN zwischen 1933 und 1939 fast alle ehemaligen Mitkämpfer LENINs und einen Teil der hohen Offiziere der "Roten Armee", die zu ihm in tatsächlicher oder vermeintlicher Opposition standen, verhaften und nach Schauprozessen hinrichten. TROTZKI wurde von einem russischen Agenten 1940 im seinem mexikanischen Exil ermordet. Fast 10 Millionen Menschen wurden im Verlauf des stalinistischen Terrors inhaftiert und in Zwangsarbeitslager (Gulag) gesperrt.

STALINs Wirtschaftspolitik

In der Landwirtschaft vollzog STALIN eine Wende. Der gesamte bäuerliche Grundbesitz wurde bis auf einen kleinen Rest privaten Hoflandes zur Selbstversorgung verstaatlicht und zu großen Kolchosen (Genossenschaften) oder Sowchosen (Staatsgüter) zusammengefasst, deren Produkte der Staat zu festgesetzten Preisen aufkaufte. In beiden Betriebsformen wurde die mechanisierte Großproduktion eingeführt, um die steigende Zahl der Industriearbeiter zu ernähren. Die Kollektivierung der Landwirtschaft war begleitet von der planmäßigen Liquidierung und Deportation der Großbauern, der sogenannten Kulaken, weil sie als Klassenfeinde galten. Wie in der Phase des Kriegskommunismus führte STALINs Umstrukturierung der Landwirtschaft 1932/33 zu einer erneuten Hungersnot in der Sowjetunion.

STALINs Terror

Aufgrund seiner Theorie von "Sozialismus in einem Land" beendete STALIN 1928 die NEP und mit dem ersten Fünfjahresplan ließ er ein gewaltiges Industrialisierungsprogramm für die Sowjetunion beginnen, mit dem die "Industrielle Revolution" nachgeholt werden sollte. Unter rücksichtslosem Einsatz der Bevölkerung und zentraler Planung wurden die Produktionsziffern vor allem in der Schwerindustrie hochgetrieben. Preise und die Löhne wurden vom Staat genauso festgelegt wie ein System von Prämien für die Erfüllung der Arbeitsnormen. Die russische Soziologin T. Saslawskaja beschreibt dieses System und seine Folgen: "Ende der dreißiger Jahre [wurden] in Betrieben und Behörden beinahe kriegsrechtliche arbeitsdisziplinarische Maßnahmen eingeführt .. (gerichtliche Bestrafung wegen Verspätung oder unentschuldigtem Fernbleiben von der Arbeit, Gefängnisstrafen auch für geringfügigen Diebstahl von Volkseigentum und anderes). Das war das gesellschaftliche System, in dem die Menschen folgerichtig als 'Schräubchen' im volkswirtschaftlichen Mechanismus betrachtet wurden und sich nahezu auch so willfährig (und passiv) wie Maschinen und Materialien verhielten." (zit. nach: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 182, S. 27) Diese durch die forcierte Industrialisierung der ersten beiden Fünfjahrespläne und den stalinistischen Terror hervorgebrachte Mentalität der Bevölkerung drückte sich auch in den Parteitagen der KPDSU aus. Es gab keine Debatten, sondern die Redner gaben nur noch STALINs Linie wieder und priesen die "Größe" des Vorsitzenden, der Ende der 1930er Jahre zum unumschränkten Herrscher in der Sowjetunion geworden war.

Die sowjetische Gesellschaft wurde STALINS Ziel des "Einholen und Überholen" des kapitalistischen Systems brutal angepasst. Dieser "Revolution von oben" fielen nach neuesten sowjetischen Schätzungen ca. 40 Millionen Menschen durch Ermordung, Hunger und Zwangsarbeit zum Opfer.

Die sowjetische Außenpolitik hatte in den dreißiger Jahren das Ziel, das im Umbruch befindliche Land abzuschirmen und vor erneuter militärischer Intervention zu sichern. In einer Reihe von zweiseitigen Bündnisverträgen mit Kollektive Sicherheit benachbarten Staaten wurde ein System der "kollektiven Sicherheit" geschaffen. Dazu unterzeichnete der sowjetische Außenminister LITWINOW nachträglich den Kellogg-Pakt von 1928 zur Ächtung des Krieges als Mittel der Politik. 1934 trat das Land schließlich in den Völkerbund ein, nachdem es zuvor von den USA diplomatisch anerkannt worden war.

XVI. Aufgaben zur Selbstüberprüfun	g:
1. Nennen Sie stichwortartig die Aufgab	en, die LENIN seiner Partei stellt.
2. Kreuzen Sie bitte an, was auf die NE	EP zutrifft:
a) Großindustrie bleibt verstaatlicht	
b) Lohngleichheit	
c) Private Kleinindustrie	
d) Privater Binnenhandel	
e) Ablieferungspflicht der Bauern	
4. Ordnen Sie die Stichworte	4
a) baldige Weltrevolution,	b) Sozialismus in einem Land,
c) Verbannung TROTZKIs,	d) Tod 1924,
e) Fünfjahresplan,	f) "Große Säuberung",
g) Terror	
folgenden Namen zu:	
LENIN:	
STALIN:	
STALIN:	

5. Soziale Gruppen (in % der Bevölkerung) 1913 1928 1938 Private Einzelbauern und Handwerker 66,7 74,9 2,6 Genossenschaftlich organisierte Bauern und Handwerker 2,9 47,2 Arbeiter 14,8 14,6 32,5 Großbauern ("Kulaken") 11,4 4,2 "Kapitalisten" 4,9 0,4 Angestellte und Beamte bzw. Staats-, Partei- und Betriebsfunktionäre 2.2 3.0 17,7 Gesamtbevölkerung in Mio 159 191 davon in Städten 28 60

Tabelle VI: Entwicklung der Sozialstruktur und Bevölkerungszahl in Russland bzw. in der UdSSR (nach: erinnern und urteilen, S. 22)

Welche Veränderungen können Sie anhand von Tabelle VI in der Gesellschaft

Russlands bzw. der Sowjetunion feststellen?	
2	

7 DIE AUFLÖSUNG DER WEIMARER REPUBLIK

7.1 Die Weltwirtschaftskrise

Weltwirtschaftskrise 1929

Dass seit 1929 in den USA eine schwere Wirtschaftskrise herrschte, ist Ihnen bekannt. Sie blieb nicht auf dieses Land beschränkt, sondern entwickelte sich rasch zur Weltwirtschaftskrise. Die amerikanischen Banken begannen, wie Sie wissen, die kurzfristigen Kredite von ihren europäischen Schuldnern zurückzufordern. Davon war seit Ende 1930 vor allem Deutschland betroffen, das seine Industrieproduktion in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre mit amerikanischen Krediten finanziert hatte. Wirtschaftliche Probleme und Konkurse großer Konzerne, die erhebliche Umsatzeinbußen hinnehmen mussten, rissen Banken im Sommer 1931 mit in den Bankrott. So musste z. B. die Dresdner Bank ihre Zahlungsunfähigkeit erklären, weil sie sich mit Krediten an nun angeschlagene Konzerne übernommen hatte. Die internationalen Kreditgeber verloren damit völlig das Vertrauen in die deutsche Wirtschaft und verlängerten fällige Kredite nicht mehr. Inländische Anleger zogen ihre Einlagen ebenfalls von den Großbanken ab. Das daraufhin fehlende Kreditangebot für die Wirtschaft und die öffentlichen Einrichtungen verstärkte die andauernde Wirtschaftskrise zusätzlich. Nur mit dem Eingreifen der Reichsbank, die große Teile der Verluste der Banken übernahm, konnte ein völliger Zusammenbruch des Zahlungsverkehrs in Deutschland verhindert werden.

XVII. Aufgabe zur Selbstüberprüfung:

Vergleichen Sie die folgenden Wirtschaftsdaten (Tabelle VII) aus den USA mit denen Deutschlands. Welche Folgerungen können Sie daraus ziehen?

Daten zur Weltwirtschaftskrise

	slosigkeit in den l resdurchschnitt	JSA b)	Arbeitslosi im Jahresd	igkeit in Dei urchschnitt	utschland
1929	1 550 000	3,2 %	1929 1	892 000	9.6 %
1930	4 340 000	8,7 %	1930 3	076 000	15.7 %
1931	8 020 000 1	5,9 %	1931 4	520 000	23.9 %
1932	12 060 000 2	3,6 %		575 000	30,8 %

c) Entwicklung der Industrieproduktion (1929 = 100)

ankreid	en F	Großbritannie	USA	Deutschland	Jahr
78 100		89 100	80 100	68 100 53	1924 1929 1932
7		83	54	53	1932

d) Entwicklung des Volkseinkommens (einschl. Unternehmer- und Vermögenseinkommen) und des Arbeitseinkommens (aus unselbständiger Arbeit) in den USA

Jahr	Volkseinkommen		Arbeitseinkommen
		in Milliarden Dollar	
1929	87,4		50.8
1930	75,0		46.5
1931	58,9		39,5
1932	41,7		30,8

(Nach: E. H. MERRILL. Responses to the Economic Collapse. The Great Depression of the 1930's, Boston 1964, S. 27)

e) Entwicklung des Volkseinkommens und des Arbeitseinkommens in Deutschland

Jahr	Volkseinkommen	Arbeitseinkommen
	in Milliarden	Reichsmark
1929	75,9	43,0
1930	70,2	39,9
1931	57,5	33,4
1932	45,3	25.7

(Nach: E. HENNING. Thesen zur deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

1933 - 1938, Frankfurt 1973, S. 53)

Tabelle VII: Daten zur Weltwirtschaftskrise

Besonders schwierige Probleme ergaben sich durch die wachsende Arbeitslosigkeit: Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland, die bis 1925 immer unter der Millionengrenze gelegen hatte, stieg 1929 auf 2,8 Mio., 1930 auf 4,3 Mio. und 1932 auf 6 Mio., eine Zahl, die bis dahin niemand für möglich gehalten hatte (Bild 6). Arbeitslosigkeit

Über die Situation von Arbeitslosen während der Weltwirtschaftskrise in Deutschland informieren Sie die folgenden zeitgenössischen Zitate Betroffener aus Zeitungen:

"Schlimmer wie Arbeit und Zwang ist die Arbeitslosigkeit. Diese furchtbare Arbeitslosigkeit bringt den Menschen um. Da hat man gelernt und liegt nachher auf der Straße, keine Aussicht auf Besserung, keine Aussicht auf Weiterbildung, man hat das schreckliche Gefühl des Überflüssigseins.

Man ist rumgelaufen nach Arbeit Tag für Tag, man ist schon bekannt bei den einzelnen Fabriken, und wenn man dann immer das eine hört: nichts zu machen - wird man abgestumpft. ... Mit der Zeit wächst in dem Herzen eine giftige Blüte auf, der Haß."

("Der Tag", 22. September 1932)

"Du hast eines Tages den berühmten blauen Brief' erhalten; man legt auf deine Arbeitskraft kein Gewicht mehr ... Nach peinlicher Befragung erhältst du deine Stempelkarte und gehst damit los zur Erwerbslosenfürsorge ... Deine Unterstützung richtet sich nach deinem Arbeitsverdienst in den letzten 26 Wochen. Aber ganz gleich, ob du 8,80 M oder 22,05 M (Höchstsatz) als Lediger pro Woche erhältst, die paar Pfennige sind zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel. 26 Wochen darfst du stempeln und Unterstützung beziehen, dann steuert man dich aus und du kommst in die Krisenfürsorge, deren Sätze erheblich niedriger sind. Und nach weiteren 26 oder 52 Wochen erhältst du gar nichts mehr und gehörst zu den gänzlich Unterstützungslosen, von denen es, wie ein Januar-Bericht des Landesarbeitsamtes für Berlin meldet, in Berlin allein 116 000 gibt."

(Arbeiter-Illustrierte Zeitung 1930 Nr. 5)

Die Literatur in der Weimarer Republik griff dieses Thema ebenfalls auf. Hans FALLADA beschreibt in seinem Roman "Kleiner Mann was nun" das Leben des arbeitslosen Angestellten Pinneberg, der gerade ziellos durch Berlin läuft:

"Da ist eine große Delikatessenhandlung, strahlend erleuchtet. Pinneberg drückt sich die Nase platt an der Scheibe. ... Eine Stimme sagt halblaut neben ihm: 'Gehen Sie weiter!' Pinneberg fährt zusammen, er hat richtig einen Schreck bekommen, er sieht sich um. Ein Schupo steht neben ihm. ... Alle Leute starren auf Pinneberg. Es sind schon mehr stehengeblieben, es ist ein richtiger beginnender Auflauf. Die Leute sehen abwartend aus, sie nehmen weder für noch wider Partei, gestern sind hier in der Friedrich und in der Leipziger Schaufenster eingeworfen. ... Und plötzlich begreift Pinneberg alles, angesichts dieses Schupo, dieser ordentlichen Leute, dieser blanken Scheibe begreift er, daß er draußen ist, daß er hier nicht mehr hingehört, daß man ihn zu Recht wegjagt: ausgerutscht, versunken, erledigt. Ordnung und Sauberkeit: es war einmal. Arbeit und sicheres Brot: es war einmal. Vorwärtskommen und Hoffen: es war einmal. Armut ist nicht nur Elend. Armut ist auch strafwürdig. Armut ist Makel. Armut heißt Verdacht. 'Soll ich dir Beine machen?' sagt der Schupo. ... Und Pinneberg setzt sich in Bewegung, er trabt an der Kante des Bürgersteiges auf dem Fahrdamm entlang, er denkt an furchtbar viel, an Anzünden, an Bomben, an Totschießen ..."

(Hans FALLADA. Kleiner Mann was nun?, Reinbek bei Hamburg 1950, S. 238 f)

Die Unternehmer begründeten die Arbeitslosigkeit aus ihrer Sicht; vgl. Sie z. B. die Erklärung des Vorstandes der Deutschen Bank- und Diskonto-Gesellschaft (1929):

"Ebenso hemmend wie das Steuersystem wirkt sich die Lohn- und Gehaltserhöhung aus ... Hauptsächlich das starre Festhalten der Arbeiterschaft an erreichten Nominallöhnen und unablässiges Drängen nach weiterer Erhöhung zwingt die Produktion zu fortschreitender Mechanisierung, auch da, wo es sich nicht um Massenversorgung handelt, für die Billigkeit, also kostensparende, mechanische Arbeit Haupterfordernis ist. Der teure Arbeiter oder Beamte wird durch die Maschine ersetzt und nur in der Erwartung, daß Verzinsung und Amortisation¹⁾ der Anschaffungskosten weniger ausmachen als der Lohn. Diese Tatsache wird dadurch verdunkelt, daß die Einrichtung der Mechanisierung, der Neu- oder Umbau von Fabrikgebäuden, die Herstellung der maschinellen Einrichtung, die nicht vergrößerter, sondern nur verbilligter Gütererzeugung dienen, vorübergehend Arbeitern Beschäftigung gibt, sie aber später zu Arbeitslosigkeit führt. Die Arbeiterschaft sägt den Ast ab, auf dem sie sitzt, und täuscht sich über die Auswirkung hinweg, weil sie zunächst noch für das Sägen bezahlt wird. Wäre die Nominalhöhe der Löhne und Gehälter2) in Deutschland 10 % niedriger - das ist die Steigerung der letzten zwei Jahre, die sich als untragbar erwiesen hat –, so ständen wir nicht so unter dem Druck der Arbeitslosigkeit. Die Produktion könnte gesteigert und damit verbilligt werden, so daß, abgesehen von der Wirkung auf Außenhandel und Zahlungsbilanz, durch sinkende Preise der Reallohn, auf den es doch letztlich ankommt, bald nur wenig vom heutigen abweichen würde."

(Deutsche Bank- und Diskontogesellschaft. Jahresbericht 1929, S. 25 f. Aus: PANDEL, S. 47)

Amortisation: Deckung der Anschaffungskosten aus dem Ertrag

Nominallohn: Arbeitsentgelt ohne Berücksichtigung der tatsächlichen Kaufkraft im Gegensatz zum Reallohn

XVIII. Aufgaben zur Selbstüberprüfung:

Lesen Sie bitte erneut die letzten vier Texte (Quellen) und beantworten Sie danach die folgenden Fragen:

- 1. Welche psychologischen Folgen hatte die Arbeitslosigkeit für den einzelnen?
- 2. Welche Unterstützung bekamen die Arbeitslosen?
- 3. Zählen Sie drei Gründe auf, die aus Sicht der Unternehmer zur Arbeitslosigkeit in Deutschland führten.
- 4. Welche Lösungsmöglichkeiten schlugen die Unternehmer vor?
- Bild 6 zeigt Ihnen die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in Deutschland 1919 bis 1938. Nennen Sie Ursachen für besondere Auffälligkeiten im Verlauf der Kurve zwischen 1919 und 1933.

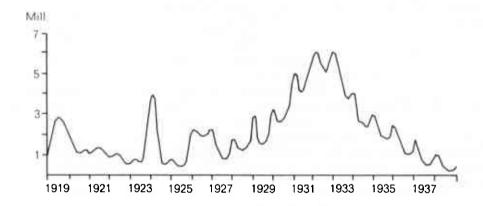


Bild 6: Arbeitslosenzahlen in Deutschland von 1919 bis 1938

7.2 Regierung während der Krise

Die Arbeitslosenversicherung war 1930 nicht mehr in der Lage, die Unterstützungen zu zahlen, wenn nicht die Beiträge erhöht würden. Vorgesehen war 1/2 % der Lohnsumme im Monat, ein geringer Betrag also. Doch die SPD lehnte am 27.3.1930 die Vorlage ab, die Reichsregierung unter Hermann MÜLLER (SPD) musste zurücktreten. Diese Regierung ("Große Koalition" aus SPD, DDP, Zentrum und DVP) war erst 1928 nach dem Wahlerfolg der SPD (Tabelle II) als 16. Regierung innerhalb des kurzen Bestehens der Weimarer Republik (Bild 3) gebildet worden.

Rücktritt der Reichsregierung MÜLLER 1930

Nachdem die Regierung MÜLLER zurückgetreten war, kam keine mehrheitsfähige Koalition im Reichstag zustande. Reichspräsident HINDENBURG ernannte den Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, Heinrich BRÜNING, zum Reichskanzler, der eine *Minderheitsregierung* bildete. Die neue Regierung wurde zunächst von der SPD toleriert. BRÜNINGs Ziel war es, die innenpolitische Krise allmählich zu überwinden und außenpolitisch das Ende der Reparationen herbeizuführen.

Minderheitsregierung BRÜNING Um den Staatshaushalt auszugleichen, der durch die sinkenden Steuereinnahmen ständig schrumpfte, sah BRÜNING Steuererhöhungen, Kürzungen der Staatsausgaben sowie Herabsetzung der Löhne und Gehälter vor. Doch diesen unpopulären Maßnahmen versagte der Reichstag seine Zustimmung, obwohl BRÜNING zunächst gar keine andere Möglichkeit der wirtschaftlichen Gesundung sah. Nach Meinung des Kanzlers jedenfalls wäre es unverantwortlich gewesen, der tief verschuldeten Staatskasse noch weitere Schulden aufzubürden, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Der Weg zu einem soliden Wiederaufbau konnte nach BRÜNINGs Überzeugung nur über harte und unangenehme Sparmaßnahmen führen. Doch dieser Weg war dem Reichstag zu unpopulär und der Bevölkerung zu mühsam und entbehrungsreich.

Notverordnungen

Wahlen im September 1930

Entgegen seiner ursprünglichen Absicht sah sich BRÜNING daher gezwungen, sein Sparprogramm mit Hilfe von Notverordnungen gemäß Artikel 48 durchzuführen. (Wichtig dabei ist, dass HINDENBURG als Reichspräsident formal die Notverordnungen aussprach, nicht sein Kanzler. Formal gesehen wurde Art. 48 also legal eingesetzt, um ein Kabinett zu stützen.) Doch der Reichstag stimmte einem sozialdemokratischen Antrag zu und hob sie wieder auf. Daraufhin machte der Reichspräsident vom Artikel 25 der Weimarer Verfassung Gebrauch und löste den erst zwei Jahre zuvor gewählten Reichstag auf (Juli 1930). Die im September 1930 stattfindenden Neuwahlen brachten - im Vergleich mit den Wahlen von 1928 - den radikalen Parteien einen sprunghaften Anstieg, wie ihn niemand für möglich gehalten hatte. Wenn Sie noch einmal Tabelle II aufschlagen, können Sie diese Entwicklung nachvollziehen: Die NSDAP wurde zweitstärkste Fraktion; sie erhielt 107 und die KPD 77 Sitze. So fanden sich jetzt die übrigen Parteien, die sich ihrerseits nicht über eine Regierungsbildung auf Mehrheitsgrundlagen einigen konnten, mit den Notverordnungen der Regierung ab. Sie fürchteten, bei einer nochmaligen Neuwahl weitere Stimmen zu verlieren. Die Zeit der parlamentarisch gestützten Regierungen aber war vorüber. Andererseits verzichtete der Reichstag auf sein Recht und seine Pflicht, die Maßnahmen der Regierung zu überwachen. Die Weimarer Verfassung zeigte deutlich Risse.

"Ein Verfassungswandel war unverkennbar. Und dies wird noch deutlicher, wenn wir daneben die Aktivität des Reichstags betrachten:

	1930	1931	1932
Vom Reichstag beschlossene			
Gesetze	98	34	5
Präsidiale Notverordnungen	5	44	60
Sitzungstage des Reichstags	94	41	13 "

(Zit. nach: MÖLLER, S. 192)

Präsidialkabinette

Deflationspolitik Es begann die Zeit der *Präsidialkabinette*, die nur noch vom Vertrauen des Reichspräsidenten getragen waren. Die Berater HINDENBURGs erhielten einen immer größeren Einfluss auf die Politik. Mit Hilfe der Notverordnungen kürzte BRÜNING rigoros Löhne und Beamtengehälter. Die Preise wurden ebenfalls gesenkt und die Staatsaufträge stark eingeschränkt. Dadurch ging die Produktion noch mehr als bisher zurück. Bei dieser *Deflationspolitik* (Deflation = Verminderung des Geldumlaufs) stieg die Zahl der Arbeitslosen weiter an. 1932 überschritt sie die 6 Millionen-Grenze! Große Teile der Bevölkerung zweifelten daran, dass die Regierung die Krise meistern könne.

In diesem Jahr war auch HINDENBURGs Amtszeit als Reichspräsident abgelaufen. HITLERs Anhängerschaft war schon so groß geworden, dass er es wagen konnte, sich um dieses einflussreiche Amt zu bewerben. Um seine Wahl zu verhindern, setzten sich jetzt diejenigen Parteien für HINDENBURGs Wiederwahl ein, die 1925 gegen ihn gestimmt hatten, vor allem die SPD und das Zentrum. Der erste Wahlgang endete ohne Entscheidung. Im zweiten Wahlgang erhielt HINDENBURG mit 19,4 Millionen Stimmen die Mehrheit gegenüber HITLER (13,4 Millionen). Doch die Gefährdung des demokratischen Kurses durch die Nationalsozialisten war damit keineswegs ausgeschaltet. Auch ein Verbot der nationalsozialistischen Kampfverbände SA und SS nützte nichts.

Reichspräsidentenwahl 1932

Im Sommer 1931 war BRÜNING ein großer außenpolitischer Erfolg gelungen. Der amerikanische Präsident HOOVER hatte sich für einen einjährigen Aufschub der Reparationszahlungen eingesetzt. Dieses HOOVER-Moratorium wurde von allen beteiligten Staaten angenommen und stellte für Deutschland eine große finanzielle Erleichterung dar. Denn die endgültige Beendigung der Reparationszahlungen war damit in greifbare Nähe gerückt.

HOOVER-Moratorium

In seiner letzten Kanzlerrede beschwor BRÜNING im Mai 1932 die Reichstagsabgeordneten: "Nur nicht in den letzten fünf Minuten weich werden … Hundert Meter vor dem Ziel!" Sie werden fragen, worauf sich BRÜNINGs Mahnung gründete. Die ersten Erfolge der BRÜNINGschen Politik wurden bereits sichtbar. In Lausanne wurde über die endgültige Streichung der Reparationen verhandelt, die dann auch wenige Wochen nach BRÜNINGs Sturz verwirklicht wurde. Die Rüstungsbeschränkungen sollten gelockert werden: Vorgesehen war ein 300 000-Mann-Heer (statt 100 000 Mann). Die Arbeitslosenzahl schien den Höhepunkt überschritten zu haben. Die Staatsschulden hatten sich um 17 % verringert. Wir wollen nun untersuchen, warum BRÜNING trotzdem scheiterte.

Sturz BRÜNINGs

Das innenpolitische Kesseltreiben der Gegner BRÜNINGs zeigte seine Wirkungen. Sie hatten es leicht; denn der Kanzler hatte es wohl versäumt, im Volk für seine Politik der Entbehrungen um Verständnis zu werben. Da er Kredite für schnelle Arbeitsbeschaffung auch weiterhin ablehnte, verlor die Bevölkerung das Vertrauen zur Regierung und wandte sich verstärkt den extremen Parteien zu. Offensichtlich hat BRÜNING diese Gefahr nicht rechtzeitig erkannt. Drei Gruppen waren es vor allem, die auf den Sturz des Kanzlers hinarbeiteten. Zunächst die Nationalsozialisten, die ihn mit wütendem Hass verfolgten, um selbst an die Macht zu kommen. Weiterhin von SCHLEICHER, Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium, und der von ihm vorgeschobene von PAPEN, die glaubten, die Nationalsozialisten an einer Rechtsregierung beteiligen zu können, ohne ihnen die Macht auszuliefern.

So erklärte Reichswehrminister GROENER am 2. April 1932 dem Generalmajor a. D. von GLEICH:

"Die Legalitätserklärungen der SA-Führer am laufenden Bande ... lassen sich taktisch recht gut verwerten. Die SA's untergraben sich dadurch selbst ihre Existenzberechtigung ... Man wird ... darangehen müssen, die Nazis regierungsfähig zu machen, da die sicherlich noch mehr anwachsende Bewegung durch Gewalt nicht mehr unterdrückt werden kann. Die Nazis dürfen selbstverständlich nirgends allein an die Regierung gelassen werden, schon gar nicht im Reich. Aber in den Ländern wird der Versuch ... gewagt werden müssen ... Die Reichsregierung steht unerschüttert ... freilich sollte er (Brüning) auf außenpolitischem und wirtschaftlichem Gebiet bald einige Erfolge erringen ... Wenn es den Menschen in Stadt und Land wirtschaftlich besser ginge, würde der Nazispuk schnell zerstoben sein."

(Aus: Fragen an die Geschichte, S. 39)

Schließlich beteiligten sich als dritte Gruppe an der Hetze noch persönliche Freunde und Standesgenossen HINDENBURGs aus dem Kreise seiner ostpreußischen Gutsnachbarn. Pläne der Regierung, unrentable Güter gegen Entschädigung im Rahmen eines Siedlungsprogramms aufzuteilen, wurden von ihnen als "Agrarbolschewismus" verdächtigt.

Diese Hetze gegen BRÜNING hatte schließlich bei HINDENBURG, dem damals 85jährigen Reichspräsidenten, Erfolg. HINDENBURG entzog seinem Kanzler das Vertrauen. "Derselbe Reichspräsident, der dem letzten verfassungsmäßig regierenden und vom Reichstag tolerierten Reichskanzler entscheidend seine Wiederwahl verdankte, schickte ihn nun fort und ließ sich damit zum Zerstörer jener Weimarer Republik machen, auf deren Verfassung er zweimal den Eid geschworen hatte", schreibt Gerhard BINDER in seinem Buch "Epoche der Entscheidungen". Am 30. Mai 1932 trat BRÜNING mit seinem Kabinett zurück. Auch die beiden folgenden Regierungen hatten die Mehrheit des Reichstags gegen sich, sie waren allein vom Vertrauen HINDENBURGs abhängig, also Präsidialkabinette.

Reichstagswahlen 1932 BRÜNINGs Nachfolger wurde zunächst von PAPEN. In der Reichstagswahl vom Juli 1932 konnten die Nationalsozialisten ihre Sitze mehr als verdoppeln. Auch die Kommunisten errangen weitere Erfolge. KPD und NSDAP, einig in der Ablehnung der Demokratie, verfügten zusammen über die Mehrheit im Reichstag. Die KPD konnte bei der Wahl vom November 1932 ihre Erfolge noch vergrößern. Die Nationalsozialisten dagegen mussten bei der Novemberwahl eine Einbuße von 34 Sitzen hinnehmen (vgl. Tabelle VII). Offenbar hatten einige von HITLERs Anhängern kein rechtes Vertrauen mehr zu ihm. Im Dezember 1932 wurde dann PAPEN durch SCHLEICHER als Reichskanzler abgelöst, der bereits nach zwei Monaten von Hitler abgelöst wurde.

Nach den Wahlen vom November zeigte sich, dass es HITLER inzwischen gelungen war, die Unterstützung von Gruppen aus der Industrie und Wirtschaft zu erhalten, um die er sich seit langem bemüht hatte. Die bürgerliche rechtskonservative Deutschnationale Volkspartei des Verlegers Alfred HUGENBERG, die bisher von diesen Kreisen favorisiert wurde, arbeitete schon seit 1931 in der "Harzburger Front", einem Bündnis gegen die Republik, locker mit der NSDAP zusammen. In einer Petition von führenden Repräsentanten der Wirtschaft an HINDENBURG wurde der Reichspräsident am 19.11.1932 aufgefordert, HITLER zum Reichskanzler zu ernennen. In dem Schreiben heißt es:

Harzburger Front

"Es ist klar, daß eine, des öfteren wiederholte, Reichstagsauflösung mit sich häufenden, den Parteikampf immer weiter zuspitzenden Neuwahlen nicht nur einer politischen, sondern auch jeder wirtschaftlichen Beruhigung und Festigung entgegenwirken muβ. Es ist aber auch klar, daß jede Verfassungsänderung, die nicht von breitester Volksströmung getragen ist, noch schlimmere wirtschaftliche, politische und seelische Wirkungen auslösen wird.

Wir erachten es deshalb für unsere Gewissenspflicht, Eure Exzellenz ehrerbietigst zu bitten, daß zur Erreichung des von uns allen unterstützten Zieles Eurer Exzellenz die Umgestaltung des Reichskabinetts in einer Weise erfolgen möge, die die größtmögliche Volkskraft hinter das Kabinett bringt.

Wir bekennen uns frei von jeder engen parteipolitischen Einstellung. Wir erkennen in der nationalen Bewegung, die durch unser Volk geht, den verheißungsvollen Beginn einer Zeit, die durch Überwindung des Klassengegensatzes die unerläßliche Grundlage für einen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft erst schafft. Wir wissen, daß dieser Aufstieg noch viele Opfer erfordert. Wir glauben, daß diese Opfer nur dann willig gebracht werden können, wenn die größte Gruppe dieser nationalen Bewegung führend an der Regierung beteiligt wird.

Die Übertragung der verantwortlichen Leitung eines mit den besten sachlichen und persönlichen Kräften ausgestatteten Präsidialkabinetts an den Führer der größten nationalen Gruppe wird die Schlacken und Fehler, die jeder Massenbewegung notgedrungen anhaften, ausmerzen und Millionen Menschen, die heute abseits stehen, zu bejahender Kraft mitreißen."

(zit. nach: Martin BROSZAT, Die Machtergreifung, München 1984, S. 200)

In den folgenden Wochen unternahm einer der Mitunterzeichner der Petition, der Kölner Bankier Kurt von SCHRÖDER, weitere Versuche, HITLER an die Macht zu bringen. So arrangierte er ein geheimes Treffen zwischen von PAPEN und HITLER. In einer eidesstattlichen Erklärung vor dem Nürnberger Militärgerichtshof erklärte er dazu 1947:

Petition an den Reichspräsidenten

"Papen (führte) aus, daß er für das beste halte, eine Regierung zu formen, bei der die konservativen und nationalen Elemente ... zusammen mit den Nazis vertreten seien. Er schlug vor, daß diese neue Regierung womöglich von Hitler und von Papen zusammen geführt werden sollte ... Hitler ... sagte, daβ, wenn er zum Kanzler ernannt würde. Anhänger von Papen als Minister an seiner (Hitlers) Regierung teilnehmen könnten ... Er skizzierte ... Änderungen einschlieβlich der Entfernung aller Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden von führenden Stellungen in Deutschland ... Von Papen und Hitler erzielten eine prinzipielle Einigung ... Diese Zusammenkunft ... wurde von mir arrangiert, nachdem Papen mich ungefähr am 10. Dezember 1932 darum ersucht hatte ... Bevor ich diesen Schritt unternahm, besprach ich mich mit einer Anzahl von Herren der Wirtschaft ... Die allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft gingen dahin, einen starken Führer in Deutschland an die Macht kommen zu sehen, der eine Regierung bilden würde, die lange an der Macht bleiben würde ... Ein gemeinsames Interesse der Wirtschaft bestand in der Angst vor dem Bolschewismus und der Hoffnung, daß die Nationalsozialisten ... eine beständige politische und wirtschaftliche Grundlage in Deutschland herstellen würden. Ein weiteres gemeinsames Interesse war der Wunsch, Hitlers wirtschaftliches Programm in die Tat umzusetzen ... Weiterhin erwartete man, daß eine wirtschaftliche Konjunktur durch das Vergeben von größeren Staatsaufträgen werden würde ... Zu erwähnen (sind) eine von Hitler projektierte Erhöhung der deutschen Wehrmacht ... auf 300 000 Mann, das Bauen von Reichsautobahnen und die Kredite, die der öffentlichen Hand ... gegeben werden sollten. ... Aufträge zur Verbesserung ... der Reichsbahn, und Förderung (von) Automobil- und Flugzeugbau ...

Es war allgemein bekannt, daß einer der wichtigsten Programmpunkte Hitlers die Abschaffung des Vertrages von Versailles darstellte und die Wiederherstellung eines sowohl in militärischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht starken Deutschlands. Es war klar, daß in einem starken Deutschland auch die Wirtschaft aufblühen werde ... Das wirtschaftliche Programm Hitlers war der Wirtschaft allgemein bekannt und wurde von ihr begrüßt."

(zit. nach: Fragen an die Geschichte, S. 39 f)

Am 30. Januar 1933 empfing HINDENBURG von PAPEN zu einem Gespräch. Am selben Tag wurde Adolf HITLER zum Kanzler eines Kabinetts der "nationalen Konzentration" ernannt. Franz von PAPEN bekam das Amt des Vizekanzlers. Mehrere Politiker der Deutschnationalen Volkspartei, u. a. Alfred HUGENBERG, traten als Minister in die Regierung ein. Dadurch sollte HITLER nach dem Verständnis seiner konservativen Förderer "eingerahmt" werden, um so seinen Einfluss zu schmälern. Legal war dieser Wechsel im Amt des Reichskanzlers keineswegs, denn die Macht wurde HITLER durch "außerverfassungsmäßige Exponenten", am Reichstag, den Parteien – und bis zu einem gewissen Maße auch am Reichspräsidenten – vorbei, in die Hände gespielt.

Machtübergabe an HITLER

XIX. Aufgaben zur Selbstüberprüfung:

- 1. Was sollte mit dem Konzept der "Einrahmung" HITLERs erreicht werden?
- 2. Lesen Sie erneut die Petition an den Reichspräsidenten und die Erklärung Kurt von SCHRÖDERs. Welche Hoffnungen waren mit der Machtübergabe an HITLER verbunden?

7.3 Was wollten die Nationalsozialisten?

Aufstieg der NSDAP

Auf HITLER und die NSDAP sind Sie in diesem Studienheft schon in dem Kapitel über das Krisenjahr 1923 aufmerksam gemacht worden. Infolge des Putschversuchs in München gewann diese Splittergruppe erstmals überregionale Bedeutung. Während der Stabilitätsphase der Republik von 1924 bis 1928 blieb sie eine von vielen nationalistischen und antikommunistischen Gruppen. Allerdings war die NSDAP im Reichstag vertreten. Die Wahlergebnisse (Tabelle II, S. 24) haben Ihnen gezeigt, dass die NSDAP erst mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929 zu einer Massenbewegung wurde, die im Juli 1932 stärkste Fraktion im Reichstag war. Der eigentliche Aufstieg der Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen 1930 zeichnete sich allerdings schon zuvor in mehreren Landtags- und Kommunalwahlen ab, bei denen die NSDAP einen wachsenden Stimmenanteil zu verzeichnen hatte. So erzielte die Partei bei den Wahlen in Thüringen 1927 erst 1,6 %. 1929 waren es schon 11,3 % aller abgegebenen Stimmen.

HITLER und seine Anhänger lehnten das "Weimarer System", wie sie es nannten, ab. Der Propagandaleiter der NSDAP Josef GOEBBELS sagte dazu 1928:

"Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen.... Wir kommen als Feinde! Wie der Wolf in die Schafherde einbricht, so kommen wir."

(Zit. nach: erinnern und urteilen, S. 69)

Einstellung zur Demokratie

In einem Interview stellte HITLER im Mai 1931 die Maßnahmen dar, die seine Partei ergreifen würde, sollte sie an die Macht kommen:

"Mit der Ausschaltung der Schwatzbude, die Sie das Hohe Haus oder den Reichstag nennen, mit der Umstellung der Presse wird sofort eine neue Situation entstehen. Die Glocke der Wiedergeburt wird läuten. In diesem Augenblick werden wir mit dem Marxismus rücksichtslos abrechnen."

(Zit. nach: Werner CONZE, Der Nationalsozialismus, Stuttgart 1978, S. 45 f)

Propaganda und Parteiprogramm

Um ihre Politik durchzusetzen, veranstaltete die NSDAP militärisch geprägte Aufmärsche und Großkundgebungen, auf denen HITLER für seine Politik warb. Im Programm der Partei von 1920, das fast unverändert bis 1945 gültig blieb, wurden u. a. als Ziele genannt:

- "1. Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland.
- 2. Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain.

3. Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und zur Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses.

4. Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksicht auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein. ...

14. Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben. ...

16. Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung, sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende. ...

17. Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform

... Abschaffung des Bodenzinses ..."

(Zit. nach: Grundbuch, Bd. 3, S. 17 f)

XX. Aufgaben zur Selbstüberprüfung:

- 1. Welche Gruppen werden im NSDAP-Programm direkt angesprochen?
- 2. Welche außenpolitischen Forderungen enthält das Programm?
- 3. Welche Haltung gegenüber Minderheiten wird im Programm deutlich ausgesprochen?

Ähnlich wie die italienischen Faschisten MUSSOLINIs ging die NSDAP auch mit Terror gegen politische Gegner vor. Saalschlachten und Straßenkämpfe zwischen der nationalsozialistischen SA (Sturmabteilung) und dem Rotfrontkämpfer-Bund der KPD und dem Reichsbanner der SPD waren am Ende der Weimarer Republik üblich. Die Auseinandersetzungen forderten viele Todesopfer.

Politischer Terror

Was trieb nun Menschen dazu, sich aktiv in der NSDAP zu betätigen, einer Partei, die ihre antidemokratischen Ziele nicht verheimlichte? In einer Hamburger Zeitung erklärten 1933 einige Nationalsozialisten, warum sie in die NSDAP eingetreten waren. Ein "einfacher Parteigenosse" berichtete:

Wer wurde Nationalsozialist?

"Im Jahre 1927 mußte ich mein kleines Geschäft unter dem Druck der Verhältnisse aufgeben. Zweitens habe ich durch meine Bekanntschaft mit Bauern des Gaues Ost-Hannover auch dort sehen müssen, wohin die verfehlte Steuerpolitik uns führte. Durch diese und ähnliche Fälle war ich schon zum Mitkämpfer für unsere Idee geworden. Zum Fanatiker wurde ich erst, als ich im November 1928 von der Schwerbeschädigtenfürsorge (ich bin kriegsbeschädigt) einer Einheitspreis-A.G. zur Beschäftigung überwiesen wurde. Von dieser wurde ich selbstverständlich, um mir den niedrigsten Tarif zu zahlen, als Hausdiener eingestellt: Hier war ich ja nun am richtigen Fleck. Hier konnte ich aus nächster Nähe studieren, wie berechtigt der Punkt unseres Programmes ist, der die Beseitigung der Warenhäuser usw. fordert.

Es wurde natürlich bald bekannt, daß ich Nationalsozialist war, und nun kann man sich wohl denken, welchen Anfeindungen, Beschimpfungen, Verleumdungen usw. ich ausgesetzt war. ... Anfang Juni 1932 meldete ich mich zur Aufnahme (in die NSDAP), erstens, um mehr Rückhalt in meinem Einzelkampf im Betrieb zu haben, zweitens, um immer neues Propagandamaterial zu erhalten, und drittens, da ich es für meine Pflicht hielt, der Bewegung meine Verbundenheit zu beweisen."

Eine Frau erzählt, warum sie sich "moralisch verpflichtet" fühlte, Nationalsozialistin zu werden:

"Vor etlichen Jahren wurde meine Mutter schwer krank, und ein Arzt war es, der mir die ersten nationalsozialistischen Schriften gab. ... Aber ich habe mich dann doch mit der Rassenkunde und der Judenfrage beschäftigt und bin dann auch angefangen, Zeitungen zu lesen. Den endgültigen Ausschlag hat aber erst das Werk unseres Führers gegeben. Nachdem ich 'Mein Kampf' gelesen hatte, fühlte ich mich moralisch verpflichtet, Pg. (Parteigenossin) zu werden. Erst dann habe ich den Ruf verstanden 'Deutschland erwache'!"

Ein drittes Mitglied:

"Ich hatte das Glück, (beim Militär) einen vorbildlichen Kompagnie-Chef zu haben und blieb gegen alle marxistischen Einflüsse gefeit. Dann kam der Krieg. In selbstloser Weise opferten sich Heer und Marine auf. In der Heimat dagegen trieben sogenannte 'nationale' Kreise ihr Unwesen und beuteten das Volk in schamloser Weise aus. Die Folgen blieben ja auch nicht aus. Der Marxismus feierte Triumphe. ... Nun hatte ich erst mal von der ganzen Politik die Nase voll. Aber mein revolutionärer Geist ließ mir keine Ruhe. Ich beobachtete nun das ganze Gebahren der übrigen Parteien und Parteichen dem Nationalsozialismus gegenüber. ... Die Pressemeute von links bis rechts trug dann den übrigen Teil dazu bei. Und da sagte ich mir, wo ein Führer, der nur das beste für sein Volk will, so bekämpft wird, gilt es keine Zeit mehr zu verlieren, und so entschloß ich mich endlich im Oktober 1931, in die NSDAP einzutreten. Dafür habe ich die Genugtuung, die beiden letzten zwei Jahre, die an uns die größten Anforderungen stellten, noch mitgemacht zu haben."

(Alle Zitate nach: Maike BRUHNS, u. a., "Hier war doch alles nicht so schlimm." Wie die Nazis in Hamburg den Alltag eroberten, Hamburg 1984, S. 38 f)

XXI. Aufgabe zur Selbstüberprüfung:

Vergleichen Sie die von den drei Nationalsozialisten/innen angeführten Gründe für ihre Parteimitgliedschaft mit den Auszügen aus dem Parteiprogramm der NSDAP von 1920. Nennen Sie Übereinstimmungen.

Wählerpotential

Das rechte Wählerpotential schwenkte am Ende der Weimarer Republik zur NSDAP über. Mit der massiven Propaganda gegen den Frieden von Versailles und dem Versprechen, die Wirtschaftskrise schnell zu überwinden, erzielte die NSDAP ab 1930 ihre Wahlerfolge. Dabei wurde vor allem das in der Inflation verarmte Kleinbürgertum angesprochen, indem sich die Nationalsozialisten die Stimmung dieser Gruppe gegen Spekulanten und Banken nutzbar machten. Es gelang der NSDAP nicht, in großem Maße in den Wählerblock der SPD, KPD und des Zentrums einzudringen (vgl. Tabelle II, S. 24).

Berufsgruppe	NSDAP	Anteil an der Bevölkerung	Gesellschaft = 100
Arbeiter	28,1	45,9	61,2
Angestellte	25,6	12,0	213,5
Selbständige	20,7	9,0	230,0
Beamte	8,3	5,1	162,7
Beamte	6,6	4,2	157,1
Lehrer	1,7	0,9	188,8
Bauern	14,0	10,6	132,0
Sonstige	3,3	17,4	18,9
	100,0	100,0	

(Hinweis: Würde die Mitgliederstruktur der NSDAP der sozialen Gliederung der Gesellschaft entsprechen, müsste in der rechten Spalte immer der Wert 100 stehen.)

Tabelle VIII: Mitgliederstruktur der NSDAP

XXII. Aufgabe zur Selbstüberprüfung:

Welche Berufsgruppen sind in der Mitgliedschaft der NSDAP über- und welche unterrepräsentiert?

8 SCHLUSS

Sie haben nun ein umfangreiches Studienheft zur Geschichte der ersten deutschen Demokratie durchgearbeitet. Wirtschaftliche und politische Strukturen der Weimarer Republik sind Ihnen vermittelt worden. Aspekte aus der Politik der Weltmächte USA und Russland in den zwanziger Jahren haben Sie in diesem Heft ebenfalls kennengelernt.

Ein Schwerpunkt der Darstellung war das Scheitern der Weimarer Republik und der Aufstieg des Nationalsozialismus. Lesen Sie nun bitte zum Abschluss dieses Studienheftes einige Thesen zu den Ursachen des Scheiterns der Weimarer Republik, die vom Berliner Historiker Richard LÖWENTHAL verfasst worden sind:

Für unseren Zusammenhang kommt es nun auf das heute kaum noch bestrittene Faktum an, daß 1918 – 1920 in Deutschland nicht nur keine kommunistische Revolution stattgefunden hat, sondern auch die durch den Zusammenbruch des Kaiserreichs historisch aktuell gewordenen Aufgaben einer demokratischen Revolution weitgehend verfehlt worden sind. Eine wirksame demokratische Revolution hätte über die Einführung einer demokratischparlamentarischen Verfassung hinaus die entscheidenden Träger vordemokratischer staatlicher und gesellschaftlicher Macht – die auf den ostelbischen Großgrundbesitz und die Vorzugsstellung im Offizierskorps und Teilen des

höheren Beamtenapparates gestützte Junkerkaste und die Sonderstellung der Armee als Staat im Staate – entmachten und das Bündnis zwischen ihnen und der Schwerindustrie zerschlagen müssen. Für diese Forderungen war, wie Arthur Rosenberg zuerst gezeigt und die neuere Forschung bestätigt hat, eine breite Mehrheit in der demokratischen Arbeiterbewegung vorhanden, der im Zuge des Zusammenbruchs zunächst die Regierungsgewalt zugefallen war; und sie wurden im Frühighr 1920 noch einmal von der Führung der gleichen Freien Gewerkschaften als Programm einer Konsolidierung der Demokratie proklamiert, die soeben den Versuch von Kapp und Lüttwitz zum Sturz dieser Demokratie durch ihren Generalstreik vereitelt hatten. Dennoch hat sich sowohl um die Wende 1918/19 wie im Frühjahr 1920 die Führung der Mehrheitssozialdemokraten unter Ebert mit ihrem Glauben an die Unentbehrlichkeit zuerst der alten Armeeführung und dann eines weitgehend aus den im Kern antidemokratischen Freikorps rekrutierten neuen Berufsheeres für die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Verhinderung von Reichszerfall, Chaos und "Bolschewismus" und mit ihrer Weigerung durchgesetzt, der neuen demokratischen Verfassung im voraus oder im nachhinein eine solide Grundlage durch Säuberung des Staatsapparates von Gegnern der Demokratie und durch revolutionäre Änderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse zu geben; und diese Durchsetzung, und mit ihr das Steckenbleiben der demokratischen Revolution auf halbem Wege, ist letzten Endes durch jene Revolutionsscheu der demokratisch gesinnten Massen ermöglicht worden, die wir als ein Merkmal entwickelter Industriegesellschaften erkannt haben.

Auf dieser Grundlage ist die Weimarer Republik mit einem zweifachen Legitimitätsdefizit zur Welt gekommen. Auf der einen Seite waren die autoritären Gegner der neuen Demokratie weder durch Entfernung aus ihren Machtpositionen in Staatsapparat und Gesellschaft unschädlich gemacht noch durch Gewinnung in die neue Ordnung integriert worden. So blieb nicht nur die konservative Mehrheit des Bürgertums unter der Führung der einflußreichsten Wirtschaftsgruppen im Herzen republikfeindlich und allenfalls zur äußeren Anpassung an die neue politische Ordnung bereit, sondern eine maßgebende Oberschicht der professionellen "Staatsdiener" in Armee, Verwaltung und Justiz entwickelte eine gespaltene Loyalität: Sie unterschieden zwischen dem kontinuierlich fortdauernden "Staat", dem sie dienten und den sie in der Tat zu verkörpern meinten, und der demokratischen Republik mit ihrer parlamentarischen Ordnung und ihren Parteien, die sie verachteten und nach Möglichkeit ignorierten.

Auf der anderen Seite fanden erhebliche Teile der organisierten Arbeiterbewegung es schwer, sich in dem durch solche Machtverhältnisse charakterisierten neuen Staat zu Hause zu fühlen. Eine starke und aktive Minderheit der Arbeiterschaft blieb diesem demokratischen Staat feindlich und bildete die Basis einer kommunistischen Massenpartei, und auch in der stärksten demokratischen Partei, der Sozialdemokratie, blieb ein erheblicher linker Flügel höchst reserviert gegenüber einer derart unvollkommenen Demokratie. (...)

Die Weimarer Republik war so zwar nicht eine "Demokratie ohne Demokraten", aber eine Demokratie ohne solide Mehrheit von Demokraten.

(Richard LÖWENTHAL: Bonn und Weimar – Zwei deutsche Demokratien, in: ders.: Gesellschaftswandel und Kulturkrise, Frankfurt 1979, S. 261 f)

9 ANHANG

9.1 Zeittafel

	INNENPOLITIK	AUBENPOLITIK	KULTUR	INTERNATIONALES
918	 Okt. Verfassungsänderung (Parlamentarisches System) Nov. Revolution/Ausrufung der Republik 		Max Planck erhält den Nobelpreis für Physik	Bis 1922 <i>Bürgerkrieg</i> in Russland
	 Nov. Rat der Volksbeauftragten -19. Dez. Kongreß der Arbeiter- u. Soldatenräte in Berlin. 	11. Nov. Unterzeichnung des Waffenstillstandes		
1919	 Febr. Ebert Reichspräsident Aug. Unterzeichnung der Verfassung 	28. Juni Unterzeichnung des Versailler Vertrags	Gründung der Zeitschrift "Der Dada"	Annahme der Völkerbund- satzung
1920	1316. März Kapp-Putsch März-April Kämpte in Mitteldeutsch- land und im Ruhrgebiet gegen kom- munistische Umsturzversuche		Die NSDAP kauft den "Völkischen Beobachter"	Der amerik. Senat nimmt den Versailler Vertrag nicht an.
1921	20. März Abstimmung in Oberschle- sien	21. Febr 14. März Londoner Konferenz	Die linke "Arbeiter-Illustrier- te-Zeitung" wird gegründet	Lenin verkündet die NEP
1922	24. Juni Mord an Rathenau	16. April <i>Rapallo</i> -Vertrag	Thomas <i>Mann</i> hält in Berlin die Rede "über die Republik"	<i>Mussolini</i> übernimmt die Regierung in Italien
1923	JanSept. passiver Widerstand im Ruhrgebiet Okt. Separatistenbewegung im Rheinland, Einmarsch der Reichswehr in Sachsen und Thüringen gegen Volksfrontregierungen Nov. Höhepunkt der Inflation 89. Hitler-Putsch in München 15. Ende der Inflation/Einführung der Rentenmark	11. Januar <i>Ruhrbesetzung</i> durch die Franzosen und Belgier	Am 29.10. erstes Unterhal- tungsprogramm im Rund- funk	Kemal Atatürk wird Präsi- dent der Republik Türkei
1924	Konjunkturaufschwung/Auslandskredite	9. April <i>Dawes-Plan</i> 16. Juli - 16. Aug. Londoner Konferenz (1. Sept. Dawes-Plan in Kraft)	Es erscheinen: F. <i>Kafka</i> , Ein Hungerkünst- ler Th. <i>Mann</i> , Der Zauberberg	Nach dem Tode <i>Lenins</i> kommt <i>Stalin</i> in der UdSSR an die Macht
1925	26. April Wahl <i>Hindenburgs</i> zum Reichspräsidenten	Juli Beginn der Räumung des Ruhrgebiets 5 16. Okt. Vertrag von Locarno (mit Frankreich)	Die Zeitschrift die "Woh- nung" propagiert Stahlrohr- möbel	
1926		24. April Berliner Vertrag mit Russland 7. Juni Young-Plan – Festlegung der Zahlungen auf 59 Jahre 9. Sept. Aufnahme in den Völker- bund	Friedensnobelpreis an G. <i>Stresemann</i>	Balfour-Formel als Grundla- ge des Commonwealth
1929	3. Okt. Tod Stresemanns	Young-Plan tritt in Kraft 2329. Okt. Zusammenbruch der New Yorker Börse/Beginn der Weltwirtschaftskrise	Th. <i>Mann</i> erhält den Literaturnobelpreis	Am 25.10. "Schwarzer Frei- tag" an der Börse in New York. Beginn der Weltwirt- schaftskrise
1930	29. März <i>Präsidialkabinett Brüning</i> , Notverordnungen	30. Juni Räumung des Ruhrge- bietes abgeschlossen	Antikriegsfilm "Im Westen nichts Neues" wird verboten	Der Völkerbund ruft zur Gründung einer "Europäi- schen Föderalen Union" auf.
1931	akute Wirtschaftskrise/Massenar- beitslosigkeit 11. Okt. Harzburger Front (Deut- schnationale und Nationalsozialisten)	 März Plan einer deutsch- österreichischen Zollunion scheitert am Einspruch der Alli- ierten 	Vertilmung der "Dreigro- schen-Oper" von Bertold Brecht	Japan besetzt die Mand- schurei
1932	 April Wiederwahl Hindenburgs Mai Rücktritt Brünings/Präsidial- kabinett von Papen Juli Reichstagswahl/Regierungs- bildung ohne Stimmen der Radikalen unmöglich Dez. Kabinett des Reichswehrmi- nisters von Schleicher 	16. Juni - 9. Juli Konferenz in Lausanne. Festsetzung der Reparationen auf 3 Mrd. RM (15. Juni 1934 Zahlungen eingestellt)	Vor der Wahl im Juli wenden sich viele Künstler gegen die NSDAP	Konferenz von Ottawa. Commonwealth wird eine Wirtschaftseinheit.
1933	30. Jan. Hindenburg beruft Hitler zum Reichskanzler (Koalition NSDAP, DNVP)		 Mai von Studenten werden Bücher "Wider den undeutschen Geist" ver- brannt 	Roosevelt wird Präsident der USA

9.2 Lösungen der Aufgaben zur Selbstüberprüfung

Vergleichen Sie bitte Ihre Lösungen!

Bei freier Formulierung kommt es nicht auf wörtliche Übereinstimmung an, sondern auf inhaltliche. Sind Sie zu anderen Ergebnissen gekommen, sollten Sie das entsprechende Kapitel dieses Studienheftes wiederholen und die zugehörigen Aufgaben zur Selbstüberprüfung nach einer Pause noch einmal schriftlich lösen. Gegebenenfalls berichtigen Sie Ihr Ergebnis nach einem erneuten Vergleich. Lassen Sie kein falsches Ergebnis stehen!

I.

Außer der Wiedereinsetzung der im Kriege eingeschränkten bürgerlichen Rechte (freie Meinungsänderung, Versammlungsfreiheit, etc.) sind vor allem folgende Forderungen aus dem Programm schon vor dem Weltkrieg erhoben worden:

- a) Aufhebung der Gesindeordnung
- b) Einführung des Achtstundentages
- c) Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts. Wahlrecht auch für Frauen!

II.

- Schon im Mai 1918 glaubten die Unternehmer nicht mehr an einen Sieg im Krieg. Seit Oktober 1918 befürchteten sie eine Sozialisierung der Wirtschaft infolge der drohenden Revolution.
- 2. Mit sozialen Zugeständnissen an die Arbeitnehmer bzw. die Gewerkschaften wollten die Unternehmer in der "Zentralarbeitsgemeinschaft" erreichen, dass sich die Arbeitnehmer (-vertreter) als Partner fühlten und eine gemeinsame Wirtschaftspolitik befürworteten.

III.

- Die Alternativen der politischen Entwicklung waren eine parlamentarische Republik oder die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft mit einem Rätesystem.
- 2. Die zu wählende Nationalversammlung stelle den allgemeinen Volkswillen dar, dem sich schließlich auch die deutsche Bourgeoisie beugen müsse.
- 3. E. DÄUMIG von der USPD sah mit der Wahl zu einer Nationalversammlung die Gefahr verbunden, dass die Räte in den Betrieben langsam entmachtet würden und der Versammlung der Wille zum Sozialismus fehle.

IV.

- 1. SPD, Zentrum und DDP traten uneingeschränkt für die Weimarer Republik ein.
- KPD und SPD stellten die am weitestgehenden Forderungen. Zentrum, DDP und DVP waren für Entschädigung bei Verstaatlichungen. Die DNVP warnte vor Sozialisierungen. Die NSDAP forderte die Verstaatlichung großer Betriebe (Propaganda!).

V.

1. Karl LIEBKNECHT und Rosa LUXEMBURG: b)
Philipp SCHEIDEMANN: a)
Friedrich EBERT: c) (= Regierungschef)

- 2. a) Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Zentrum, Deutsche Demokratische Partei (DDP)
 - b) Deutschnationale Volkspartei (wollte Monarchie wieder einführen)
 - c) Deutsche Volkspartei (= rechter Flügel der Nationalliberalen)
- 3. Erfolg der "Weimarer Koalition"; Volk gegen Radikalismus, für Demokratie.
- 4. In Berlin herrschten Unruhen. In Weimar war ungestörte Arbeit möglich; es galt als die Stadt GOETHEs und SCHILLERs.
- Sie mussten außer a) und e) alles ankreuzen. e) würde dagegen auf unser Grundgesetz zutreffen!
- 6. (1) d); (2) a); (3) c); (4) b).

VI.

- 1. Ungarn, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Österreich
- 2. Osmanisches Reich (Türkei)
- 3. c) und e) waren anzukreuzen: Großbritannien und Frankreich gehörten von Anfang an dem Völkerbund an (dagegen Deutschland und Sowjetunion erst später, die USA wegen ihrer isolationistischen Politik gar nicht).
- 4. Richtig ist vielmehr, dass in der Vollversammlung wie im Rat Einstimmigkeit für das Fassen von Beschlüssen nötig war (Vetorecht der einzelnen Mitglieder, vgl. UN-Sicherheitsrat).
- 5. Das Datum erinnerte an die Gründung des Deutschen Reichs 1871. Diese hatte damals ebenfalls in Versailles stattgefunden.
- 6. a) Wiedergutmachungen (Kriegsentschädigungen) durch Material- und Geldabgaben an die Siegermächte.
 - b) Vertragsartikel 231 besagte, Deutschland sei allein schuld am Ersten Weltkrieg.

VII.

- 1. Offiziere, Studenten und die sogenannten "nationalen Parteien".
- 2. Im Telegramm von 3. Oktober 1918 gestand HINDENBURG die militärische Niederlage ein und forderte von der Regierung ein Friedensangebot an den übermächtigen Kriegsgegner. Bei der Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss des Reichstages behauptete nun HINDENBURG, dass der Widerstandswillen der Truppen von der Heimat aus heimlich "zersetzt" worden sei.
- Die von den kaiserlichen Militärs zu verantwortende Niederlage konnte so den zivilen Politikern untergeschoben werden, die auch den Versailler Vertrag unterschreiben mussten.

VIII.

- 1. Mit dem Putsch sollten vor allem die sozialen Veränderungen durch die Novemberrevolution rückgängig gemacht werden.
- Der KAPP-Putsch scheiterte schließlich am Generalstreik der Arbeiter und Beamten.

IX.

1. Relativ stabile Abgeordnetenzahlen hatten seit 1919 nur das Zentrum und die SPD.

2. Die Weimarer Koalition bestand aus SPD, Zentrum und DDP.

1928 hatten sie zusammen	247 Abgeordnete,
1930	231 Abgeordnete,
1932 (Juli)	212 Abgeordnete,
1932 (Nov.)	193 Abgeordnete,
1933	198 Abgeordnete.

Ihr prozentualer Anteil im Reichstag sank von 50,3 % (1928) auf 30,6 % (1933).

X.

- Das Ruhrgebiet wurde 1923 von französischen Truppen besetzt, weil Deutschland seine Reparationsleistungen gegenüber Frankreich nicht vollständig erfüllt hatte.
- 2. Nach 1918 wurde von der Reichsregierung der Umlauf an Papiergeld stark ausgeweitet, um so die inländischen Kriegskosten zu finanzieren. Sachwerte standen der Geldmenge nicht gegenüber. Die Kosten des Ruhrkampfes machten aus der seit 1914 schleichenden Inflation 1923 eine galoppierende Geldentwertung.

3. günstig für	ungünstig für
Schuldner	Sparer
(das "Reich",	Einstellung zum Staat
Hauseigentümer,	Soziale Verhältnisse
Unternehmer)	

XI.

- 1. Siegermächte erzwangen Reparationszahlung durch Drohung mit Blockade und Ruhrbesetzung.
- 2. 1922 f) RATHENAU 1923 b) STRESEMANN 1925 a) HINDENBURG; nach EBERTs Tod d) STRESEMANN 1926 c) und e) STRESEMANN
- 3. Als zutreffend waren b) und c) anzukreuzen. Dagegen beziehen sich a) auf den Vertrag von Rapallo, d) auf den YOUNG-Plan, e) auf den KELLOGG-Pakt.
- 4. ERZBERGER und RATHENAU
- 5. Vertragspartner Deutschland, Frankreich und Belgien; Garantie durch England und Italien; freiwilliger Verzicht Deutschlands auf Elsaß-Lothringen; Veränderung der deutschen Ostgrenze nur mit friedlichen Mitteln.
- 6. Deutschfeindlich; Gegner der Verständigungspolitik seines Außenministers BRIAND.
- 7. Die Vereinigten Staaten gaben an deutsche Banken lang- und kurzfristige Kredite; von diesen wurde das Geld an die Wirtschaft und den Staat weitergeleitet. Über das Steueraufkommen des Reiches mussten die Reparationen an die Alliierten bezahlt werden. Diese Länder beglichen damit wiederum ihre Kriegsschulden bei den USA.

XII.

Genau wie die drei Nobelpreisträger (EINSTEIN [Physik], MANN [Literatur] und QUIDDE [Frieden] musste der Schriftsteller Leonhard FRANK nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten 1933 aus Deutschland (in die Schweiz, nach Frankreich oder in die USA) emigrieren. Quelle: DTV-Lexikon

XIII.

HINDENBURG, der erst im zweiten Wahlgang kandidierte, wurde von den rechtsstehenden Parteien (DNVP, DVP, BVP und NSDAP) unterstützt, die im ersten Wahlgang jeweils eigene Kandidaten aufgestellt hatten.

XIV.

- 1. Faschistischer Marsch auf Rom. MUSSOLINI übernimmt die Regierung und baut sie zu einer Diktatur aus.
- 2. Die "Schwarzhemden" wurden als bewaffnete Gruppen (Stoßtrupps) gegen politische Gegner eingesetzt.
- 3. Wichtige Leitideen MUSSOLINIs waren Autorität, Disziplin und Hingabe an den Staat. Er war gegen die Demokratie und für die autoritäre Herrschaft eines einzelnen.

XV.

- 1. a) Gemeinschaft gleichberechtigter, freier Nationen, in Treue zur englischen Krone. Dominions als Glieder des Commonwealth. (Früher bestand ein strafferer Zusammenhalt im Empire.)
 - b) Vereinbarung der Commonwealthländer über gegenseitige Vorzugszölle.
- 2. Alle vier Angaben treffen zu und waren daher anzukreuzen.
- 3. Staatliches Reformprogramm der USA. ROOSEVELT wollte die Arbeitslosigkeit beseitigen sowie die wirtschaftliche und soziale Sicherheit wiederherstellen.
- 4. Bau von Stauseen; Bewässerung; Elektrizitätsgewinnung; Industrieansiedlung; durch Aufforstungen Verhinderung der Bodenerosion.

XVI.

- 1 Übertragung eines revolutionären Bewusstseins auf die Masse; Durchführung (Organisation) der Revolution; dauernde Weiterführung der Revolution (permanente Revolution).
- 2. Ankreuzen mussten Sie a), c), d), nicht aber b) und e). Bedenken Sie dabei, inwiefern die NEP eine begrenzte Wiederaufnahme privatkapitalistischer Grundsätze bedeutet hat.
- 3. Großbauern, von Stalin beseitigt
- 4. LENIN: a), d) STALIN: b), c), e), f), g)
- 5. Die größten Veränderungen in der Sozialstruktur vollziehen sich in einem Zeitraum von nur 10 Jahren, zwischen 1928 und 1938. Private Einzelbauern und Handwerker genauso wie die Gruppe der Kulaken verschwinden fast völlig. Die Zahl der Arbeiter und der Staatsangestellten versiebenfacht sich. Ein Verstädterungsprozess setzt ein, in 25 Jahren verdoppelt sich die städtische Bevölkerung. Aus diesen Angaben kann man folgern, dass mit den beiden ersten 5-Jahres-Plänen die industrielle Revolution in der Sowjetunion nachgeholt wird.

XVII.

In beiden Staaten stieg nach 1929 die Arbeitslosigkeit. Die Industrieproduktion sank von 1929 bis 1932 fast um die Hälfte. Das Volkseinkommen fiel in den USA etwas stärker als in Deutschland. Das Arbeitseinkommen sank in beiden Staaten um ca. 40 %. In Frankreich und England veränderte sich die Produk-

tion in der Weltwirtschaftskrise nicht so stark wie in den erstgenannten Staaten. Aufgrund der engen finanzwirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den USA und Deutschland (Kredite, die dem Reich seit 1924 verstärkt gewährt worden waren), war Deutschland genau so stark von der Krise betroffen wie die Vereinigten Staaten.

XVIII.

- 1. Die Arbeitslosen fühlten sich überflüssig. Aufgrund vieler Misserfolge bei der Arbeitssuche bekamen viele Arbeitslose einen "Hass" auf die Gesellschaft. Armut wurde als Makel empfunden.
- 2. 1930 wurde 26 Wochen lang "Erwerbslosenfürsorge" gezahlt, deren Höhe sich nach dem letzten Einkommen richtete (max. 22,05 RM in der Woche). Danach erhielten sie niedrigere "Krisenfürsorge" für maximal ein Jahr. Nach insges. 78 Wochen verlor der Arbeitslose sämtliche Ansprüche auf Unterstützung.
- 3. a) Steuersystem
 - b) zu hohe Löhne und Gehälter
 - c) Arbeitslosigkeit nach Rationalisierungen
- 4. Lohnsenkungen um ca. 10 %
- 5. 1919 stieg die Zahl der Arbeitslosen steil auf knapp 3 Millionen an, weil die demobilisierten Soldaten Beschäftigung suchten. Die Eingliederung gelang schnell, denn zwischen Mitte 1920 und Mitte 1923 pendelte sich die Zahl der Arbeitslosen bei ca. 1 Million ein. Die Ursache für das erneute Anschnellen im Jahre 1923 waren der Ruhrkampf und die Hyperinflation. Nach 1924 waren die Arbeitslosenzahlen trotz guter Wirtschaftslage nicht stabil niedrig, sondern schwankten zwischen knapp 1 Million und 3 Millionen. Ab Ende 1929 stieg die Zahl der Arbeitslosen aufgrund der Weltwirtschaftskrise kontinuierlich bis auf ca. 6 Millionen im Winter 1932/33 an.

XIX.

- 1. Die rechtskonservativen Parteien, die HITLERs Reichskanzlerschaft erst ermöglicht hatten, meinten, mit ihrer Regierungsbeteiligung den Einfluss der Nationalsozialisten auf die Inhalte der Politik begrenzen zu können.
- 2. In beiden Quellen wird deutlich die Hoffnung ausgesprochen, dass eine Regierung HITLER die Wirtschaft fördern würde (Staatsaufträge). Diese Aufträge sollten vor allem auf dem Rüstungssektor erfolgen (300 000-Mann-Heer, Flugzeugbau, etc.). Der Versailler Vertrag sollte bzw. musste deshalb "abgeschafft" werden.

XX.

- 1 Direkt werden in Punkt 16 der Mittelstand, insbesondere die kleinen Gewerbetreibenden, und in Punkt 17 die Bauern angesprochen.
- 2 Der Versailler Vertrag sollte aufgehoben und ein "Groß-Deutschland" errichtet werden.
- 3. Deutscher Staatsbürger sollte nur sein, wer "deutschen Blutes ist". Unter Punkt 4 wird klar gesagt, dass Juden keine Deutschen/Volksgenossen sein könnten. Das Programm zeigt somit deutlich: Minderheiten sollten von den Nationalsozialisten diskriminiert werden, indem ihnen staatsbürgerliche Rechte vorenthalten werden sollten.

XXI.

Folgende Übereinstimmungen fallen auf:

- a) Die Kommunalisierung der Warenhäuser,
- b) der Antisemitismus, d. h. die gegen die Juden gerichteten Aussagen,
- c) die allgemeinen Punkte zur Lage Deutschlands (Versailler Vertrag, etc.).

XXII.

Überrepräsentiert: Angestellte, Selbständige, Beamte, Bauern

Unterrepräsentiert: Arbeiter

9.3 Literaturangaben

9.3.1 Literaturnachweis

ALTER, Peter, u. a.: erinnern und urteilen IV.

Unterrichtseinheiten Geschichte, Stuttgart 1983

BONN, M. J.: So macht man Geschichte, München 1953

* BROSZAT, Martin: Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und

die Zerstörung der Weimarer Republik, München 1984

BRUHNS, Maike, u. a.: "Hier war doch alles nicht so schlimm." Wie die Nazis

in Hamburg den Alltag eroberten, Hamburg 1984

CONZE, Werner: Der Nationalsozialismus, Stuttgart 1978

EYCK, Erich: Geschichte der Weimarer Republik (2 Bände).

Bd. 1: 4. unveränderte Auflage, Zürich 1962

Bd. 2: 4. Auflage, Zürich 1972

FRANK, Leonhard: Links wo das Herz ist, München 1963 HARTMANN, Johannes: Das Geschichtsbuch, Frankfurt/M. 1976

* HEIBER, Helmut: Die Republik von Weimar, München o. J., Deutscher

Taschenbuchverlag Nr. 4003

KOLB, Eberhard: Die Weimarer Republik, München 1984

KRÜGER, Peter: Versailles. Deutsche Außenpolitik zwischen

Revisionismus und Friedenssicherung, München 1986

KUCZYNSKI, Jürgen: Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, Bd. 5,

Köln 1982

LARSEN, Egon: Die Weimarer Republik. Ein Augenzeuge berichtet,

München 1980

LÖWENTHAL, Richard: Gesellschaftswandel und Kulturkrise, Frankfurt 1979

* LONGERICH, Peter: Deutschland 1918 – 1933. Die Weimarer Republik,

Hannover 1995

MANN, Golo: Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

2. Auflage, Frankfurt/M. 1969

MEGERLE, Klaus (Hrsg.): Warum gerade die Nationalsozialisten, Berlin 1983

MÖLLER, Horst: Weimar. Die unvollendete Demokratie, München 1985

NITSCHE, Rainer/ Grundbuch zur bürgerlichen Gesellschaft Bd. 2.

KÖRBER, Walter: Darmstadt 1979

PANDEL, Hans-Jürgen: Inflation und Arbeitslosigkeit: Wirtschaftliche Krisen

der Weimarer Republik. Lesehefte Geschichte für die

Sekundarstufe I, Stuttgart 1988

SCHMID, Heinz Dieter: Fragen an die Geschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch

(Hrsg.) für die Sekundarstufe 1. Bd. 4, Frankfurt/M. 1983

SCHULZE, Hagen: Weimar. Deutschland 1917-1933, Berlin 1982

WINKLER, Heinrich A.: Weimar. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie,

München 1993

9.3.2 Empfehlenswerte Literatur

Bei den mit Sternchen gekennzeichneten Büchern handelt es sich um Empfehlungen. Sie sollten sich das eine oder andere davon beschaffen, um Ihr Wissen über das in diesem Studienheft behandelte Thema zu vertiefen.